



Institut für  
Wirtschaftsforschung  
Halle

# Wirtschaft im Wandel

6/2005

22.06.2005, 11. Jahrgang

*Joachim Ragnitz*

Editorial

*Ulrich Blum, Udo Ludwig*

Vom Sündenfall zum Sündenbock  
– Ein Kommentar

*Udo Ludwig*

Aktuelle Trends:  
IWH-Konjunkturbarometer:  
Ostdeutsche Wirtschaft verlässt die Talsohle

*Arbeitskreis Konjunktur Ostdeutschland*

Ostdeutsche Wirtschaft:  
Aufholen mit Trippelschritten

*Herbert S. Buscher*

Beschäftigungshemmnisse im öffentlichen Dienst –  
dargestellt anhand wissenschaftlicher Mitarbeiter  
in Forschungseinrichtungen

*Lutz Schneider*

Does Language matter?  
Sprachgrenzen und Konvergenz in der EU-25

*Sophie Wörsdorfer*

IWH-Industrienumfrage im Mai 2005



## Editorial

Brauchen wir noch einen Ostbeauftragten der Bundesregierung? Ganz offensichtlich nicht, denn faktisch hat sich der Bund aus dem Aufbau Ost weitgehend zurückgezogen. Eher schleichend hat in der Politik der Bundesregierung ein Paradigmenwechsel stattgefunden, der die inhaltliche Verantwortung für die Aufbauprozesse in Ostdeutschland weitgehend den Ländern und den Regionen selbst übertragen hat. Dies zeigt sich beispielsweise am Solidarpakt II, bei dem dieses Prinzip am stringentesten verwirklicht ist: Der Bund stellt finanzielle Mittel zur Verfügung, erwartet auch eine „aufbaugerechte Verwendung“, überlässt den Einsatz dieser Gelder dann aber den Ländern und verzichtet auf alle Sanktionsmöglichkeiten bei nicht zweckgerichtetem Einsatz. Ähnliches vollzieht sich derzeit auch bei der einzelbetrieblichen Wirtschaftsförderung, bei der die Bundesregierung eine stärkere Konzentration der Fördermittel anstrebt, die Ausführung dieses reformierten Konzepts aber den Ländern überlassen und auch hier auf weitere Kontrollmechanismen verzichten will.

Grundsätzlich ist gegen eine in dieser Art reformierte Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern nicht viel einzuwenden, entspricht sie doch dem Subsidiaritätsprinzip, nach dem öffentliche Aufgaben auf der niedrigst möglichen föderalen Ebene angesiedelt sein sollen. Da die gesamtdeutschen Wachstumsprobleme nur am Rande mit der deutschen Vereinigung zu tun haben – entscheidend ist vielmehr, dass notwendige Strukturreformen über 15 Jahre verschleppt worden sind –, ist es nur folgerichtig, dass sich der Bund auf gesamtstaatliche Aufgaben konzentriert und die Lösung der regionalpolitischen Aufgaben in Ostdeutschland den Akteuren „vor Ort“ zu übertragen, wo die Betroffenheit am höchsten und die Kenntnis der regionalen Problemlagen am größten ist. Zwei Probleme bleiben aber bestehen:

- Solange der Bund unter Verweis auf die Rechtseinheitlichkeit im Bundesgebiet bundeseinheitliche Rechts- und Verwaltungsvorschriften erlässt, können die Länder nicht immer die Maßnahmen ergreifen, die notwendig sind, auf regional auftretende Probleme adäquat zu reagieren. Das auf Subsidiarität beruhende neue Paradigma der Politik des Aufbau Ost müsste also in dem Sinne erweitert werden, dass die Länder aus ihrer Sicht zu restriktive Rahmenbedingungen durch liberalere Regeln ersetzen können.
- Die Tatsache, dass die Länder mit Geldern des Bundes weitgehend frei agieren können, kann einer ineffizienten Mittelverwendung Vorschub leisten, so wenn für Investitionen vorgesehene Mittel für konsumtive Ausgaben herangezogen werden. Dies spricht dafür, wettbewerbliche (und das bedeutet: erfolgsorientierte) Elemente bei der Verteilung der Bundesmittel einzuführen.

Ohne diese beiden Korrekturen droht der Aufbau Ost weiter im Stillstand zu verharren – was wiederum auch aus Bundessicht nicht akzeptabel sein kann. Insoweit besteht dringender Handlungsbedarf.

*Joachim Ragnitz  
Leiter der Abteilung Strukturwandel*

## Vom Sündenfall zum Sündenbock – Ein Kommentar

Deutschland ist krank. Wirtschaftsreformen wurden viele Jahre verschleppt. Der Glücksfall Deutsche Einheit hat die Reformlust nicht angestachelt, sondern unterdrückt. Heute muss Ostdeutschland vielfach als Sündenbock für die Wachstumsmisere seit den neunziger Jahren herhalten. In Wirklichkeit fällt der Wachstumstrend seit dem Ende des Wirtschaftswunders, und der Rückgang wurde durch die Weichenstellungen in den achtziger Jahren sowie die Sonderkonjunktur im Zuge der deutschen Vereinigung nur vorübergehend unterbrochen. Der wirklich große Sündenfall geschah mit der Wirtschaftspolitik im Rahmen der deutschen Einheit. Anfang der neunziger Jahre erschien es als angemessen, die Kosten der Einheit durch Verschuldung und, im politischen Wunschdenken, den Zugriff auf künftiges Sozialprodukt „wahlneutral“ zu finanzieren. Dies stellte sich aber angesichts des erheblichen Reorganisationsbedarfs der eigenen und der Weltwirtschaft als großer Trugschluss heraus.

Tatsächlich wurde die deutsche Volkswirtschaft mit der Wiedervereinigung im Durchschnitt schwächer, und damit hätte eigentlich die Währung abwerten müssen. Es ist das scheinbare Geheimnis außenwirtschaftlicher Anpassungsprozesse, dass genau dies nicht passierte, sondern sogar das Gegenteil, ein Aufwertungsdruck entstand. In Deutschland verwandelte sich nämlich infolge des Nachfragesogs aus Ostdeutschland und des Investitionsbedarfs der dortigen Wirtschaft der Leistungsbilanzüberschuss der achtziger in ein Defizit der neunziger Jahre; die Schuldenaufnahme zur Finanzierung der deutschen Einheit erzeugte die klassische Lage eines Doppeldefizitlandes. Deutschland benötigte internationales Kapital, um sein privates und öffentliches Defizit infolge des Aufbaus im Osten zu finanzieren. Ein Leistungsbilanzdefizit ist identisch mit Kapitalimporten, wenn nicht die ausländischen Guthaben infolge schlechter Investitionsbedingungen bei der Zentralbank getauscht und abgezogen werden. Genau dies musste die Deutsche Bundesbank verhindern, und zugleich wollte sie auch die durch die Expansion öffentlicher Haushalte bedrohliche Inflationsgefahr abwenden. Sie erhöhte die Zinsen! Die damit für ausländisches Kapital interessanten Anlagemöglichkeiten führten letztlich zu einem gestiegenen Wechselkurs, mit dem Deutschland zunächst in die Europäische Währungsunion und später konkret in den Euro hineinging. Wie stark überhöht der deutsche Wechselkurs in Euro ist, bleibt Gegenstand von Spekulation.

In einer offenen Wirtschaft können sich die Preise für handelbare Güter allenfalls in den lokalen Steuersätzen, insbesondere Verbrauchsteuern, und in den Transportkosten unterscheiden. In einer Währungsunion werden die klassischen Schockabsorber unterschiedlicher wirtschaftlicher Entwicklung, nämlich der Währungskurs und der Zinssatz, stillgelegt. Als einzige Ausgleichsmöglichkeit verbleiben Preise für lokale Güter und Produktionsfaktoren; das sind insbesondere Arbeitslöhne in den mittleren und unteren Segmenten sowie immobilienbezogene Preise (also Preise für Land, für Grundstücke, für Mieten usw.). Genau hier besteht aktuell ein erheblicher Realanpassungsbedarf, und die Arbeitsmarktreformen haben ihn letztlich nur erleichtert. Die Lohnstückkosten Deutschlands sind in den letzten Jahren international um über 10% gesunken, was deutlich macht, dass Deutschland auf dem rechten Weg ist, dieser Weg aber nicht schnell genug beschritten wird. Erst wenn an dieser Stelle die Wettbewerbsfähigkeit wiederhergestellt ist, werden neue Opfer zur Expansion führen. Aktuell wird weitgehend eine Anpassung infolge früherer, fehlgeleiteter Strukturen vollzogen.

Was bedeutet dies für die künftige Entwicklung: Deutschland wird weiter im Bereich der internationalen Güter, wo die Anpassungen bereits vollzogen sind, Weltmeister sein. Es wird möglicherweise noch mehr Kapital ins Ausland bringen, weil Lohnuntergrenzen und Arbeitsmarktrigiditäten die Produktivität internationaler Investitionen noch verstärkt erhöhen. Die künftige Anpassungsleistung muss vor allen Dingen dort erbracht werden, wo lokale Vorleistungen für die international tätigen Unternehmen entstehen, also besonders in der Effizienz öffentlichen Handelns und den Preisen lokaler Güter, die gegenüber dem internationalen Preisniveau noch lange nicht hinreichend nachgegeben haben.

Erst wenn das geschehen ist, kann wieder eine kräftige expansive Wirtschaft in ganz Deutschland erwartet werden.

*Ulrich Blum und Udo Ludwig*

# Ostdeutsche Wirtschaft: Aufholen mit Trippelschritten

## – Kurzfassung –

Trotz der allgemein schwachen Inlandsnachfrage in ganz Deutschland ist die gesamtwirtschaftliche Produktion im Ostteil der Republik 2004 das dritte Jahr in Folge gestiegen. Kräftig erhöht hat sich die Nachfrage des Auslands nach Gütern aus Ostdeutschland. Die Warenausfuhren sind überdurchschnittlich in die alten EU-Länder gestiegen, Impulse aus dem Vollzug der Osterweiterung lassen sich dagegen für die neuen Bundesländer kaum nachweisen. Nach dem Fall der letzten Handelschranken hat es auch keinen Importboom aus den neuen Mitgliedsländern gegeben. Der Anstoß aus dem Ausland hat zwar die Exportindustrien und ihre Zulieferzweige erreicht, aber infolge des geringen Gewichts dieses Sektors war die Wirkung auf die Gesamtwirtschaft gering.

Die allgemeine Konsum- und Investitionsschwäche ist in Ostdeutschland noch stärker ausgeprägt als im Westen. Gründe sind die geringe Einkommensentwicklung, unausgelastete Produktionskapazitäten, Leerstände bei Immobilien und ungenügende Eigenmittel für die Investitionsfinanzierung. Die schwache Nachfrage in der Region hat viele Unternehmen angeregt, zunehmend Märkte in den alten Bundesländern und im Ausland zu suchen. Das Verarbeitende Gewerbe setzt dort inzwischen fast zwei Drittel seiner Produktion ab, und das Baugewerbe erbringt knapp ein Fünftel seiner Leistungen außerhalb der Region. Begünstigt wird diese Expansion durch die weiter gestiegene preisliche Wettbewerbsfähigkeit der ostdeutschen Anbieter im Bereich der Herstellung handelbarer Güter. Der Arbeitskostenvorteil hat sich weiter vergrößert, auch wenn ein Grund in der weiter gesunkenen Tarifbindung der Unternehmen zu finden ist.

Für dieses und das nächste Jahr bestehen gute Chancen, dass die neuen Bundesländer nicht wieder im Wachstum der Produktion hinter die alten zurückfallen. Mit dem Übergreifen der konjunkturellen Auftriebskräfte auf die Inlandsnachfrage wird die binnenwirtschaftlich ausgerichtete ostdeutsche Wirtschaft ihr Wachstumspotenzial stärker als in den vergangenen Jahren entfalten können. Die Angleichung in der Pro-Kopf-Produktion wird sich fortsetzen, wenngleich äußerst langsam und mit Unterstützung durch die sinkende Einwohnerzahl.

Der Beschäftigungsabbau wird auslaufen, die neuen Instrumente der Arbeitsmarktpolitik werden zur Zunahme der Erwerbstätigenzahl beitragen.

Tabelle:

Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Ostdeutschland (ohne Berlin)

	2004	2005	2006
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %		
Inländische Verwendungskomponenten, real			
Privater Konsum	-0,5	0,4	0,7
Anlageinvestitionen	-3,5	-2,3	-1,4
davon:			
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	-2,5	1,0	1,1
Bauten	-6,1	-4,0	-2,6
Bruttoinlandsprodukt, real	1,5	1,0	1,5
darunter Wertschöpfung:	1,8	1,3	1,8
Verarbeitendes Gewerbe	8,8	6,4	7,5
Baugewerbe	-3,7	-4,5	-2,5
Dienstleistungen ohne Staat <sup>a</sup>	1,5	1,2	1,3
<i>Nachrichtlich:</i> BIP (real) je Einwohner	2,2	1,6	2,1
	in 1 000 Personen		
Erwerbstätige (Inland) <sup>b</sup>	5 683	5 710	5 740
Unterbeschäftigte <sup>c</sup>	1 683	1 716	1 678
darunter:			
Arbeitslose, registrierte	1 302	1 330	1 260
Arbeitslosenquote <sup>d</sup>	18,6	18,9	18,0

<sup>a</sup> Handel, Gastgewerbe, Verkehr, Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister. – <sup>b</sup> Einschließlich der geförderten Personen in Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen. – <sup>c</sup> Einschließlich der geförderten Personen in Arbeitsbeschaffungs- und traditionellen Strukturanpassungsmaßnahmen. – <sup>d</sup> Registrierte Arbeitslose in % der Erwerbspersonen (Inland).

Quellen: Arbeitskreise „VGR der Länder“ und „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (Stand: April 2005); Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Prognose des IWH.

Arbeitskreis Konjunktur Ostdeutschland  
(Seite 167)

## Beschäftigungshemmnisse im öffentlichen Dienst – dargestellt anhand wissenschaftlicher Mitarbeiter in Forschungseinrichtungen

### – Kurzfassung –

*Spätestens mit den so genannten Hartz-Reformen auf dem Arbeitsmarkt verstärkt sich das Interesse der Öffentlichkeit an der Arbeitsvermittlung und ihrer Wirksamkeit. Eine effiziente Arbeitsvermittlung ist nicht nur wünschenswert, sondern auch notwendige Voraussetzung für einen spürbaren Abbau von Arbeitslosigkeit. Aber die Vermittlung allein ist nur eine notwendige, keine hinreichende Bedingung dafür, dass die Arbeitsuchenden auch entsprechende Beschäftigungsverhältnisse abschließen können. Gesetzliche und tarifvertragliche Regelungen können trotz aller Vermittlungsbemühungen dazu führen, dass potenzielle Arbeitsplätze nicht besetzt werden.*

*Gründe, warum ein mögliches Beschäftigungsverhältnis nicht zustande kommt, gibt es vielfältige. Sie können sowohl in der Natur des Bewerbers liegen als auch an den Anforderungen, die der Arbeitgeber stellt. Geringe Qualifikation, mangelnde Mobilitätsbereitschaft, Alter des Bewerbers etc. sind potenzielle Gründe, die zu einer Ablehnung einer Bewerbung führen können. Neben personenbezogene Hemmnisse sind auch gesetzliche und tarifver-*

*tragliche Regelungen zu nennen, die einer Beschäftigung im Wege stehen können. Probleme dieser und verwandter Art werden im Folgenden als Beschäftigungshemmnisse bezeichnet. Anhand der Beschäftigung wissenschaftlicher Mitarbeiter in öffentlich finanzierten Forschungsinstituten diskutiert der Beitrag zwei potenzielle Hemmnisse: zum einen die Besoldungsstruktur und zum anderen die Dauer von Beschäftigungsverhältnissen. Da Beschäftigungshemmnisse vielfach spezifischer Natur sind, lassen sich Verallgemeinerungen für den gesamten Arbeitsmarkt nicht herleiten. Aber sie sollen darauf hinweisen, dass noch ein erheblicher Reformbedarf auf dem Arbeitsmarkt besteht, wenn erfolgreich neue Beschäftigungsverhältnisse geschaffen werden sollen. Aus der Vielzahl der möglichen Beschäftigungshemmnisse soll anhand eines Beispiels dargestellt und diskutiert werden, welche Wirkungen hiervon auf die Beschäftigung ausgehen können und ob es Möglichkeiten gibt, diese Hemmnisse entweder zu beseitigen oder zumindest abzuschwächen.*

Herbert S. Buscher (Seite 190)

## Does Language matter? Sprachgrenzen und Konvergenz in der EU-25

### – Kurzfassung –

*Gemäß neoklassischer Vorstellung erhöht die Offenheit von Ökonomien die Geschwindigkeit, mit der sich deren Pro-Kopf-Einkommen angleichen. Zur Förderung der wirtschaftlichen Konvergenz der EU-Regionen wurden daher die Barrieren des freien Austauschs von Faktoren und Gütern sukzessive vermindert. Das Fortschreiten der Konvergenz innerhalb Europas lässt dennoch zu wünschen übrig.*

*Der vorliegende Beitrag untersucht, ob nicht die Vielzahl der europäischen Sprachgrenzen Teil der Erklärung des schleppenden Annäherungsprozesses sein könnte. Aus institutionen- und informations-ökonomischer Sicht lässt sich auf die höheren Transaktionskosten und auf Reputationseffekte verweisen, welche die Überwindung von Sprachgrenzen erschweren. In der Folge würde der Kapital- und Wissenstransfer von reichen Ökonomien hin zu weniger wohlhabenden Volkswirtschaften gehemmt, in umgekehrter Richtung verringerte sich die Wanderung von Arbeitskräften. Es resultierte eine geringere Konvergenzgeschwindigkeit sprachlich he-*

*terogener Regionen im Vergleich zu Räumen, die nicht von Sprachgrenzen durchzogen sind.*

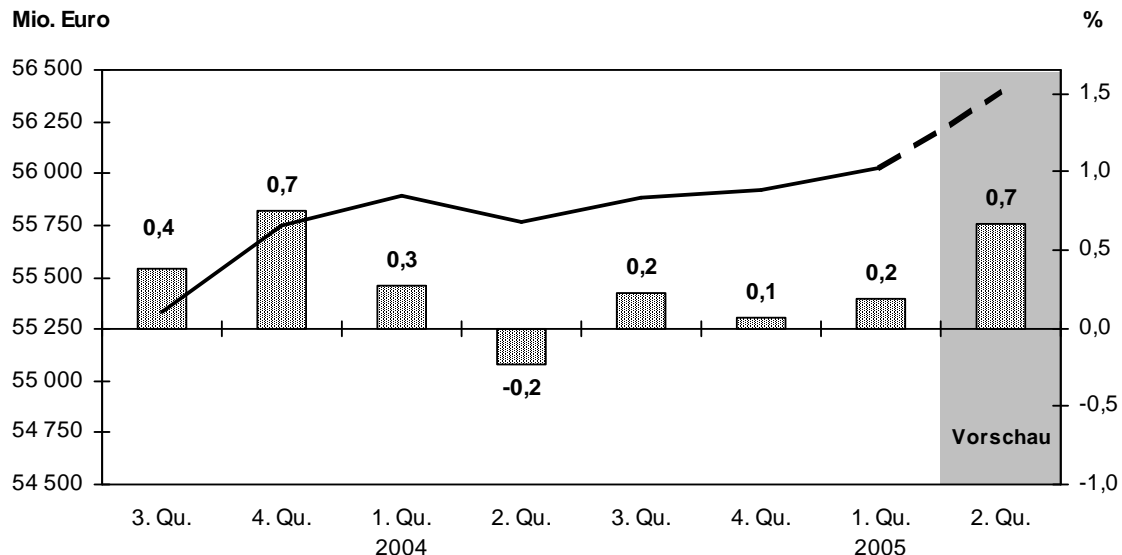
*Diese Hypothese wurde mittels des Konzeptes der  $\beta$ -Konvergenz empirisch getestet. Die Ergebnisse widersprechen allerdings den Vermutungen. Während der sprachlich heterogene Gesamttraum der EU-25 eine moderate Konvergenzgeschwindigkeit von 1,3% pro Jahr aufweist, gleichen sich die Regionen innerhalb homogener Sprachräume nicht an. Im Gegenteil existieren gleichsprachige Regionen, die sich voneinander wegentwickeln. Konvergenz erfolgt also tendenziell über Sprachgrenzen hinweg, die erwartete Binnenkonvergenz findet hingegen nicht statt. Eine Erklärung für dieses überraschende Ergebnis könnte in ausgeprägten Fremdsprachenkenntnissen ökonomisch bedeutsamer Gruppen liegen. Insbesondere die als Lingua franca fungierende englische Sprache dürfte Sprachgrenzen in Europa vergleichsweise leicht überwindbar machen.*

Lutz Schneider (Seite 197)

## Aktuelle Trends

### IWH-Konjunkturbarometer\* Ostdeutsche Wirtschaft verlässt die Talsohle

Reales Bruttoinlandsprodukt in Mio. Euro und Veränderung gegenüber Vorquartal in %  
- kalender- und saisonbereinigter Verlauf -



Quelle: Arbeitskreis VGR der Länder, Vierteljährliche VGR des IWH für Ostdeutschland, Stand: 31. Mai 2005.

Die ostdeutsche Wirtschaft ist nach ersten Schätzungen des IWH dabei, im laufenden Quartal die Fast-Stagnation zu Beginn des Jahres 2005 zu beenden. Im Unterschied zum kräftigen Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts in den alten Bundesländern war die gesamtwirtschaftliche Produktion im Osten in den ersten Monaten des Jahres gegenüber dem Schlussquartal nur geringfügig gestiegen. Im Vergleich zum Vorjahr hatte sich das Produktionsniveau sogar verringert. Ausschlaggebend dafür war der tiefe Absturz im Baugewerbe, der seine Ursache nicht nur im Rückgang der Baunachfrage nach den auslaufenden Sondereffekten bei der Beseitigung der Flutschäden und beim Eigenheimbau hatte, sondern auch in den gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen des überdurchschnittlich lang anhaltenden Winterwetters. Die Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe sowie bei produktionsnahen Dienstleistern erhöhte sich zwar gegenüber den letzten Monaten des Jahres 2004, aber nur wenig, sodass sich gesamtwirtschaftlich ein geringes Produktionsplus ergab.

Für das laufende Quartal sprechen die vorliegenden Indikatoren für eine Verstärkung des Wachstumstempos der Produktion in den neuen Bundesländern (ohne Berlin). Im Verarbeitenden Gewerbe sind in den ersten Monaten kräftige Bestellungen eingegangen, rund 6% mehr als im Schlussquartal, vor allem solche aus dem Ausland mit fast 8% Zuwachs. Laut Umfragen des IWH hatten sich zudem die Geschäftsaussichten in der Industrie wieder aufgehellt. Im Baugewerbe werden die witterungsbedingten Produktionsausfälle vom ersten Quartal teilweise wettgemacht. Im Dienstleistungsbereich setzt sich die allmählich Belebung der produktionsnahen Aktivitäten fort. Im Handel bleiben allerdings bislang neue Impulse nach dem Vollzug der im alten Jahr zurückgestellten Käufe aus.

Die Berechnung der Quartalsgrößen für die sektorale Bruttowertschöpfung im Jahr 2004 wurde vom IWH nach der Veröffentlichung der Jahreswerte durch den Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ aktualisiert. Die Angaben beruhen noch auf den Konzepten des ESVG von 1995. Das Konjunkturbarometer des IWH wird in der zweiten Jahreshälfte auf das ESVG von 2005 umgestellt, da dann durch den Arbeitskreis der statistischen Landesämter revidierte Jahreswerte nach dem neuen Rechensystem vorliegen werden.

*Udo.Ludwig@iwh-halle.de*

\* Zur Berechnung des IWH-Konjunkturbarometers für Ostdeutschland siehe Wirtschaft im Wandel 16/2003, S. 471 f.

## Ostdeutsche Wirtschaft: Aufholen mit Trippelschritten

Die gesamtwirtschaftliche Produktion ist in den neuen Bundesländern 2004 das dritte Jahr in Folge gestiegen. Die Zuwächse blieben zwar in einem schwachen wirtschaftlichen Umfeld gering, lagen aber prozentual in den Jahren 2002 sowie 2003 ein wenig über denen in den alten Bundesländern und 2004 fast gleichauf. Dabei griff die exportgetriebene Erholung in der ersten Jahreshälfte schwächer auf die Gesamtwirtschaft über, als das im Westen der Fall war. Denn trotz zunehmender Ausrichtung auf Auslandsmärkte hat die ostdeutsche Wirtschaft ihre Binnenorientierung nicht abgestreift. Das am stärksten vom Außenhandel abhängige Verarbeitende Gewerbe trug im vergangenen Jahr mit 18% zur gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung bei, und damit deutlich weniger als im Westen, und seine Exportquote lag erst bei 25%.<sup>1</sup> Allerdings expandierte die industrielle Wertschöpfung mit 8,8% doppelt so stark. Hier kamen die engen Vorleistungsverflechtungen vieler – vor allem großer – Hersteller im Osten mit den Endproduzenten im Westen zum Tragen. Umgekehrt waren dann auch die Auswirkungen im Osten geringer, als die Exportflaute einsetzte. Die schwache Inlandsnachfrage setzte keine neuen Impulse, und die gesamtwirtschaftliche Aktivität entwickelte sich verhalten. Das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts verlief somit asynchron zur Entwicklung im von den konjunkturellen Schwankungen stärker abhängigen Westen. Dieser asynchrone Produktionsverlauf hielt bis in die ersten Monate des Jahres 2005 an. Im Westen wuchs das Bruttoinlandsprodukt mit 1% deutlich gegenüber dem schwachen Schlussquartal, während es im Osten so gut wie stagnierte.

Motor des Produktionszuwachses war 2004 einmal mehr das Verarbeitende Gewerbe. Sein Wachstumsbeitrag erhöhte sich auf 1,4 Prozentpunkte (vgl. Tabelle 1). Auch Handel und Verkehr sowie Unternehmensdienstleister hatten Anteil am Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts. Im Unternehmenssektor ist lediglich die Wertschöpfung im Baugewerbe gesunken, wenn auch aufgrund von Son-

dereffekten weniger als in den beiden Jahren zuvor. Der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts wurde dadurch um 0,3 Prozentpunkte belastet. Der Beschäftigungsabbau im Staatssektor sorgte ein weiteres Mal für einen Rückgang des öffentlichen Leistungsbeitrags zur gesamtwirtschaftlichen Produktion.

Auf der Angebotsseite setzte sich die Tendenz zur Verbesserung der Kostenposition des Unternehmenssektors fort, wenn auch schwach. Im Bereich der Herstellung handelbarer Güter wurde der Lohnkostenvorteil weiter ausgebaut, im Bereich Handel und Verkehr sowie im nichtstaatlichen Dienstleistungssektor gab es dagegen beim Abbau des Lohnkostennachteils keine Fortschritte.

Tabelle 1:

Wachstumsbeiträge der Wirtschaftsbereiche in Ostdeutschland (ohne Berlin) zur Wertschöpfung  
- in Prozentpunkten des Zuwachses der realen Größe -

	2002	2003	2004
Bruttowertschöpfung insgesamt <sup>a</sup>	0,9	0,4	1,8
darunter:			
Verarbeitendes Gewerbe	0,6	0,9	1,4
Baugewerbe	-1,0	-0,5	-0,3
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	1,1	0,3	0,3
Finanzierung, Vermietung, Unternehmensdienstleister	0,1	0,1	0,3
Öffentliche und private Dienstleister	0,0	-0,4	-0,3
Bruttowertschöpfung der Unternehmen <sup>b</sup>	0,9	0,8	2,1
Unternehmen <sup>b</sup> ohne Baugewerbe	1,9	1,3	2,3
<i>Nachrichtlich:</i>			
Bruttoinlandsprodukt	0,7	0,2	1,5

<sup>a</sup> Die Wachstumsraten der unbereinigten Bruttowertschöpfung und des Bruttoinlandsprodukts divergieren aufgrund der Zurechnung der zweigübergreifenden Wertkomponenten des Bruttoinlandsprodukts, d. h. der unterstellten Bankdienstleistungen, der Gütersteuern und Gütersubventionen. – <sup>b</sup> Ohne private Dienstleister.

Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder; Berechnungen des IWH.

Die Expansion der Produktion war nicht kräftig genug, um Wirkung am Arbeitsmarkt zu erzielen. Vor allem infolge des Arbeitsplatzabbaus im Baugewerbe und im Staatssektor sank die Beschäftigung insgesamt, wenn auch geringfügig. Im Zuge der Lockerungen im Niedriglohnbereich wurden in Handel und Verkehr sowie bei Unterneh-

<sup>1</sup> In den alten Bundesländern erwirtschaftete 2004 das Verarbeitende Gewerbe 23% der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung, und der Anteil seines Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz (Exportquote) lag bei 41%.

mensdienstleister Neueinstellungen vorgenommen, sodass im Unternehmenssektor insgesamt die Beschäftigung nicht zurückging.

## Entwicklung der Nachfrage

### *Privater Konsum erneut gesunken*

Die ostdeutschen privaten Haushalte gaben 2004 das dritte Jahre in Folge real weniger als im Jahr zuvor für den Konsum aus. Ausschlaggebend dafür waren die sinkende Einwohnerzahl, der anhaltende Beschäftigungsabbau und der gestiegene Kaufkraftentzug durch die Preissteigerungen. Die ostdeutschen Verbraucher hielten sich insbesondere bei der Anschaffung von langlebigen Konsumgütern zurück.

Einkommenszuwächse aus Erwerbstätigkeit erzielten die privaten Haushalte lediglich infolge der Entlastungen bei der Einkommensteuer zu Beginn des Jahres und des geringfügig verringerten Beitragssatzes zur gesetzlichen Krankenversicherung. Die Bruttoverdienste waren dagegen trotz der Tarifabschlüsse von gut 2% rückläufig, da die Kürzung außertariflicher Lohnbestandteile anhielt und die Tarifbindung<sup>2</sup> weiter nachließ. Vor allem aber hat sich die Zahl der Lohn- und Gehaltsempfänger verringert.

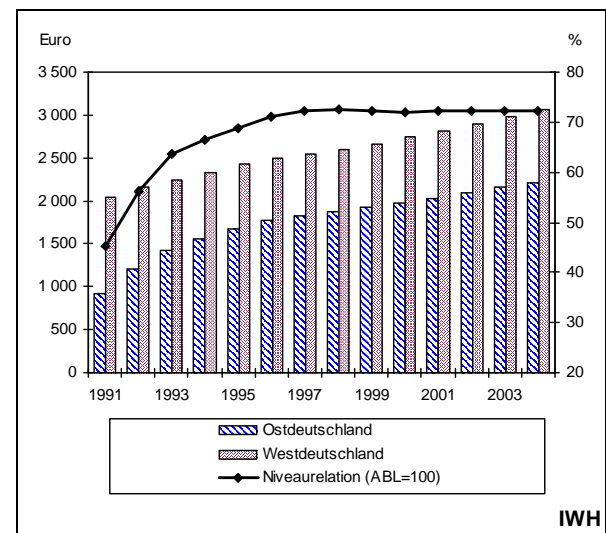
Ein Vergleich des durchschnittlichen Bruttomonatsverdienstes eines vollbeschäftigten Arbeitnehmers im Unternehmenssektor im Jahr 2004 zwischen den neuen und alten Bundesländern zeigt, dass die Lohnanpassung seit Mitte der 1990er Jahre bei rund 72% stagniert.

Nach wie vor sind die monetären Sozialleistungen mit knapp 40% die zweitwichtigste Einkommensquelle der privaten Haushalte in Ostdeutschland. Hiervon sind die Rentenzahlungen mit knapp 60% der größte Posten. Je Einwohner gerechnet liegen die bezogenen Transfereinkommen weiterhin bei 120% des westdeutschen Durchschnitts. Im Jahr 2004 erhöhten sich die monetä-

ren Transferzahlungen an die ostdeutschen privaten Haushalte vor allem infolge der gestiegenen Arbeitslosigkeit etwas, während die Rentenanhebung zur Jahresmitte ausblieb.

Abbildung 1:

Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste der vollbeschäftigten Arbeitnehmer<sup>a</sup> in Ost- und Westdeutschland<sup>b</sup>



<sup>a</sup> Produzierendes Gewerbe, Handels-, Kredit- und Versicherungsunternehmen. – <sup>b</sup> Ostdeutschland einschließlich Berlin-Ost und Westdeutschland einschließlich Berlin-West.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Die Selbständigen- und Vermögenseinkommen expandierten geringfügig. Alles in allem nahmen die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte um 1% zu.

Die Verbraucherpreise erhöhten sich 2004 um 1,7%. Treibend wirkten insbesondere die administrierten Preissteigerungen im Zuge der Gesundheitsreform, wie die Praxisgebühr und die Erhöhung der Zuzahlungen bei Medikamenten, der ersten und zweiten Stufe der Anhebung der Tabaksteuer, aber auch die deutlich gestiegenen Energie- und Benzinpreise. Der damit verbundene Kaufkraftentzug führte zu einem erneuten Rückgang der real verfügbaren Einkommen.

Die Sparneigung der privaten Haushalte, die seit dem Jahr 2000 kontinuierlich gestiegen war, erhöhte sich im Jahr 2004 nicht weiter, sodass sich die Konsumausgaben der privaten Haushalte in ähnlichem Tempo wie die verfügbaren Einkommen entwickelten. Zwar gewann die private Altersvorsorge als Hauptsparmotiv weiter an Bedeutung, aber die im Rahmen der Gesundheitsre-

<sup>2</sup> Laut Betriebspanel des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung ist 2004 die Tarifbindung in Ostdeutschland erneut gesunken. Einen Branchentarifvertrag gab es nur noch für 19% aller Betriebe (2003: 21%), einen Haustarifvertrag für 4% (2003: 5%). Von den Betrieben ohne Tarifbindung orientierten sich auch mit 40% weniger Betriebe am Branchentarifvertrag als davor (2003: 45%). Vgl. Beschäftigungstrends, Arbeitgeberbefragung des IAB. TNS Infratest Sozialforschung GmbH, München 2005.



form gestiegenen Ausgaben der privaten Haushalte für die Gesundheitspflege wirkten wohl einer weiteren Zunahme der Sparquote entgegen. Der Sparbetrag pro Einwohner hat sich im Osten gegenüber 1991 mehr als verdoppelt und beträgt rund zwei Drittel des Niveaus im Westen.

Tabelle 2:

Verfügbares Einkommen, private Konsumausgaben und Ersparnis in Ostdeutschland<sup>a</sup>

	2002	2003	2004
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %		
Verfügbares Einkommen, nominal	0,5	0,8	1,0
darunter:			
Monetäre Sozialleistungen	3,4	0,6	1,2
Private Konsumausgaben, nominal	0,4	0,6	1,1
real	-0,3	-0,4	-0,5
Ersparnis	1,2	3,1	1,1
Sparquote <sup>b</sup>	8,7	8,9	8,9
Verbraucherpreisindex	1,4	1,0	1,7
<i>Nachrichtlich:</i>			
Tariflöhne je Stunde	3,1	2,8	2,1
Effektivlöhne je Arbeitnehmer	1,8	1,2	0,2
Reale private Konsumausgaben je Einwohner	0,6	0,4	0,1

<sup>a</sup> Ohne Berlin. – <sup>b</sup> Ersparnis in % der verfügbaren Einkommen.

Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (Stand: April 2005); 2004: Schätzung des IWH.

### **Ausfuhren wuchsen kräftig, aber wenig Impulse aus der EU-Osterweiterung**

Das kräftige Anziehen der Weltkonjunktur bescherte 2004 auch den neuen Bundesländern einen deutlichen Exportzuwachs. Die Warenausfuhr stieg um 10%. Verkauft wurden im Ausland vor allem Vorleistungs- und Investitionsgüter aus dem Bereich der Metall- und Elektroindustrie und chemische Erzeugnisse. Die größten prozentualen Zuwächse erzielten Holzwaren (ohne Möbel), Metalle und Metallerzeugnisse, Papier, Maschinen und Elektrotechnik. Der Absatz von Fahrzeugen stagnierte dagegen, bei Kraftfahrzeugen gab es ein kleines Plus, bei Schiffen und Schienenfahrzeugen ein deutliches Minus.

Mit Abstand der größte Absatzmarkt waren einmal mehr die alten EU-Länder, die fast die Hälfte

der Warenexporte aus den neuen Bundesländern absorbierten. Obwohl dort die Konjunktur flau war, stiegen die Lieferungen mit 14,5% überdurchschnittlich. Hier schlugen wohl die Kostenvorteile der ostdeutschen Hersteller im Wettbewerb zu Buche.

Tabelle 3:

Warenexport der neuen Bundesländer in das Ausland im Jahr 2004

- in jeweiligen Preisen -

	Mio. Euro	Anteil in %	Zuwachs gg. Vj. in %
Ausfuhr insgesamt	37 642	100,0	10,2
darunter:			
Kraftwagen und Teile	7 861	20,9	0,6
Chemische Erzeugnisse	4 660	12,4	3,3
Maschinen	3 708	9,8	9,8
Rundfunk- und Nachrichtentechnik	2 856	7,6	4,9
Metalle	2 305	6,1	19,0
Nahrungsgüter	2 144	5,7	3,0

Quellen: Sonderauswertung des Statistischen Bundesamtes; Berechnungen des IWH.

Die neuen EU-Mitgliedsländer nahmen 13% der Warenexporte auf. Der Zuwachs blieb jedoch mit 6% unterdurchschnittlich. Kräftige Impulse kamen lediglich aus Polen, dem Hauptabsatzmarkt der neuen Bundesländer in Mitteleuropa (vgl. Tabelle A3). Der Vollzug der EU-Osterweiterung hat 2004 insgesamt kaum Spuren im Export der neuen Bundesländer hinterlassen. Sie partizipierten damit wenig an der kräftigen wirtschaftlichen Entwicklung in dieser Region.<sup>3</sup> Auch der Anstieg der Wareneinfuhren aus den neuen EU-Ländern ist nach dem Fall der letzten Handelsschranken mit 3% deutlich unter dem Durchschnitt von 12% geblieben. Allerdings ist die Bedeutung der neuen EU-Länder für die Versorgung Ostdeutschlands mit Gütern größer als für den Absatz. Die neuen Bundesländer haben 2004 fast 40% ihrer Einkäufe im Ausland aus den Beitrittsländern und Russland bezogen.

<sup>3</sup> Vgl. GABRISCH, H.; KÄMPFE, M.: Erste Beitritts effekte in den neuen Mitgliedsländern vorwiegend im monetären Bereich – Probleme für Polen, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 4/2005, S. 99 ff.

Außerhalb der europäischen Union sind die USA der wichtigste Absatzmarkt, die Ausfuhren dorthin sind jedoch im Zusammenhang mit der Aufwertung des Euro 2004 stark gesunken. Im Unterschied dazu expandierten die Lieferungen nach China und Russland kräftig, deren Märkte zusammengenommen soviel Waren aus den neuen Bundesländern aufnahmen wie Polen.

Die ostdeutschen Unternehmen haben 2004 trotz schwacher Inlandsnachfrage in Deutschland auch vermehrt Güter in den alten Bundesländern verkauft. Dieser Absatz außerhalb der Region wird jedoch von keiner amtlichen Statistik erfasst. Näher wird darauf unten bei der Marktanalyse des Produzierenden Gewerbes eingegangen.

### **Investitionsrückgang abgeschwächt**

Die Bruttoanlageinvestitionen in Ostdeutschland sind nun bereits das neunte Jahr in Folge gesunken. Der Rückgang blieb aber mit 3,5% etwa so stark wie im Vorjahr und damit deutlich unter den zweistelligen Raten der Jahre zuvor. Nach wie vor sind Sondereffekte ausschlaggebend. So haben sich die von der Flutkatastrophe im Jahr 2002 ausgelösten Aufbauarbeiten in Sachsen und Sachsen-Anhalt bis in das Jahr 2004 hineingezogen. Zudem hielten die vorgezogenen Bauaktivitäten im Zusammenhang mit der Kürzung der Eigenheimzulage an, und die Investitionsnachfrage der Industrie war immer noch durch einzelne Großprojekte gestützt. Nichtsdestotrotz waren die Investitionen in Ausrüstungen und sonstige Anlagen im Jahr 2004 abermals rückläufig. Wegen der geringeren Exportorientierung und den in den vergangenen Jahren aufgebauten hohen Produktionskapazitäten war die Notwendigkeit, den Nachfrageimpuls aus dem Ausland durch Investitionen zu bedienen, im Osten noch weniger ausgeprägt als in Deutschland insgesamt.

Zieht man die alten Bundesländer als Referenzraum heran, zeigt sich inzwischen eine erhebliche Investitionslücke. Je Einwohner gerechnet, lagen die Anlageinvestitionen im Jahr 2004 um 11 Prozentpunkte unter dem westdeutschen Niveau. Bei den Ausrüstungsinvestitionen findet sich diese Tendenz bereits seit 1997, das westdeutsche Pro-Kopf-Niveau wird hier derzeit um reichlich 20% verfehlt. Der Rückgang bei den Bauten hält zwar auch bereits neun Jahre an, wegen der ver-

Tabelle 4:  
Anlageinvestitionen in Ostdeutschland<sup>a</sup>

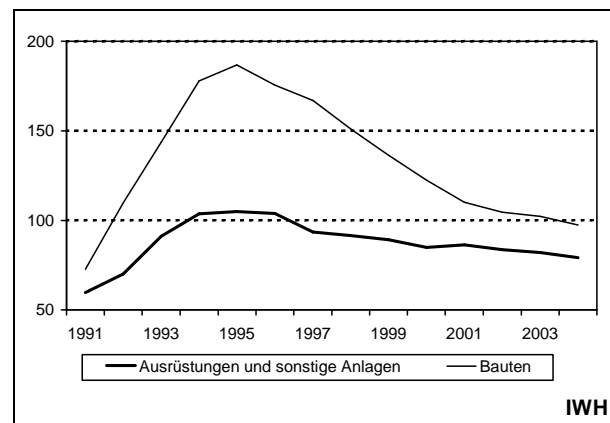
	2002	2003	2004	
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % <sup>b</sup>			Niveau pro Einwohner <sup>c</sup> ABL = 100
Anlageinvestitionen	-10,8	-3,6	-3,5	89
davon:				
Neue Ausrüstungen und sonstige Anlagen	-9,8	-3,2	-2,5	79
Neue Bauten	-10,8	-6,0	-6,1	97
davon:				
Wohnbauten	-12,5	-5,6	-7,2	67
Nichtwohnbauten	-9,5	-6,3	-5,3	149

<sup>a</sup> Ostdeutschland ohne Berlin, Westdeutschland mit Berlin. – <sup>b</sup> In Preisen von 1995. – <sup>c</sup> In jeweiligen Preisen.

Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (Stand: April 2005); Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des IWH.

Abbildung 2:  
Ausrüstungs- und Bauinvestitionen im Ost-West-Vergleich<sup>a</sup>

– Niveaurelation je Einwohner in jeweiligen Preisen, Westdeutschland = 100 –



<sup>a</sup> Ostdeutschland ohne Berlin, Westdeutschland mit Berlin.

Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (Stand: April 2005); Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des IWH.

gleichsweise hohen Pro-Kopf-Investitionen im gewerblichen und öffentlichen Bereich wird der westdeutsche Stand bisher aber nur knapp unterschritten. Dagegen sind die Wohnungsbauinvestitionen im Jahr 2004 in der Pro-Kopf-Rechnung mit 33% weit hinter den Stand in den alten Ländern zurückgefallen. Fördermaßnahmen hatten hier in den neunziger Jahren eine übermäßige Ausweitung des Wohnungsbestandes ausgelöst, was – noch durch demografische Effekte verstärkt – zu einer

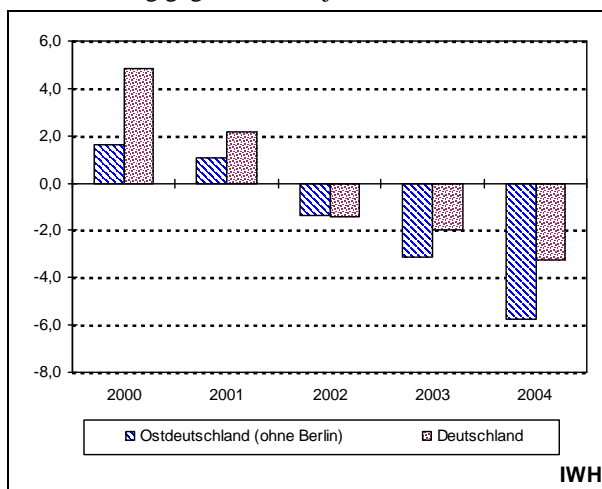
rückläufige Nachfrage nach Wohnbauten in den Folgejahren führte.

### **Engpass Eigenmittel bei Finanzierung der Investitionen**

Trotz der anhaltend expansiv ausgerichteten Geldpolitik sowie historisch niedriger Kapitalmarktzinsen im Euroraum sind die Kredite deutscher Banken an inländische Unternehmen und wirtschaftlich selbständige Privatpersonen im vergangenen Jahr um weitere 3¼% gesunken. Betroffen waren insbesondere die neuen Bundesländer (ohne Berlin), in denen der Rückgang des Kreditvolumens sogar 5¼% betrug (vgl. Abbildung 3). Die Entwicklung der Kreditbestände verläuft damit in Ostdeutschland schon das sechste Jahr in Folge schwächer als in der gesamten Republik. Aus dieser Entwicklung kann zwar noch nicht auf eine verminderte Kreditvergabebereitschaft deutscher Banken geschlossen werden, sie nährt aber die Befürchtung, die Erholung der Investitionstätigkeit in den neuen Bundesländern werde von Seiten der Finanzierungsmöglichkeiten besonders belastet.

Allerdings wird die Bedeutung von Bankkrediten für die Finanzierung von Investitionen in den neuen Ländern häufig überschätzt. Laut IAB-Betriebspanel finanzierten die ostdeutschen Betriebe im Jahr 2003 ihre Investitionen im Durchschnitt zu 22% aus Krediten und Darlehen und zu 50% aus Eigenmitteln, während 28% der Investitionen

**Abbildung 3:**  
Kredite an Unternehmen und wirtschaftlich selbständige Privatpersonen  
- Veränderung gegenüber Vorjahr in % -



Quellen: Deutsche Bundesbank; Berechnungen des IWH.

mit Fördermitteln finanziert wurden. Damit spielen sowohl Kredite und Darlehen als auch Eigenmittel in Ostdeutschland eine deutlich geringere Rolle als in Westdeutschland (28% Kredite und Darlehen, 64% Eigenmittel). Der unterschiedlich hohe Stellenwert der Finanzierung über Eigenmittel wird auch dadurch belegt, dass in Westdeutschland ca. 82% der Betriebe mindestens 50 Prozent ihrer Investitionen aus Eigenmitteln bestreiten, während es in Ostdeutschland lediglich 75% der Betriebe sind.

Insgesamt sind Kredite und Darlehen zwar nicht unbedeutend für die Investitionsfinanzierung. Fördermittel haben in Ostdeutschland aber im Durchschnitt einen größeren Stellenwert. Dieser hohe Anteil an Fördermitteln ist Indiz dafür, dass Unternehmen in Ostdeutschland noch keine hinreichend gefestigte Stellung an den Kapitalmärkten einnehmen konnten. Zugleich sind diese Finanzierungsquellen auch weniger konjunkturabhängig, dienen sie doch vor allem langfristigen Zielen, wie dem Aufbau einer wettbewerbsfähigen wirtschaftlichen Basis in Ostdeutschland.

**Tabelle 5:**  
Anteile alternativer Finanzierungsformen an der Investitionsfinanzierung 2003  
- in % -

	Neue Länder	Alte Länder
Eigenmittel	49,8	63,7
Darlehen und Kredite	22,3	28,0
Fördermittel	27,9	8,3

Quellen: IAB-Betriebspanel 2004; Berechnungen des IWH.

Ob die Kreditvergabe durch Banken künftig ein Investitionshemmnis darstellt, hängt zum einen von den Ursachen der schleppenden Kreditentwicklung der vergangenen Jahre ab – denn nur so kann auch eine Prognose der Kreditausweitung fundiert getroffen werden. Zum anderen ist zu berücksichtigen, inwieweit die Unternehmen in den neuen Bundesländern auf alternative Finanzierungsformen ausweichen können, sollte sich die schwache Kreditexpansion fortsetzen.

Eine wesentliche Ursache für den Rückgang der Bankkredite dürfte – wie auch in den alten Bundesländern – darin liegen, dass die Unternehmen Kredite tilgen, um ihre Verschuldung zurückzuführen. Zudem veranlasst die besonders hohe

Zahl an Insolvenzen die Banken, bestehende Kreditforderungen in größerem Umfang aus ihren Büchern zu streichen. Beide Effekte liefern keinen Hinweis auf eine Verknappung des Kreditangebots.

Bezüglich alternativer Finanzierungsformen stellen vor allem die unzureichenden Eigenfinanzierungsspielräume ein potenzielles Hindernis für die Investitionsfinanzierung dar. Wie die Eigenfinanzierungsquote in Ostdeutschland aufzeigt, leidet die eher klein- und mittelständisch geprägte ostdeutsche Wirtschaft unter einem chronischen Mangel an eigenen Finanzierungsmöglichkeiten. Diese werden sich bei einer Stärkung der Ertragslage zwar verbessern, aber nur wenig. Ohne eine substantielle Erweiterung der Eigenfinanzierungsbasis der Unternehmen kann es aber nur zu einer zögerlichen Ausweitung der Finanzierung kommen. Banken schätzen bei ihren Kreditvergabeentscheidungen die einzugehenden Risiken vor allem anhand vergangenheitsorientierter bilanzieller Kennziffern, wie der Eigenfinanzierungsquote, und den verfügbaren Kreditsicherheiten ein. Lediglich solche Banken, die eine enge Kundenbeziehung zu ihren Kreditnehmern unterhalten, ori-

entieren sich bei der Bestimmung des Kreditrisikos weniger an solchen harten Faktoren, sondern können ihre Kenntnis über die tatsächlichen Ertragsaussichten ihrer Kreditkunden nutzen. Insofern sollten eher regional verankerte Kreditinstitute – wie Sparkassen und Kreditgenossenschaften – in der Lage sein, die Finanzierung einer zunehmenden Investitionstätigkeit ihrer kleinen und mittelständischen Kreditkunden zu gewähren, selbst wenn deren interne Finanzierungsspielräume sich nicht stark ausweiten. Dass diese Bankengruppen tatsächlich in der Lage sind, auch in einem schwierigen gesamtwirtschaftlichen Umfeld ihre Kreditvergabe weitgehend aufrechtzuerhalten, haben sie in der Vergangenheit bereits unter Beweis gestellt.

### Ausstattung mit Sachkapital und Arbeit

Infolge sinkender Geburtenzahlen und anhaltender Abwanderung schrumpft in Ostdeutschland seit Jahren die Bevölkerung. Gelegentlich wird diese Beobachtung mit der Aussage verknüpft, das Angebot an Arbeitskräften werde zum Engpass. In Wirklichkeit besteht jedoch auf absehbare Zeit ein

Tabelle 6:  
Arbeitskräftepotenzial in Ostdeutschland<sup>a</sup>

		2000	2001	2002	2003	2004
		<i>in 1 000 Personen</i>				
1	Bevölkerung	13 900	13 788	13 671	13 566	13 477
2	Erwerbsfähige <sup>b</sup>	9 727	9 640	9 548	9 460	9 382
3	Erwerbstätige Inländer (Arbeitsplätze) <sup>c</sup>	6 277	6 249	6 158	6 092	6 090
4	Unterbeschäftigte (Arbeitsplatzlücke)	1 806	1 843	1 915	1 916	1 898
5	Registrierte Arbeitslose	1 244	1 259	1 274	1 317	1 302
6	Sonstige Unterbeschäftigte <sup>d</sup>	282	304	341	294	291
7	Stille Reserve <sup>e</sup>	280	280	300	305	305
8	Erwerbspersonenpotenzial (Arbeitskräftepotenzial) <sup>f</sup>	8 083	8 092	8 073	8 008	7 988
		<i>in %</i>				
9	Erwerbstätigenquote [(2)/(1)*100]	70,0	69,9	69,8	69,7	69,6
10	Erwerbsbeteiligungsquote [(8)/(2)*100]	83,1	83,9	84,5	84,7	85,1
11	Auslastungsgrad [(3)/(8)*100]	77,7	77,2	76,3	76,1	76,2

<sup>a</sup> Ostdeutschland ohne Berlin. – <sup>b</sup> Personen im Alter von 15 bis 65 Jahren. – <sup>c</sup> Einschließlich Teilnehmer an Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen sowie Beschäftigung schaffenden Infrastrukturmaßnahmen; 1-Euro-Jobs. – <sup>d</sup> Arbeitslose nach §125, 126 SGB III; Ausfall durch Kurzarbeit in Vollzeitäquivalenten; Teilnehmer an beruflicher Weiterbildung (in Vollzeitäquivalenten); Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen; Teilnehmer an Deutschlehrgängen; Vorruheständler; Ausfall durch Altersteilzeit in Vollzeitäquivalenten; Teilnehmer am Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit, am Programm JUMP+, am Programm Arbeit für Langzeitarbeitslose sowie die im Rahmen der so genannten Freien Förderung begünstigten Erwerbstätigen, die nicht zu den Erwerbstätigen zählen (geschätzt). – <sup>e</sup> Schätzungen auf der Grundlage von Angaben des IAB zur Stillen Reserve i. e. S. – <sup>f</sup> Summe aus Erwerbstätigen und Unterbeschäftigten.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder (Rechenstand: März 2005); Bundesagentur für Arbeit; Autorengemeinschaft: Der Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 2003 und 2004, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 1/2003, S. 7-42; Berechnungen des IWH.

Angebotsüberschuss an Arbeitskräften, der auf eine Arbeitsplatzlücke von etwa zwei Millionen hinweist. Wenn es auch in einigen Berufen oder Qualifikationen Fachkräftemangel gibt, so ist die Ausstattung des ostdeutschen Wirtschaftsraums mit Arbeitsressourcen insgesamt immer noch groß genug, um selbst einen kräftigen Nachfrageimpuls aus der Wirtschaft zu absorbieren. Das Arbeitskräftepotenzial wird zahlenmäßig nur zu drei Vierteln ausgeschöpft. Von den 8,1 Mio. arbeitsfähigen Erwerbspersonen im Osten hatten 2004 nur 6,1 Mio. einen Arbeitsplatz am ersten oder zweiten Arbeitsmarkt in Deutschland. Rund zwei Millionen waren als Arbeitslose registriert oder in anderer Form unterbeschäftigt (vgl. Tabelle 6).

Tabelle 7:

Anlagevermögen je Einwohner im Ost-West-Vergleich<sup>a,b</sup>

- Niveaurelation je Einwohner in jeweiligen Preisen, Westdeutschland = 100 -

	Anlagevermögen insgesamt	darunter: Ausrüstungen und sonstige Anlagen
1995	49	45
2000	65	70
2003	71	80

<sup>a</sup> Neue Länder ohne Berlin, alte Länder mit Berlin. – <sup>b</sup> Jahresanfangsbestand des Bruttoanlagevermögens.

Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (Stand: April 2005); Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Den eigentlichen Engpass bildet nach wie vor die Ausstattung des ostdeutschen Wirtschaftsraums mit Sachkapital (Anlagevermögen). Trotz rückläufiger Investitionstätigkeit hat sie sich allerdings insgesamt erhöht. Dies gilt vor allem für den Dienstleistungsbereich. Dagegen stagnierte sie im Bereich des produzierenden Gewerbes. Potenzialsteigernd ist allerdings die Tatsache zu werten, dass die Ausstattung mit Ausrüstungen und sonstigen Anlagen, den aktiven Elementen im Produktionsprozess, in allen Wirtschaftsbereichen gestiegen ist. Auch hat sich der Sachkapitalbestand pro Einwohner in den letzten Jahren im Verhältnis zu Westdeutschland weiterhin deutlich erhöht. Der Rückstand bleibt aber groß. Je Einwohner gerechnet, erreicht Ostdeutschland gegenwärtig 71% des Westniveaus. Bei Ausrüstungen und sonstigen Anlagen beträgt der Abstand 20%.

Tabelle 8:

Anlagevermögen in Ostdeutschland<sup>a</sup>

	2001	2002	2003	
	Veränderung gegen- über Vorjahr in % <sup>b</sup>		Niveau <sup>c</sup> ABL = 100	
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei				
Bruttoanlagevermögen	1,5	1,0	0,7	20,7
dar.: Ausrüstungen und sonstige Anlagen	7,2	5,4	5,0	19,3
Kapitalproduktivität <sup>d</sup>	2,6	-5,0	-4,3	60,9
dar.: Ausrüstungen und sonstige Anlagen	-2,8	-8,9	-8,2	65,1
Kapitalintensität je Arbeitsplatz <sup>e</sup>	6,7	4,0	3,1	78,7
dar.: Ausrüstungen und sonstige Anlagen	12,7	8,5	7,5	73,5
Produzierendes Gewerbe				
Bruttoanlagevermögen	1,5	1,4	-0,3	18,0
dar.: Ausrüstungen und sonstige Anlagen	4,3	4,0	1,3	15,8
Kapitalproduktivität <sup>d</sup>	-6,3	-2,2	2,3	63,9
dar.: Ausrüstungen und sonstige Anlagen	-8,9	-4,6	0,6	72,9
Kapitalintensität je Arbeitsplatz <sup>e</sup>	6,9	7,0	2,7	105,2
dar.: Ausrüstungen und sonstige Anlagen	10,0	9,7	4,7	92,2
Dienstleistungsbereiche				
Bruttoanlagevermögen	5,7	4,5	2,8	13,2
dar.: Ausrüstungen und sonstige Anlagen	10,0	7,4	4,7	15,6
Kapitalproduktivität <sup>d</sup>	-3,4	-2,7	-2,7	97,2
dar.: Ausrüstungen und sonstige Anlagen	-7,2	-5,3	-4,5	82,5
Kapitalintensität je Arbeitsplatz <sup>e</sup>	5,1	4,6	3,2	77,0
dar.: Ausrüstungen und sonstige Anlagen	9,3	7,4	5,1	90,7
Insgesamt				
Bruttoanlagevermögen	4,8	3,8	2,2	14,0
dar.: Ausrüstungen und sonstige Anlagen	7,3	5,8	3,3	15,8
Kapitalproduktivität <sup>d</sup>	-4,8	-3,1	-2,0	90,0
dar.: Ausrüstungen und sonstige Anlagen	-7,1	-4,9	-3,0	79,5
Kapitalintensität je Arbeitsplatz <sup>e</sup>	6,1	5,5	3,4	80,3
dar.: Ausrüstungen und sonstige Anlagen	8,8	7,6	4,5	90,8

<sup>a</sup> Neue Länder ohne Berlin, alte Länder mit Berlin. – <sup>b</sup> In Preisen von 1995. – <sup>c</sup> In Wiederbeschaffungspreisen. – <sup>d</sup> Bruttoinlandsprodukt bzw. Bruttowertschöpfung der Bereiche bezogen auf den Jahresanfangswert des Bruttoanlagevermögens. – <sup>e</sup> Kapitalstock je Erwerbstätigen (Jahresanfangsbestand).

Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (Stand: April 2005); Berechnungen des IWH.

Auch die Kapitalintensität der Arbeitsplätze ist weiter gestiegen. Allerdings hat sich die Kapitalproduktivität nur im Produzierenden Gewerbe erhöht. Für deren Rückgang insgesamt dürfte die Tatsache entscheidend sein, dass die erweiterten Produktionsmöglichkeiten von Seiten der Sachanlagen in den zurückliegenden Jahren nicht hinreichend ausgeschöpft worden sind, die Auslastung im Immobilienbereich beispielsweise nicht Schritt mit der Kapazitätserweiterung gehalten hat und möglicherweise eine Reihe von Investitionen getätigt wurden, die den Markttest noch nicht bestanden haben. Insgesamt bleibt die Kapitalintensität trotz der gesunkenen Beschäftigtenzahl weiterhin deutlich hinter dem Ausstattungsniveau der alten Länder zurück.

## Entwicklung der Produktion nach Hauptbereichen

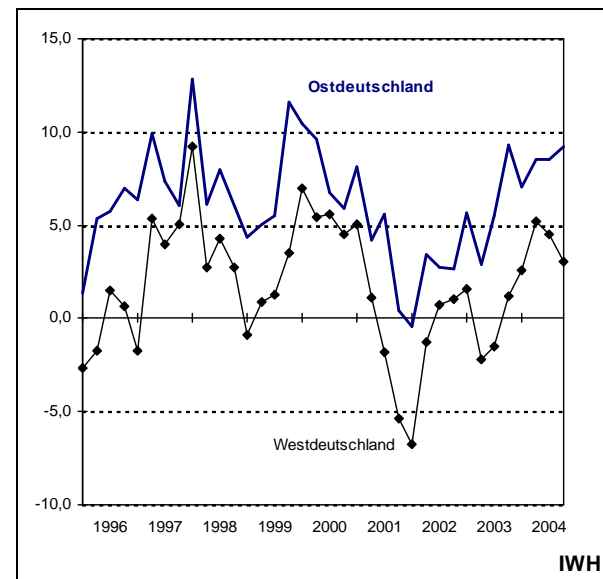
### *Verarbeitendes Gewerbe im Sog der konjunkturellen Erholung*

Seit Mitte der neunziger Jahre folgt die ostdeutsche Industrieproduktion weitgehend dem Schwankungsmuster der Konjunktur in den alten Bundesländern. Gemessen an den Zuwachsraten lag ihr Wachstumspfad allerdings deutlich über dem im früheren Bundesgebiet. In den Zuwachsraten wirken sich zwar auch die unterschiedlichen Größenverhältnisse zwischen der industriellen Produktion in Ost- und Westdeutschland als statistischer Basiseffekt aus, denn im Osten beträgt der jährliche Umsatz etwa ein Zehntel dessen im Westen. Hinter den dynamischen Zuwachsraten verbirgt sich jedoch auch eine Verkürzung des Rückstandes in der Produktion pro Kopf.

Im vergangenen Jahr erzielten unter den sieben umsatzstärksten Industriezweigen sechs Branchen Zuwächse zwischen 8% und 18%. Die Spitzengruppe bildeten die Metallindustrie und die Chemische Industrie. Dagegen fiel der Umsatzführer, das Ernährungsgewerbe, mit einem Zuwachs von 4,7% ab. Unter den dynamischsten Zweigen befanden sich mit dem Kraftfahrzeugbau, der Chemischen Industrie und dem Maschinenbau auch die umsatzstärksten Exporteure. Sie wurden dicht gefolgt von der Rundfunk- und Nachrichtentechnik sowie dem Sonstigen Fahrzeugbau (Schiffbau, Schienenfahrzeugbau, Luft- und Raumfahrzeug-

bau), die zur Gruppe der exportintensiven Industriezweige gehören. Insgesamt bestimmten die Produzenten von Vorleistungsgütern und von Investitionsgütern die hohe Umsatzdynamik im Verarbeitenden Gewerbe. Hersteller von Gebrauchs- oder Verbrauchsgütern blieben dagegen weit zurück.

Abbildung 4:  
Entwicklung der Produktion im Verarbeitenden Gewerbe Ost- und Westdeutschlands<sup>a</sup>  
- Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal in % -



<sup>a</sup> Angaben für Betriebe von Unternehmen mit mindestens 20 Beschäftigten für Ostdeutschland mit Berlin-Ost und Westdeutschland mit Berlin-West.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Bei deutschlandweit mehr oder weniger gleichen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen unterstreicht der kräftige Produktionszuwachs des Verarbeitenden Gewerbes im Osten sowohl die Fähigkeit des modernisierten Industriesektors, konjunkturelle Impulse aufzunehmen, als auch im Wettbewerb mit anderen Anbietern zu bestehen. So hat sich dank erneut gesunkener Lohnstückkosten gegenüber der Konkurrenz aus dem früheren Bundesgebiet die Kosten- und Gewinnsituation weiter verbessert.<sup>4</sup> Die kräftig erhöhte Wertschöpfung resultierte im Wesentlichen aus einer Produktivitätssteigerung der gegenüber dem Vor-

<sup>4</sup> Vgl. auch BRAUTZSCH, H.-U.; LUDWIG, U.: Gewinne der Industrieunternehmen in Ostdeutschland noch im Aufholprozess, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 3/2004, S. 63-70. – BRAUTZSCH, H.-U.: Ostdeutsche Industrie zog 2002 bei Rendite mit Westdeutschland gleich, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 2/2005, S. 35.

jahr nur wenig gesunkenen Beschäftigtenzahl. Die Zunahme der Arbeitskosten blieb demgegenüber niedrig, sodass die Lohnstückkosten auf 91% des Westniveaus gesunken sind. Der Abstand bei der Produktivität ist zwar weiterhin mit 73% des Westniveaus groß, beim Arbeitnehmerentgelt mit 67% jedoch viel größer. Das verschafft den Unternehmen Spielraum im Wettbewerb um Produktionsaufträge.

Tabelle 9:  
Tariforientierung in den Betrieben Ostdeutschlands im Jahr 2004

- Anteil der Betriebe in % -

	Branchen- tarif- vertrag	Haus- tarif- vertrag	Vergleich- bare tarifl. Entlohnung	Ohne Ori- entierung
Landwirtschaft	12	4	22	62
Bergbau/Energie/ Wasser	30	10	38	22
Verarb. Gewerbe	18	4	34	44
Ernährungsgew.	29	3	36	32
Verbrauchsgüter	12	7	29	52
Vorleist.-güter	18	3	28	51
Inv.-/Gebr.-güter	16	4	37	43
Baugewerbe	33	3	35	29
Handel/Reparatur	16	5	28	51
Verkehr/Nachr.- übermittlung	10	3	30	57
Kredit-/Versiche- rungsgew.	25	7	26	42
Dienstl. überwie- gend für Untern.	12	2	24	62
Erziehung/ Unterricht	33	11	23	33
Gesundheits-/ Sozialwesen	18	4	51	27
Sonstige Dienstl.	10	4	28	58

Quellen: IAB-Betriebspanel 2004; Berechnungen des IWH.

Ein wesentlicher Grund für den Lohnabstand ist die erneut gesunkene Tarifbindung im Osten. Während die Branchentarifverträge in Ost- und in Westdeutschland bei den Ecklöhnen weitgehend gleiche Vergütungen vorsehen, wird diese Regelung von einer großen Vielzahl vor allem kleiner und mittelgroßer Betriebe unterlaufen. So meldeten im vergangenen Jahr nur 18% aller Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes die Entlohnung der Beschäftigten nach einem Flächentarifvertrag, 44% vergüteten dagegen ohne jegliche Anlehnung an Tarifverträge. Im Ergebnis liegen die tatsächlich

gezahlten Löhne und Gehälter seit Jahren im Durchschnitt unter den tariflich vereinbarten.

Tabelle 10:  
Auslands- und Inlandsumsatz des ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbes<sup>a</sup>

	2000	2001	2002	2003	2004
	<i>in Mio. Euro</i>				
Ausland	20 415	23 782	25 895	27 295	30 696
Inland	75 682	78 682	79 059	84 243	89 791
ABL	37 574	41 395	42 296	43 207	-
NBL	38 108	37 287	36 762	41 036	-
Insges.	96 098	102 464	104 954	111 538	120 487
	<i>Veränderung gg. Vorjahr in %</i>				
Ausland	-	16,5	8,9	5,4	12,5
Inland	-	4,0	0,5	6,6	6,6
ABL	-	10,2	2,2	2,2	-
NBL	-	-2,2	-1,4	11,6	-
Insges.	-	6,6	2,4	6,3	8,0

<sup>a</sup> Betriebe von Unternehmen mit mindestens 20 Beschäftigten.

Quellen: Statistisches Bundesamt; IAB-Betriebspanel; Berechnungen des IWH.

Tabelle 11:  
Überregionaler Umsatz nach ausgewählten Bereichen des Produzierenden Gewerbes der neuen Bundesländer 2000 und 2003<sup>a</sup>

- Anteil der Regionen am Umsatz in % -

	Ausland		Alte Bundesländer	
	2000	2003	2000	2003
Ernährungsgewerbe	6,9	7,5	24,9	26,3
Verbrauchsgüter <sup>b,c</sup>	11,2	15,1	42,5	39,0
Vorleistungsgüter	20,4	28,1	42,4	39,1
Inv.-u. Gebr.-güter <sup>c</sup>	35,5	37,3	45,6	43,2
Verarbeitendes Gew.	21,2	24,5	39,1	39,1
Bauhauptgewerbe	1,5	2,9	11,2	14,6
Ausbauwerke	1,2	1,0	19,6	19,3
Baugewerbe	1,4	2,2	13,6	16,4

<sup>a</sup> Betriebe mit 20 Beschäftigten und mehr. – <sup>b</sup> Ohne Ernährungsgewerbe. – <sup>c</sup> Verbrauchsgüter mit bzw. Investitions- und Gebrauchsgüter ohne Herstellung von Möbeln, Schmuck, Musikinstrumente, Sportgeräten, Spielwaren und anderen Erzeugnissen.

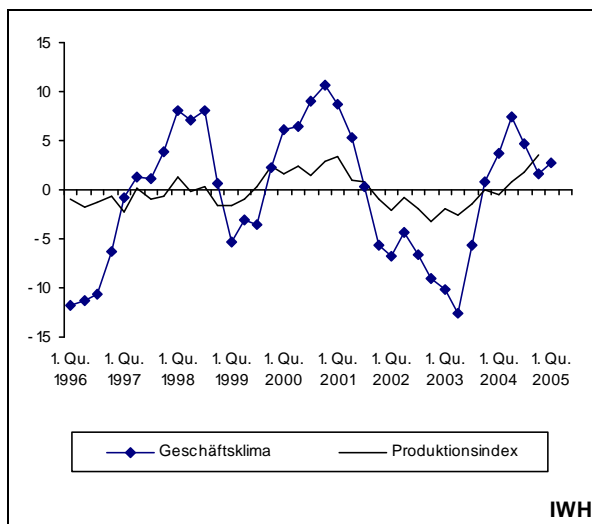
Quellen: Statistisches Bundesamt; IAB-Betriebspanel 2001 und 2004; Berechnungen des IWH.

Der Lohnkostenvorteil dürfte auch ein Grund dafür sein, dass das Verarbeitende Gewerbe zunehmend seine Absatzmärkte im früheren Bundesgebiet und im Ausland findet. Die Auswertung



der aktuellsten betrieblichen Datensätze zeigt, dass 2003 zwar die lokalen Märkte in Ostdeutschland wieder deutlich an Bedeutung für das hiesige Verarbeitende Gewerbe gewonnen hatten, insgesamt aber die alten Bundesländer nach wie vor den wichtigsten Absatzmarkt in Deutschland bilden. Während das Ernährungsgewerbe seinen Marktanteil in den alten Bundesländern ausbauen konnte, hat sich der Anteil des Absatzes der Hersteller von Investitions- und Gebrauchsgütern, von Verbrauchsgütern und von Vorleistungsgütern im früheren Bundesgebiet zugunsten der Auslandsaktivitäten jedoch verringert.

Abbildung 5:  
Geschäftsklima und Produktionsindex<sup>a</sup> im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe  
- Abweichung vom Trend in % -



<sup>a</sup> Das Geschäftsklima ist das geometrische Mittel aus Geschäftslage und Geschäftsaussichten. Diese berechnen sich ihrerseits als Differenz aus den Prozentanteilen der jeweils positiven und negativen Urteile der befragten Unternehmen. Als Referenzgröße wird der Produktionsindex des Verarbeitenden Gewerbes verwendet, der vom Statistischen Bundesamt nur noch vierteljährlich veröffentlicht wird.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Umfragen und Berechnungen des IWH.

Die Bewahrung und der Ausbau des Lohnkostenvorteils dürfte auch die Expansion der industriellen Produktion im weiteren Verlauf dieses Jahres und im kommenden Jahr befördern. Die allmähliche Ausdehnung der Wachstumsbasis der gesamtwirtschaftlichen Aktivität in Deutschland auf die inländische Nachfrage dürfte gerade der ostdeutschen Industrie mit ihrer starken Binnenorientierung zugute kommen. So wird die Nachfrage nach neuen Ausrüstungsgütern im Sog der

Tabelle 12:

Produktion, Beschäftigung und Lohnstückkosten in ausgewählten Wirtschaftsbereichen<sup>a</sup>

	2002	2003	2004	
	Veränderung gegen- über Vorjahr in %		Niveau <sup>g</sup> ABL = 100	
Verarbeitendes Gewerbe				
Bruttowertschöpfung <sup>b</sup>	4,3	5,9	8,8	9,4
Beschäftigung	-1,0	-1,0	-0,4	12,8
Produktivität <sup>c</sup>	5,3	7,1	9,2	73,4
Arbeitskosten <sup>d</sup>	1,9	1,1	1,8	66,6
Lohnstückkosten <sup>e</sup>	-3,2	-5,5	-6,8	90,8
Handel, Gastgewerbe und Verkehr				
Bruttowertschöpfung <sup>b</sup>	5,8	1,6	1,5	12,6
Beschäftigung	-1,2	-1,2	1,1	16,7
Produktivität <sup>c</sup>	7,1	2,8	0,5	75,7
Arbeitskosten <sup>d</sup>	1,3	1,1	-1,3	77,2
Lohnstückkosten <sup>e</sup>	-5,5	-1,6	-1,7	102,1
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstler				
Bruttowertschöpfung <sup>b</sup>	0,6	0,2	1,4	10,1
Beschäftigung	1,3	1,8	3,0	14,2
Produktivität <sup>c</sup>	-0,7	-1,5	-1,6	70,7
Arbeitskosten <sup>d</sup>	2,0	1,3	-0,3	75,3
Lohnstückkosten <sup>e</sup>	2,8	2,9	1,3	106,5
Unternehmen insgesamt <sup>f</sup>				
Bruttowertschöpfung <sup>b</sup>	1,2	1,1	2,8	11,5
Beschäftigung	-2,5	-1,4	0	16,5
Produktivität <sup>c</sup>	3,8	2,5	2,8	69,2
Arbeitskosten <sup>d</sup>	1,7	1,4	0,2	70,8
Lohnstückkosten <sup>e</sup>	-2,0	-1,0	-2,5	102,4

<sup>a</sup> Neue Länder ohne Berlin, alte Länder mit Berlin. – <sup>b</sup> Bruttowertschöpfung in Preisen von 1995. – <sup>c</sup> Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen in Preisen von 1995. – <sup>d</sup> Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer (Inland). – <sup>e</sup> Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer (Inland) in Relation zur realen Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen. – <sup>f</sup> Ohne private Dienstleister. – <sup>g</sup> Niveauvergleich in jeweiligen Preisen.

Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (Stand: April 2005); Berechnungen des IWH.

etwas anziehenden Konjunktur zunehmen. Der Impuls kommt weitgehend aus dem Verarbeitenden Gewerbe selbst, das aufgrund der anhaltenden Absatzexpansion in den zurückliegenden Jahren und noch laufender Großprojekte etwas mehr als in den Vorjahren investieren wird. Davon werden die Hersteller von Maschinen und Anlagen profitieren. Hinzu kommen die umsatzstarken Produzenten von Vorleistungsgütern und das Ernäh-



rungsgewerbe. Auf die konjunkturelle Absorptionsfähigkeit des ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbes verweisen für 2005 auch die amtlich erhobenen Auftragseingänge und das Geschäftsklima der vom IWH regelmäßig befragten Industrieunternehmen. Die Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe wird sich in diesem Jahr um 6,4% und im nächsten um 7,5% erhöhen.

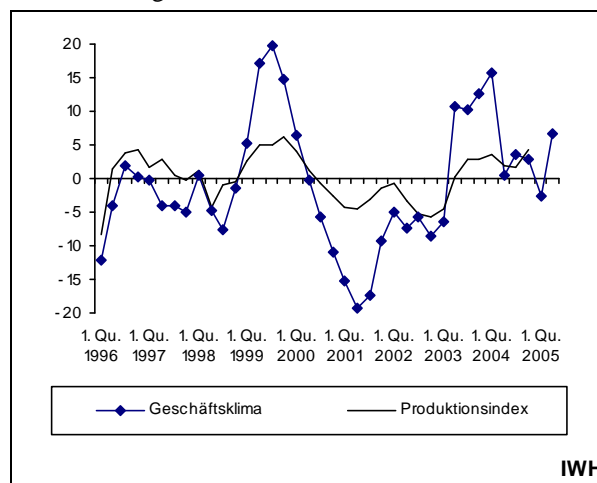
### **Bauproduktion bleibt abwärts gerichtet**

In der ostdeutschen Bauwirtschaft setzte sich 2004 die Anpassung an die sinkende Nachfrage fort. Trotz einiger Vorzieheffekte im Eigenheimbau und anhaltender Aktivitäten zur Beseitigung der Flutschäden aus dem Jahr 2002 ging die Baunachfrage mit 6% nochmals so stark zurück wie ein Jahr zuvor. Die Wertschöpfung des Baugewerbes verringerte sich allerdings mit 3,7% weniger deutlich. Den Verlust an Aufträgen im Osten kompensierten die hiesigen Bauunternehmen wohl teilweise durch die Ausdehnung ihrer Aktivitäten in den alten Bundesländern. Dies zeigen Umfrageergebnisse, aber auch die Lohnkostenvorteile im Ausbaugewerbe gegenüber den westdeutschen Konkurrenten deuten auf solche Gründe hin. Die Vorteile beim Lohn werden hier zwar durch höhere Vorleistungskosten geschmälert, sie sichern aber im Ausbaubereich immer noch positive Renditen.<sup>5</sup>

Die Talfahrt der Bauwirtschaft wird in diesem und im nächsten Jahr anhalten (vgl. Tabelle 13). Im *Wohnungsbau* ist zwar – wegen der mehrjährigen Gültigkeit der erteilten Baugenehmigungen zur Sicherung der Eigenheimzulage – noch mit dadurch angestoßenen Investitionsaktivitäten der privaten Haushalte zu rechnen. Diese laufen jedoch aus. Zudem werden sie von den rückläufigen Modernisierungs- und Sanierungsmaßnahmen im Wohnungsbestand und der ungünstigen Entwicklung im Mehrfamilienhaussegment weiterhin stark überlagert. Maßgeblich dafür ist, dass trotz des eingeleiteten Rückbaus der Leerstand infolge schrumpfender Einwohnerzahlen und zunehmender Versorgung mit Wohneigentum hoch geblieben ist. Dämpfend auf die Wohnwertverbesserung

wirken zudem die stagnierenden Haushaltseinkommen und die immer noch hohen Arbeitsplatzrisiken.

Abbildung 6:  
Geschäftsklima und Produktionsindex<sup>a</sup> im ostdeutschen Baugewerbe  
- Abweichung vom Trend in % -



<sup>a</sup> Das Geschäftsklima ist das geometrische Mittel aus Geschäftslage und Geschäftsaussichten. Diese berechnen sich ihrerseits als Differenz aus den Prozentanteilen der jeweils positiven und negativen Urteile der befragten Unternehmen. Als Referenzgröße wird der Produktionsindex verwendet, der vom Statistischen Bundesamt nur noch vierteljährlich für das Bauhauptgewerbe veröffentlicht wird.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Umfragen und Berechnungen des IWH.

Tabelle 13:  
Entwicklung der Bauinvestitionen in Ostdeutschland<sup>a</sup>

- Veränderung gegenüber Vorjahr in %; Preise von 1995 -

	2004	2005	2006
Bauinvestitionen insgesamt	-6,1	-4,0	-2,6
davon:			
Wohnbauten	-7,2	-5,0	-4,0
Nichtwohnbauten	-5,3	-3,3	-1,6

<sup>a</sup> Ohne Berlin.

Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (Stand: April 2005); Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Prognose des IWH.

Im *gewerblichen Bau* setzt sich der Abwärtstrend fort, aber nicht mehr so deutlich wie in den vergangenen Jahren. Die Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude deuten für die Zukunft auf noch anstehende Bauaktivitäten im Zusammenhang mit der Realisierung einzelner Großprojekte hin, wie zum Beispiel des Chipwerkes von AMD

<sup>5</sup> Vgl. LOOSE, B.; LUDWIG, U.: Ostdeutsche Bauunternehmen im Schnitt mit schmalen Gewinnen, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 14/2004, S. 417-423.

in Dresden und des interkontinentalen Luftkreuzes von DHL in Leipzig. Diese Impulse verteilen sich aber auf den gesamten Prognosezeitraum bzw. werden sogar darüber hinaus reichen. Auch die im Export tätigen Industrieunternehmen werden mit dem weiteren Ausbau ihrer Marktanteile Planvorhaben nun in Angriff nehmen, die sie im Vorjahr anvisiert hatten, bisher aber nicht realisiert haben. Laut IWH-Umfrage betrifft dies eine ganze Reihe von Unternehmen vor allem aus dem Vorleistungs- aber auch aus dem Investitionsgütergewerbe. Ein Zuwachs an baulichen Maßnahmen in den bestehenden Unternehmen des Dienstleistungssektors wird vor dem Hintergrund nicht ausgelasteter Kapazitäten und nach wie vor geringer Eigenkapitalausstattung nur in Ausnahmen zu erwarten sein. Insbesondere dürften die ungünstigen Renditeaussichten bei Büroimmobilien infolge der dort zu beobachtenden hohen Angebotsüberhänge die Investitionsentwicklung weiterhin drücken.

Bei den *öffentlichen Bauinvestitionen* ist angesichts der immer noch angespannten Finanzlage der öffentlichen Haushalte mit weiteren Rückgängen zu rechnen. Allerdings dürfte der aus Gesetzesänderungen resultierende Anstieg des Gewerbesteueraufkommens im vergangenen Jahr zumindest bei einem Teil der Kommunen zu verbesserten Finanzierungsmöglichkeiten für Investitionen geführt haben. Dadurch schwächt sich hier der Rückgang in den nächsten Jahren leicht ab.

Wegen der rückläufigen Nachfrage und Produktion sinkt die Bruttowertschöpfung im Baugewerbe im laufenden Jahr um 4,5% und im Jahr 2006 um 2,5%.

### ***Dienstleistungen uneinheitlich***

Während Unternehmensdienstleister und Anbieter in den Nachrichtensparten 2004 erneut Leistungszuwächse erzielten, war die Entwicklung im Handel rückläufig. Die Kaufkraftschwäche drückte besonders im Einzelhandel auf Umsätze und Wertschöpfung. Die Unternehmen minderten den Kostendruck, indem sie verstärkt auf die Anstellung geringfügig Beschäftigter zurückgriffen.

Trotz der schwachen Entwicklung der Wertschöpfung weist die Erwerbstätigenstatistik deutliche Zuwächse bei der Beschäftigtenzahl im nicht-staatlichen Dienstleistungssektor aus. Hier han-

delt es sich wohl vorrangig um geringfügig Beschäftigte. Die Nutzung dieser Angaben für die Berechnung von Kostenrelationen verzerrt die tatsächlichen Verhältnisse und den in der Tabelle 12 präsentierten Ost-West-Vergleich bei den Lohnstückkosten.

### ***Dienstleistungen uneinheitlich***

Während Unternehmensdienstleister und Anbieter in den Nachrichtensparten 2004 erneut Leistungszuwächse erzielten, war die Entwicklung im Handel rückläufig. Die Kaufkraftschwäche drückte besonders im Einzelhandel auf Umsätze und Wertschöpfung. Die Unternehmen minderten den Kostendruck, indem sie verstärkt auf die Anstellung geringfügig Beschäftigter zurückgriffen.

Trotz der schwachen Entwicklung der Wertschöpfung weist die Erwerbstätigenstatistik deutliche Zuwächse bei der Beschäftigtenzahl im nicht-staatlichen Dienstleistungssektor aus. Hier handelt es sich vorrangig um geringfügig Beschäftigte. Die Verwendung dieser Angaben für die Berechnung von Kostenrelationen verzerrt die tatsächlichen Verhältnisse und den in Tabelle 12 präsentierten Ost-West-Vergleich bei den Lohnstückkosten. Der Einsatz geringfügig Beschäftigter dürfte den Kostendruck in den Unternehmen eher gemildert und ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessert haben.

Die Nachfrageschwäche in Ostdeutschland wird im Prognosezeitraum nur allmählich überwunden, und die Anbieter von Dienstleistungen werden darauf angewiesen sein, neue Märkte zu entdecken. Der Abbau baunaher Dienstleistungsangebote wird sich fortsetzen. Nachholbedarf an Dienstleistungen in früher vernachlässigten Bereichen besteht kaum noch. Schließlich wirkt auch die Schrumpfung der Bevölkerung dämpfend.

## **Arbeitsmarkt**

### ***Noch keine Besserung auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt***

Die Situation auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt hat sich im Jahr 2004 nicht gebessert. Zwar sank die Lohnkostenbelastung der Produktion, sodass von dieser Seite der Druck auf die Beschäftigung in den Unternehmen nicht zunahm. Die Zahl der Erwerbstätigen ging gegenüber dem Vorjahr nur leicht zurück. Hinter dieser Entwicklung verbergen

sich zwei gegenläufige und in ihrer Wirkung ambivalente Prozesse: Zum einen nahm die Zahl der ausschließlich geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse und der staatlich subventionierten Ich-AGs kräftig zu (vgl. Tabelle 14). Hinzu kam, dass ab dem vierten Quartal im Vorgriff auf die Hartz IV-Reformen gemeinnützige – ebenfalls staatlich subventionierte – Arbeitsgelegenheiten („Zusatzjobs“) angeboten wurden. Zum anderen ging im gleichen Zeitraum die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um 88 000 bzw. 2,1% zurück (Westdeutschland: -314 000 bzw. 1,4%). Im ersten Quartal dieses Jahres nahm deren Zahl gegenüber dem Vorjahresquartal nochmals um 64 000 Personen bzw. 1,6% ab.<sup>6</sup> Damit setzt sich der Trend zur Substitution von Normalarbeitsverhältnissen durch atypische Beschäftigungsverhältnisse fort. Einher geht diese Tendenz mit einer – gemessen an der Veränderung der Erwerbstätigenzahl – unterproportionalen Entwicklung des Arbeitsvolumens. So ist bei einer leicht rückläufigen Erwerbstätigenzahl das geleistete Arbeitsvolumen deutlicher gesunken. Dies macht einmal mehr deutlich, dass die Aussagekraft der Kopfzahl für die Einschätzung der tatsächlichen Veränderung des Beschäftigungsstandes zunehmend begrenzt ist.

Tabelle 14:  
Erwerbstätigkeit nach Beschäftigtengruppen in Ostdeutschland 2003 und 2004  
- in 1 000 Personen -

	2003	2004	Zuwachs
SV-pflichtig Beschäftigte	4 168	4 080	-88
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte	499	552	53
Selbständige einschl. mithelfende Familienangehörige	565	597	32
darunter: Ich-AG	11	40	29
Sonstige	454	454	0
Erwerbstätige	5 686	5 683	-3

Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder; Berechnungen des IWH.

<sup>6</sup> In den alten Bundesländern schwächte sich hingegen der Beschäftigungsabbau merklich ab. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ging dort im ersten Quartal „nur“ um 54 000 Personen bzw. 0,2% zurück.

Die Zahl der registrierten Arbeitslosen ging im Jahr 2004 um 15 000 gegenüber dem Vorjahr zurück. Die Arbeitslosenquote sank damit von 18,8% im Jahr 2003 auf 18,6% im Jahr 2004. Einen wichtigen Einfluss auf den Abbau der registrierten Arbeitslosigkeit hatte die deutliche Verringerung der Zahl der potenziell Arbeitssuchenden. Die Zahl der Erwerbsfähigen – das sind alle Personen im Alter von 15 bis 65 Jahren – nahm im Jahr 2004 gegenüber dem Vorjahr um fast 80 000 Personen ab. Auch eine Statistikbereinigung zu Beginn des Jahres 2004 führte zu einem deutlichen Absenken der Arbeitslosenzahl.<sup>7</sup>

Im Jahr 2004 wurden zur Minderung der registrierten Arbeitslosigkeit in großem Umfang arbeitsmarktpolitische Instrumente eingesetzt (vgl. Tabelle 15). Die traditionellen Instrumente wie Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen sowie Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung wurden – wie bereits in den Vorjahren – zugunsten der direkten Eingliederungshilfen in den ersten Arbeitsmarkt zurückgeführt. Die Zahl der Teilnehmer an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen im ersten Arbeitsmarkt überstieg im Jahr 2003 um 104 000 Personen die Zahl der auf dem zweiten Arbeitsmarkt geförderten Personen. Mit Ausnahme der Ich-AGs war die Wirkung der neuen Instrumente der Arbeitsmarktpolitik recht beschränkt.

Eine Prognose der Arbeitsmarktentwicklung ist aufgrund des Inkrafttretens des Vierten Gesetzes für Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt zu Beginn des Jahres 2005 besonders schwierig.<sup>8</sup> Dies liegt zum einen daran, dass die Zahl der registrierten Arbeitslosen durch die Meldepflicht der arbeitsfähigen Sozialhilfeempfänger in den ersten Monaten dieses Jahres zugenommen hat. Unklar ist jedoch, wie sich beispielsweise im laufenden Jahr die registrierte Arbeitslosigkeit im Zuge

<sup>7</sup> Seit Beginn des Jahres 2004 werden Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen nicht als arbeitslos gezählt. Im Durchschnitt von 2004 wurden in Ostdeutschland 25 000 Personen in derartigen Maßnahmen gefördert. Diese rechtliche Neuregelung hatte zwar keinen Einfluss auf die Höhe der Unterbeschäftigung insgesamt, führt jedoch zu einer Verringerung der im Blickfeld der Öffentlichkeit stehenden Arbeitslosenzahlen.

<sup>8</sup> Vgl. BRAUTZSCH, H.-U.: Arbeitsmarktbilanz Ostdeutschland: Wer ist erwerbstätig, wer ist unterbeschäftigt?, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 4/2005, S. 108-112.

der verstärkten Vermittlungsbemühungen zurück-bilden wird. Zum anderen wird die Entwicklung der Erwerbstätigkeit auch durch den verstärkten Einsatz von arbeitsmarktpolitischen Instrumenten – und hierbei insbesondere durch die Bereitstellung von „Zusatzjobs“ – beeinflusst. Über den Umfang der vorgesehenen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen im Prognosezeitraum ist jedoch wenig bekannt.

Tabelle 15:

Teilnehmer an Maßnahmen im ersten und zweiten Arbeitsmarkt Ostdeutschlands<sup>a</sup>

- in 1 000 Personen -

	2003	2004	2005
Erster Arbeitsmarkt	163	170	170
Empfänger direkter Eingliederungshilfen <sup>b</sup>	146	121	122
Teilnehmer in arbeitsmarktpolitischen Programmen	17	49	48
Personal-Service-Agenturen (PSA)	4	9	10
Ich-AGs	13	40	38
Zweiter Arbeitsmarkt	101	66	105
Arbeitsbeschaffungs- und traditionelle Struktur-anpassungsmaßnahmen	100	45	40
Programm „Arbeit für Langzeitarbeitslose“	1	16	5
„Zusatzjobs“		5	60
Teilnehmer an Maßnahmen insgesamt	264	236	275
<b>Nachrichtlich:</b> <b>Erwerbstätige (Inland)</b>	5 683	5 710	5 740
Teilnehmerquote <sup>c</sup> (in %)	4,6	4,1	4,8

<sup>a</sup> Ostdeutschland ohne Berlin. – <sup>b</sup> Teilnehmer an Struktur-anpassungsmaßnahmen Ost für Wirtschaftsunternehmen (SAM OfW); Arbeitnehmer mit Eingliederungszuschüssen, Einstellungszuschüssen bei Vertretung, Einstellungszuschüssen bei Neugründung, Arbeitsentgeltzuschüssen für Ungelernte und von Arbeitslosigkeit Bedrohte, Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose, Arbeitnehmerhilfen bzw. Arbeitsentgeltzuschuss; Überbrückungsgeld; Teilnehmer am Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit bzw. JUMP+ sowie die im Rahmen der sogenannten Freien Förderung begünstigten Erwerbstätigen, die zu den Erwerbstätigen zählen (geschätzt) – <sup>c</sup> Anteil der Teilnehmer an Maßnahmen im ersten und zweiten Arbeitsmarkt an den Erwerbstätigen (Inland).

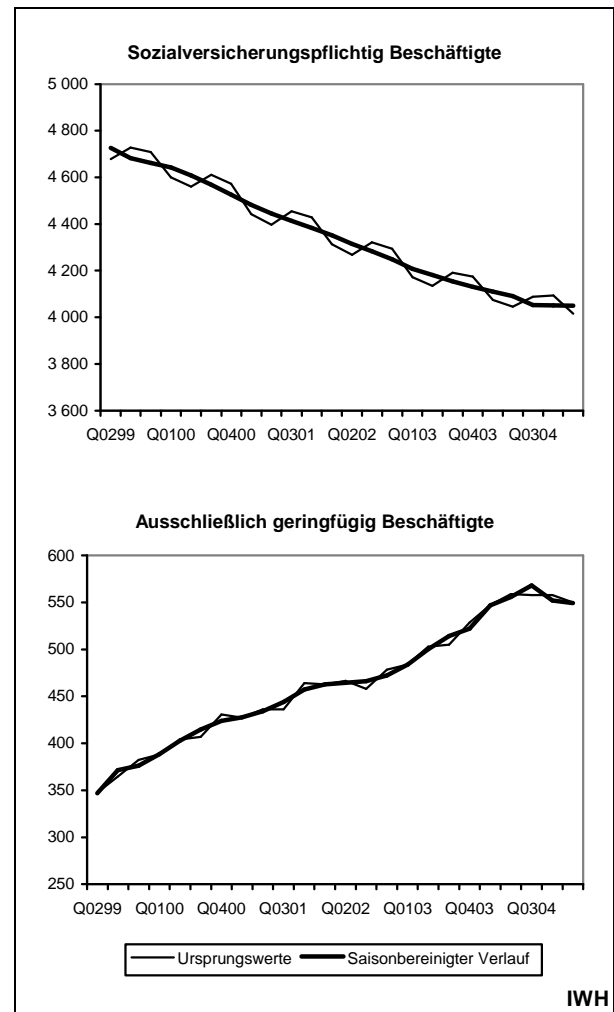
Quellen: Bundesanstalt für Arbeit; 2005: Prognose des IWH.

Im Großen und Ganzen wird sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt in diesem und im nächsten Jahr kaum ändern. Die Zahl der Erwerbstätigen wird in

Abbildung 7:

Entwicklung der Zahl der sozialversicherungs-pflichtig Beschäftigten und der ausschließlich geringfügig Beschäftigten in Ostdeutschland<sup>a</sup>

- in 1 000 Personen -



<sup>a</sup> Ostdeutschland ohne Berlin.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des IWH.

diesem Jahr um ca. 30 000 zunehmen. Dies ist insbesondere auf die weitere Ausdehnung von geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen und „Zusatzjobs“ zurückzuführen. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten wird weiter – wenn auch etwas abgeschwächt – zurückgehen. Der Beschäftigungsaufbau konzentriert sich auf die Bereiche Handel, Gastgewerbe und Verkehr sowie Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister, da in diesen Bereichen der überwiegende Teil der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse besteht (vgl. Tabelle 16). Bei den öffentlichen und privaten Dienstleistern wird die Beschäftigungsentwicklung insbesondere durch die

„Zusatzjobs“ geprägt. Im Jahr 2006 ist mit einem Beschäftigungszuwachs von etwa 30 000 Personen zu rechnen, der zu einem großen Teil aus der Ausweitung geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse resultiert.

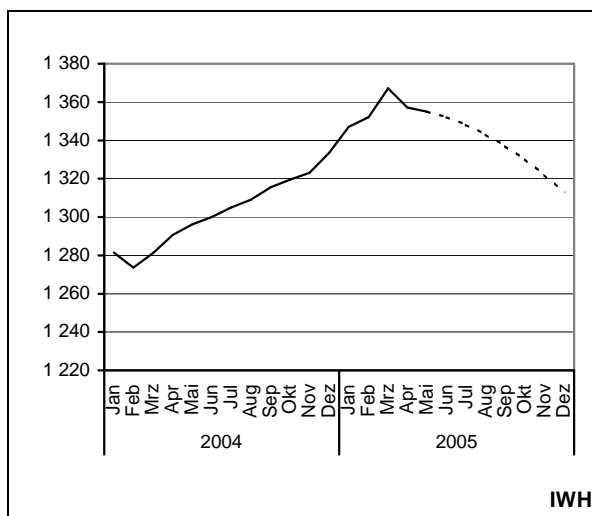
Tabelle 16:  
Entwicklung der Erwerbstätigkeit nach Wirtschaftsbereichen in Ostdeutschland<sup>a</sup>  
- Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in % -

	2003	2004	2005
Produzierendes Gewerbe	-3,0	-2,2	-0,7
darunter:			
Verarbeitendes Gewerbe	-1,0	-0,4	0,9
Baugewerbe	-5,8	-4,6	-3,0
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	-1,2	1,1	0,6
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	1,8	3,0	3,2
Öffentliche und private Dienstleister	-0,6	-0,2	0,4
Erwerbstätigkeit insgesamt <sup>b</sup>	-1,1	-0,1	0,5

<sup>a</sup> Ohne Berlin. – <sup>b</sup> Einschließlich der geförderten Personen in Arbeitsbeschaffungs- und Struktur Anpassungsmaßnahmen.

Quellen: Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder (Stand: Februar/März 2005); Berechnungen und Prognose des IWH.

Abbildung 8:  
Entwicklung der Zahl der registrierten Arbeitslosen 2004 und 2005 in Ostdeutschland<sup>a</sup>  
- in 1 000 Personen -



<sup>a</sup> Ostdeutschland ohne Berlin.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

Die Zahl der registrierten Arbeitslosen wird im Durchschnitt des Jahres 2005 um ca. 30 000 Personen gegenüber dem Vorjahr zunehmen. Dies ist insbesondere auf die Anfang dieses Jahr eingeführte Meldepflicht für alle arbeitsfähigen Sozialhilfeempfänger zurückzuführen. Da in Ostdeutschland aufgrund der allgemein höheren Erwerbsneigung vergleichsweise weniger Sozialhilfeempfänger als erwerbsfähig gezählt wurden, fällt dieser Effekt jedoch geringer aus als in Westdeutschland. Im kommenden Jahr wird die Zahl der registrierten Arbeitslosen um rund 70 000 Personen sinken. Dies ist auch durch den weiteren Rückgang des Arbeitsangebots bedingt.

## Fazit

### *Regionale Leistungsbilanz weniger passiv, aber Investitionen rückläufig*

Die in den vergangenen Jahren weiter gesunkenen Investitionsausgaben insgesamt und Konsumausgaben des Staates haben in den neuen Bundesländern dazu beigetragen, die Lücke zwischen Absorption und Produktion zu verringern. Der Importüberschuss bzw. das Defizit in dieser Art regionaler Leistungsbilanz betrug 2002, dem Jahr, für das der aktuellste vollständige amtliche Datensatz vorliegt, 30% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Diese Quote dürfte sich im vergangenen Jahr auf ein Viertel verringert haben (vgl. Tabelle A2). Einer schnelleren Aktivierung der Leistungsbilanz standen die nach wie vor zunehmenden Konsumausgaben der privaten Haushalte entgegen. Bei Abzug des Preisauftriebs waren allerdings auch sie rückläufig. Die Lücke zwischen Absorption und Produktion wird finanziell durch West-Ost-Transfers ausgefüllt. Sie stützen zudem etwa ein Zehntel der Produktion und Arbeitsplätze in Ostdeutschland.<sup>9</sup>

Sinkende Investitionen beeinträchtigen die Wachstumschancen der Region Ostdeutschland. Bei Unternehmensinvestitionen ist dies besonders schmerzhaft, weil der Rückgang vor allem die Anschaffung von Ausrüstungsgütern und sonstigen Anlagen betrifft. Sie unterschreitet das Pro-Kopf-

<sup>9</sup> Vgl. LEHMANN, H.; LUDWIG, U.; RAGNITZ, J.: Originäre Wirtschaftskraft der neuen Länder noch schwächer als bislang angenommen, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 5/2005, S. 134 ff.

Niveau in den alten Bundesländern seit 1997, und dies bei schrumpfender Einwohnerzahl im Osten. Dagegen werden nach wie vor mehr Wirtschaftsbauten pro Einwohner errichtet als im Westen. Die Investitionsquote insgesamt hat sich weiter verringert und dürfte 2004 bei 23% gelegen haben.

Die gesamtwirtschaftliche Produktion ist in Ostdeutschland in den vergangenen drei Jahren in etwa so schwach gestiegen wie im Westteil der Republik. Bei vergleichbarem Wachstumstempo entscheidet die Bevölkerungsentwicklung in den beiden Regionen über den Fortgang des Aufholprozesses. In den neuen Bundesländern ist die Einwohnerzahl auch 2004 infolge von Geburtenrückgang und Abwanderung gesunken, während sie in den alten Ländern geringfügig zugenommen hat. Der Abstand in der Pro-Kopf-Produktion, und das heißt in den vor Ort erwirtschafteten Primäreinkommen, hat sich damit wieder etwas verringert, und der Konvergenzprozess hat sich, folgt man den international üblichen Definitionen, im Bereich der Produktion fortgesetzt. Dies gilt auch bezogen auf die Produktivität. Angesichts der Trippelschritte beim Aufholen bleiben die Abstände aber beträchtlich, und die zeitliche Dauer bis zum Einholen erstreckt sich unter diesen Bedingungen rein rechnerisch über einige Jahrzehnte.

Tabelle 17:  
Ausgewählte Indikatoren zum Aufholprozess in Ostdeutschland<sup>a</sup>

- Niveaurelation je Einwohner in jeweiligen Preisen,  
Westdeutschland = 100 -

	1995	2004	2005	2006
Bruttoinlandsprodukt	59,6	64,3	64,6	65,1
Verfügbare Einkommen	77,8	82,9	83,5	84,2
Privater Konsum	77,8	83,9	84,5	85,1
Ersparnis	70,4	65,2	66,1	67,2
<i>Nachrichtlich:</i> Produktivität Basis: Beschäftigte	65,0	72,3	72,5	72,7

<sup>a</sup> Ostdeutschland ohne Berlin, Westdeutschland mit Berlin.

Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder; Berechnungen und Prognose des IWH.

Ein hohes Maß an Angleichung ist dagegen bei den verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte und ihren Konsumausgaben erreicht. Hier

wirken sich zuallererst die West-Ost-Zahlungsströme in den sozialen Sicherungssystemen aus, insbesondere den Rentenkassen. Während die Erwerbseinkommen im Osten seit einigen Jahren bei 67% des Westniveaus stagnieren, liegen die Transfereinkommen bei 120%. Gerade sie werden konsum- und nicht investitionswirksam. Der Schein des übermäßigen Konsums im Osten hat damit auch strukturelle Ursachen. Eine Änderung an dieser Stelle setzt Eingriffe in die gesamtdeutschen Leistungsgesetze der gesetzlichen Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung voraus.

*Arbeitskreis Konjunktur Ostdeutschland*

*Udo Ludwig (Udo.Ludwig@iwh-halle.de)*

*Hans-Ulrich Brautzsch, Diemo Dietrich,*

*Ruth Grunert und Brigitte Loose*

Tabelle A1:

Reale Bruttowertschöpfung und Erwerbstätige in Ostdeutschland (ohne Berlin) nach Wirtschaftsbereichen von 1998 bis 2004

	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
<b>Bruttowertschöpfung</b>	<i>in Millionen Euro (Preise von 1995)</i>						
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	5 231	5 582	5 286	5 505	5 285	5 093	5 563
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	34 016	35 251	38 408	38 532	40 226	42 399	45 552
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	1 264	1 243	1 089	735	884		
Verarbeitendes Gewerbe	26 914	27 822	31 250	31 582	32 925	34 880	37 945
Energie- und Wasserversorgung	5 839	6 186	6 069	6 214	6 418		
Baugewerbe	26 790	24 632	21 844	18 734	16 572	15 489	14 911
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	32 488	35 812	37 359	35 500	41 794	42 448	43 105
Handel, Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	18 865	19 425	19 626	19 882	20 324		
Gastgewerbe	2 010	1 977	1 869	1 878	1 673		
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	11 614	14 411	15 864	17 740	19 797		
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	47 529	49 292	51 021	52 592	52 899	53 014	53 744
Kredit- und Versicherungsgewerbe	7 300	8 281	8 502	8 443	8 689		
Grundstückswesen, Vermietung, Unternehmensdienstleister	40 230	41 011	42 519	44 149	44 209		
Öffentliche und private Dienstleister	55 042	56 192	56 757	56 085	55 996	55 237	54 647
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialvers.	17 593	17 516	17 809	17 513	17 199		
Erziehung und Unterricht; Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen; Sonstige öffentliche und private Dienstleister; Häusliche Dienste	37 449	38 677	38 948	38 571	38 796		
<b>Bruttowertschöpfung insgesamt</b>	201 097	206 761	210 675	210 948	212 773	213 681	217 521
<b>Erwerbstätige</b>	<i>in 1 000 Personen</i>						
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	224,7	220,3	209,6	199,4	193,6	189,2	185,5
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	967,0	947,2	952,8	958,2	947,9	937,4	931,4
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	21,8	18,8	15,7	15,4	15,4	14,7	
Verarbeitendes Gewerbe	879,4	866,1	877,8	885,9	877,0	867,9	864,3
Energie- und Wasserversorgung	65,8	62,3	59,3	56,9	55,5	54,8	
Baugewerbe	905,4	864,7	798,4	703,3	627,3	590,9	563,7
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	1 389,5	1 413,2	1 423,9	1 424,0	1 406,2	1 389,3	1 404,2
Handel, Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	821,1	833,8	837,9	837,3	825,1	813,2	
Gastgewerbe	227,4	240,1	245,4	248,8	251,2	254,3	
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	341,1	339,3	340,7	337,9	329,8	321,7	
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	648,8	684,6	706,8	724,6	734,1	747,2	770,0
Kredit- und Versicherungsgewerbe	121,9	122,1	122,6	121,3	120,4	119,2	
Grundstückswesen, Vermietung, Unternehmensdienstleister	526,9	562,5	584,2	603,3	613,7	628,0	
Öffentliche und private Dienstleister	1 813,7	1 851,4	1 833,0	1 837,4	1 843,1	1 832,2	1 827,9
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialvers.	518,1	514,6	508,4	503,7	499,0	492,6	
Erziehung und Unterricht; Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen; Sonstige öffentliche und private Dienstleister; Häusliche Dienste	1 295,6	1 336,8	1 324,5	1 333,7	1 344,1	1 339,6	
<b>Erwerbstätige insgesamt</b>	5 949,1	5 981,3	5 924,5	5 846,9	5 752,3	5 686,2	5 682,6

Quellen: Arbeitskreise „VGR der Länder“ und „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (Rechenstand: März 2005).

Tabelle A2:

## Bruttoinlandsprodukt Ostdeutschlands (ohne Berlin) und ausgewählte Nachfragekomponenten 1991 bis 2004

	1991	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
	<i>in Millionen Euro (jeweilige Preise)</i>								
Bruttoinlandsprodukt	104 555	214 031	217 711	224 549	226 897	229 986	234 641	237 995	242 719
Privater Konsum	100 467	155 666	159 832	166 953	171 915	175 176	175 932	177 030	178 920
Staatskonsum	39 727	63 824	64 229	65 389	65 600	66 387	67 251	66 611	65 242
Anlageinvestitionen	46 306	88 573	84 785	81 680	77 363	69 922	62 144	58 629	55 844
Inlandsverwendung <sup>a</sup>	186 500	308 062	308 846	314 022	314 878	311 485	305 327	302 270	300 006
Saldo <sup>b</sup>	-81 945	-94 031	-91 134	-89 474	-87 981	-81 499	-70 686	-64 275	-57 287
	<i>Anteile am BIP in %</i>								
Bruttoinlandsprodukt	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Privater Konsum	96,1	72,7	73,4	74,4	75,8	76,2	75,0	74,4	73,7
Staatskonsum	38,0	29,8	29,5	29,1	28,9	28,9	28,7	28,0	26,9
Anlageinvestitionen	44,3	41,4	38,9	36,4	34,1	30,4	26,5	24,6	23,0
Inlandsverwendung <sup>a</sup>	178,4	143,9	141,9	139,8	138,8	135,4	130,1	127,0	123,6
	<i>in Millionen Euro (Preise von 1995)</i>								
Bruttoinlandsprodukt	143 107	210 697	211 631	217 111	219 946	219 244	220 700	221 067	224 386
Privater Konsum	131 546	148 876	150 942	157 810	160 254	160 701	160 211	159 540	158 700
Staatskonsum	51 325	63 721	64 175	64 127	63 811	63 470	63 057	62 050	61 294
Anlageinvestitionen	50 825	89 029	85 310	82 824	78 007	70 647	63 049	60 804	58 659
Inlandsverwendung <sup>a</sup>	233 696	301 626	300 427	304 761	302 072	294 828	286 317	282 394	278 653
	<i>Veränderung gegenüber Vorjahr in %</i>								
Bruttoinlandsprodukt		1,6	0,4	2,6	1,3	-0,3	0,7	0,2	1,5
Privater Konsum		0,1	1,4	4,6	1,5	0,3	-0,3	-0,4	-0,5
Staatskonsum		-0,8	0,7	-0,1	-0,5	-0,5	-0,7	-1,6	-1,2
Anlageinvestitionen		-5,4	-4,2	-2,9	-5,6	-9,4	-10,8	-3,6	-3,5
Inlandsverwendung <sup>a</sup>		-1,8	-0,4	1,4	-0,9	-2,4	-2,9	-1,4	-1,3

<sup>a</sup> Summe der ausgewiesenen Verwendungsaggregate: Privater Konsum, Staatskonsum und Anlageinvestitionen, d. h. Inlandsverwendung ohne Vorratsveränderungen. – <sup>b</sup> Saldo aus Inlandsverwendung (ohne Vorratsveränderungen) und Bruttoinlandsprodukt.

Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (Stand: Mai 2005); Schätzung der Nachfrageaggregate für 2003 bzw. 2004 durch das IWH.



Tabelle A3:  
Warenexport der neuen Bundesländer nach Regionen

	2004		2002	2003	2004
	Mio. Euro	Anteil in %	Veränderung gegenüber Vorjahr in %		
Ausfuhr insgesamt	37 642	100,0	1,5	14,2	10,2
Europa	24 634	65,4	3,5	15,1	12,1
darunter: Europäische Union (EU-15)	18 672	49,6	2,9	15,5	14,5
darunter:	2 768	7,4	7,7	9,8	11,1
Frankreich	3 017	8,0	23,7	-4,4	16,7
Italien	2 623	7,0	9,1	-7,2	7,3
Großbritannien	2 013	5,3	5,7	-3,3	14,8
Niederlande	1 770	4,7	8,5	9,5	16,2
Österreich	5 032	13,4	22,1	5,6	11,2
darunter: Neue EU-Länder <sup>a</sup>	42	0,1	9,9	-6,3	31,7
Estland	66	0,2	1,1	-2,0	21,0
Lettland	103	0,3	28,0	22,4	23,5
Litauen	1 932	5,1	3,0	9,6	7,0
Polen	1 592	4,2	34,1	-2,1	12,0
Tschechische Republik	493	1,3	62,5	6,9	14,7
Slowakei	652	1,7	49,1	14,6	13,5
Ungarn	152	0,4	-3,4	3,7	13,6
Slowenien	892	2,4	21,7	4,0	6,8
Russland	4 495	11,9	-2,8	6,1	-
Amerika	3 473	9,2	-4,1	9,5	16,9
darunter: USA	4 736	12,6	-0,9	20,5	24,2
Asien	1 497	4,0	9,7	42,0	18,2
darunter: Südostasien <sup>b</sup>	523	1,4	-	-	20,4
Japan	923	2,5	-6,9	38,9	19,8
China	3 777	10,0	-1,2	14,3	15,9
China					
Japan					
Südostasien					
USA					
Russland					
Amerika					
Europa					
Ausfuhr insgesamt					
darunter: Europäische Union (EU-15)					
darunter:					
Frankreich					
Italien					
Großbritannien					
Niederlande					
Österreich					
darunter: Neue EU-Länder <sup>a</sup>					
Estland					
Lettland					
Litauen					
Polen					
Tschechische Republik					
Slowakei					
Ungarn					
Slowenien					
Russland					

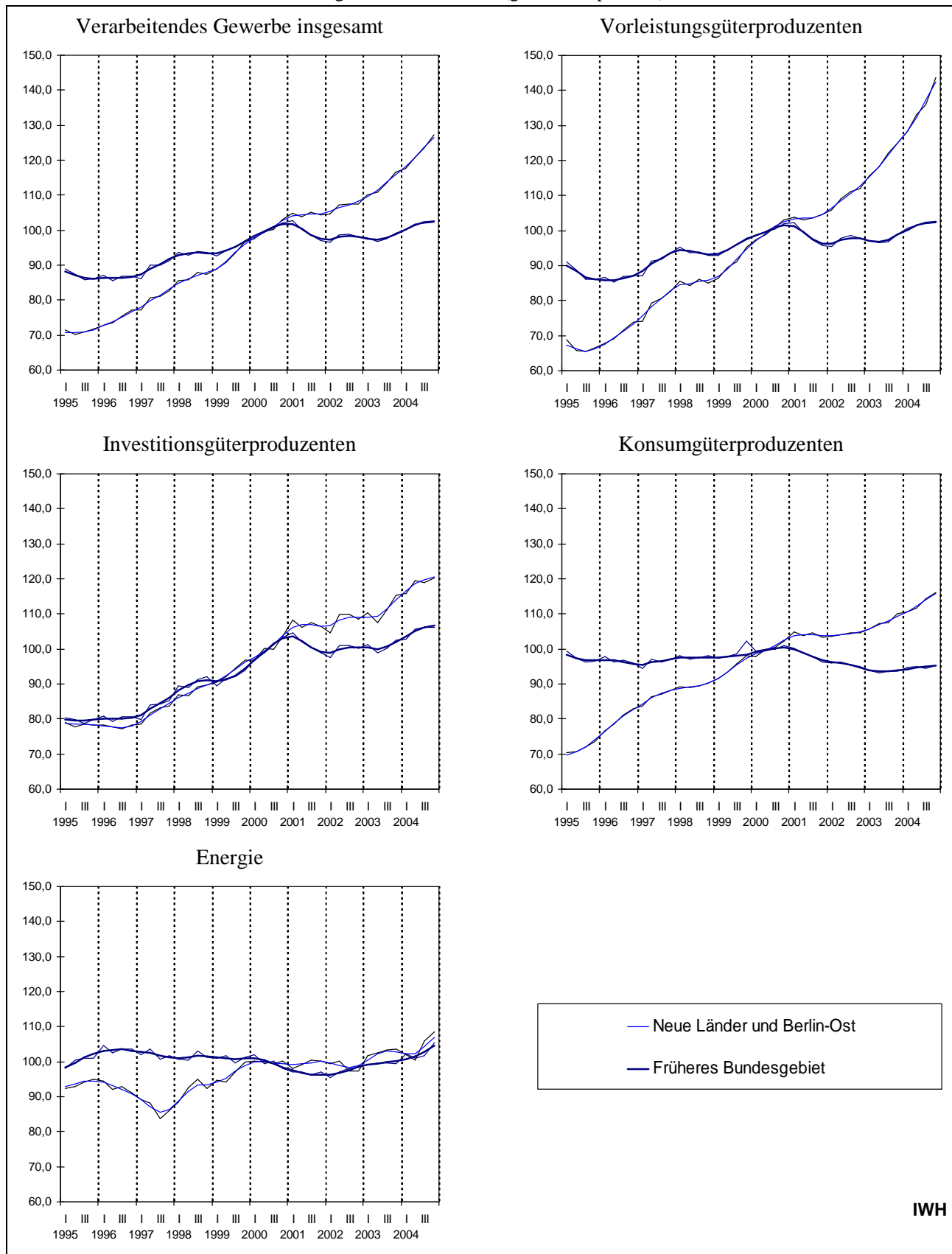
<sup>a</sup> Ohne Malta und Zypern. – <sup>b</sup> Indonesien, Philippinen, Malaysia, Singapur, Thailand, Republik Korea.

Quellen: Sonderauswertung des Statistischen Bundesamtes; Berechnungen des IWH.

## Übersicht 1 (Industrie):

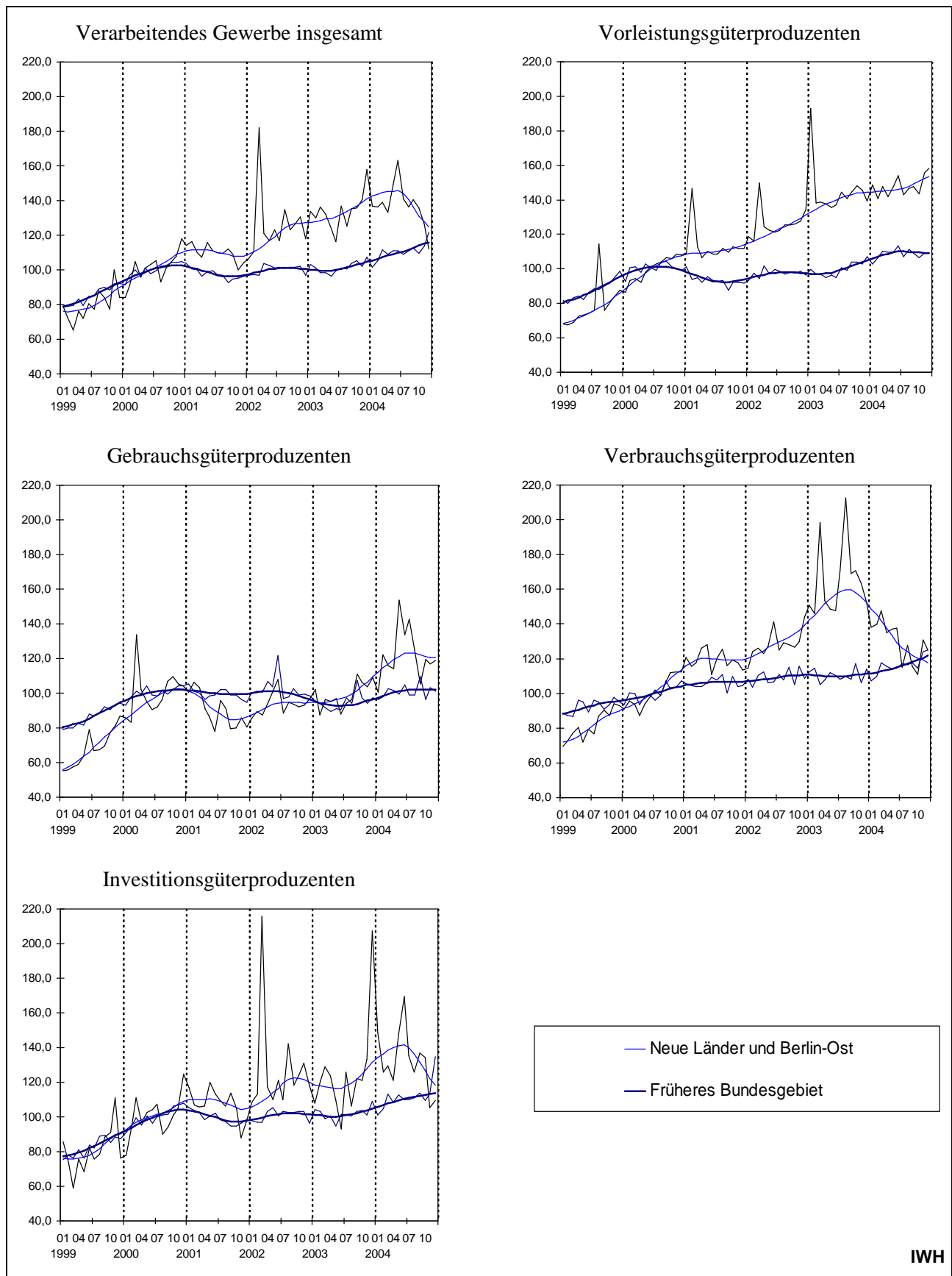
### Produktionsindex im Verarbeitenden Gewerbe Ost- und Westdeutschlands

- 2000 = 100; kalender- und saisonbereinigte Werte und Trend (glatte Komponente) -



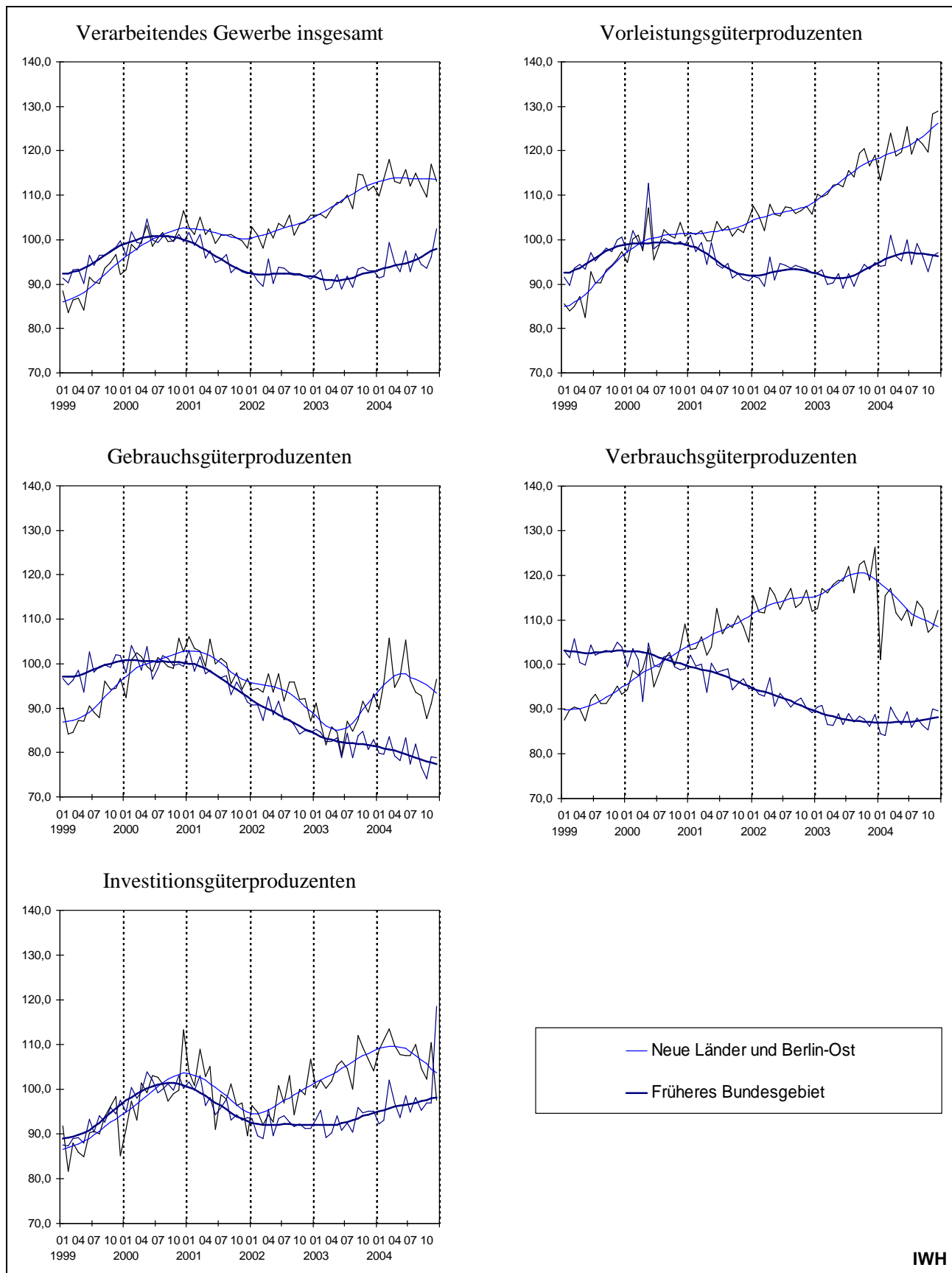
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Index des Auftragseingangs aus dem Ausland im Verarbeitenden Gewerbe Ost- und Westdeutschlands  
 - 2000 = 100; saisonbereinigte Werte und Trend (glatte Komponente) -



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Index des Auftragseingangs aus dem Inland im Verarbeitenden Gewerbe Ost- und Westdeutschlands  
 - 2000 = 100; saisonbereinigte Werte und Trend (glatte Komponente) -

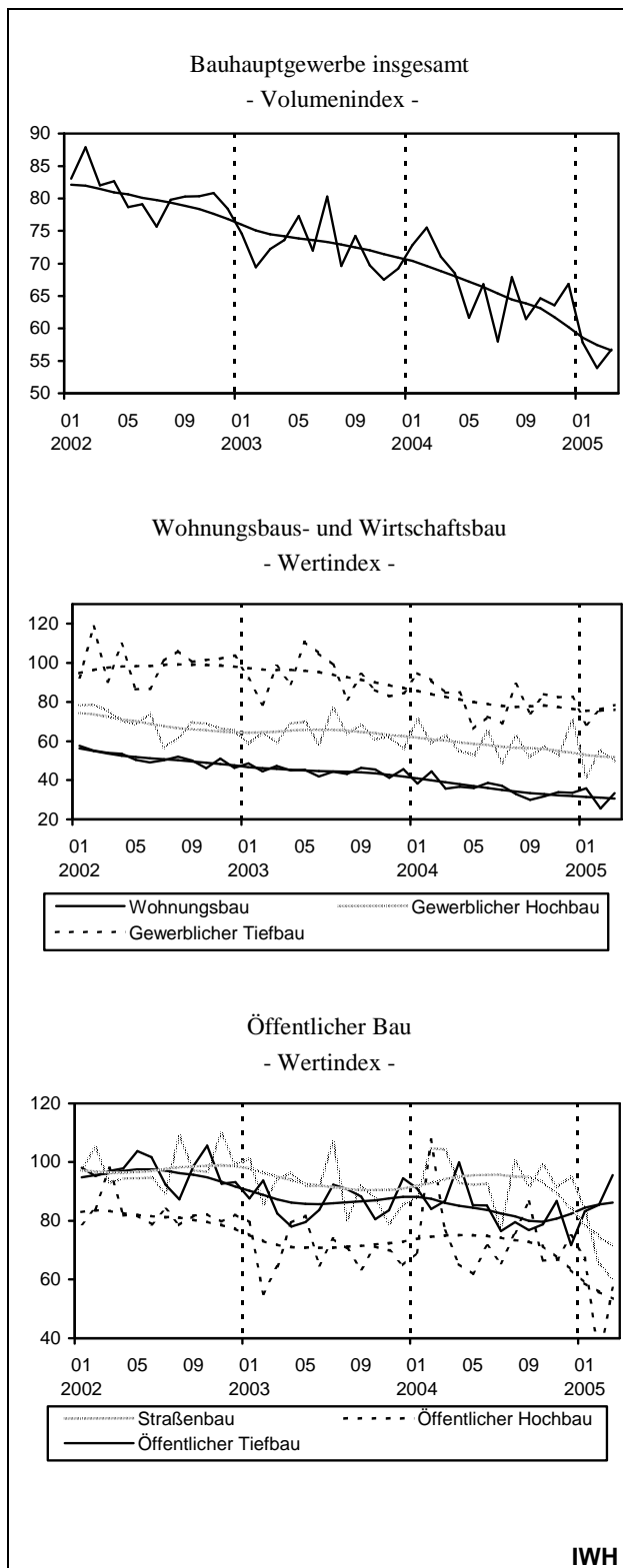


Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

## Übersicht 2 (Baugewerbe):

Index des Auftragseingangs im ostdeutschen Bauhauptgewerbe (bis März 2005)

- 2000 = 100; Trend (glatte Komponente) -

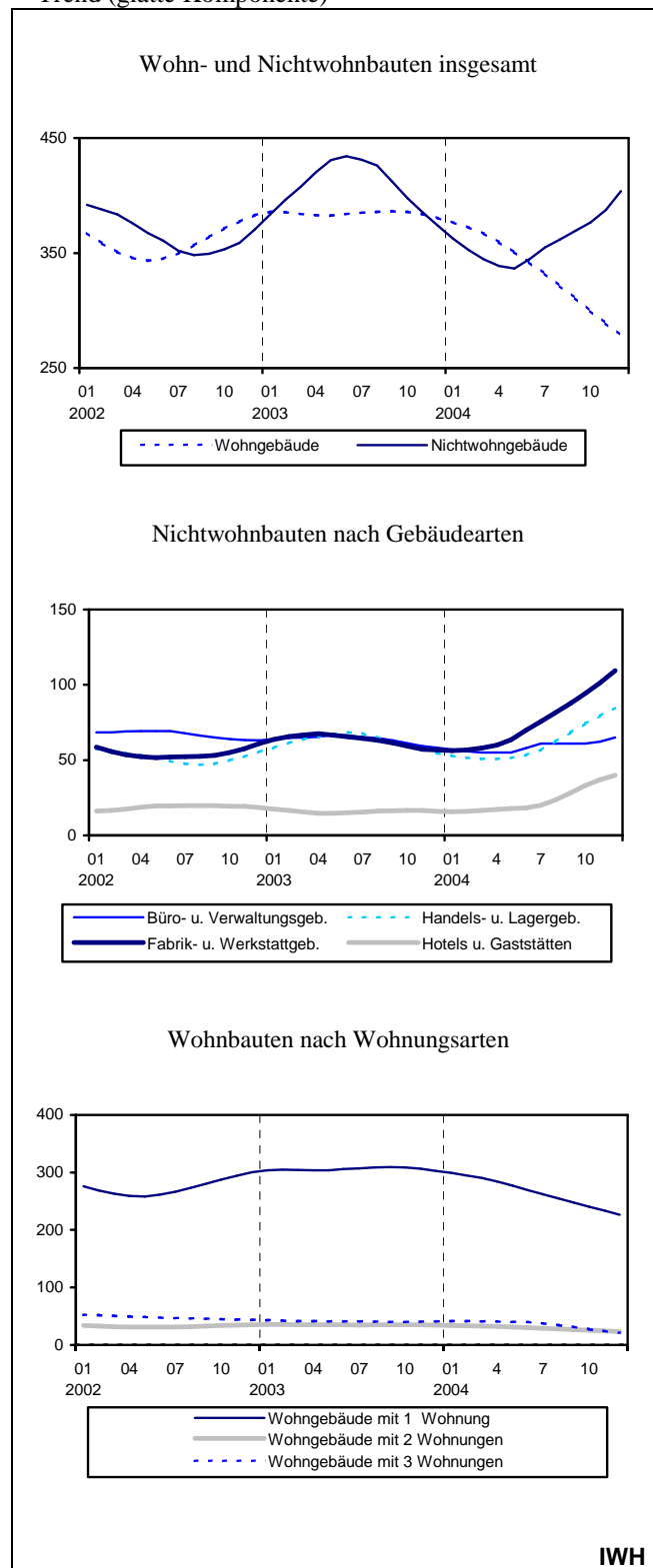


Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Baugenehmigungen in Ostdeutschland (bis Dezember 2004)

- Veranschlagte Kosten des Bauwerks in Mio. Euro;

Trend (glatte Komponente) -



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

# Beschäftigungshemmnisse im öffentlichen Dienst – dargestellt anhand wissenschaftlicher Mitarbeiter in Forschungseinrichtungen

## *Ein allgemeiner Rahmen*

Unternehmen, wenn sie am Markt überleben wollen, müssen sich flexibel den Marktbedingungen anpassen. Dieses gilt auch, wenngleich etwas abgeschwächer, für steuerfinanzierte wissenschaftliche Einrichtungen. Die Anpassungen umfassen sowohl die inhaltliche Ausrichtung von Instituten als auch die hierzu erforderlichen personalpolitischen Entscheidungen. Je personalintensiver ein Institut ausgestattet ist, desto enger ist der personalpolitische Handlungsspielraum. Der Grund hierfür ist, dass vielfältige Regulierungen ein flexibles Personalmanagement oft beeinträchtigen oder gar verhindern, seien es gesetzliche Bestimmungen oder tarifvertragliche Regelungen. Diese beschäftigungspolitischen Hemmnisse treten insbesondere dann sehr gravierend hervor, wenn ein „Paradigmenwechsel“ in der wissenschaftlichen Ausrichtung vollzogen wird, so wie er sich beispielsweise bei den wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstituten vollzogen hat. Stand in der Vergangenheit die Politikberatung im Vordergrund der wissenschaftlichen Aktivitäten, so gelten heute Kriterien für die Qualitätsbeurteilung von Forschungsinstituten, die primär auf die grundlegende Forschung abstellen, gemessen an wissenschaftlichen Publikationen in international anerkannten Fachzeitschriften etc. Reine Serviceleistungen wie Aufbereitung von Daten und Erstellung von Datenbanken z. B. gelten hingegen nicht als wissenschaftliche Arbeit und werden dementsprechend bei einer Bewertung nicht oder nur sehr gering berücksichtigt.

Dieser Wechsel im Anforderungsprofil von (wirtschaftswissenschaftlichen) Forschungsinstituten verlangt eine veränderte Organisationsstruktur, die sich auch in einem geänderten Anforderungsprofil an die wissenschaftlichen Mitarbeiter äußert. Will man diesem veränderten Anforderungsprofil schnell, unbürokratisch und effizient Rechnung tragen, so stößt man sehr schnell an Grenzen, die entweder nicht oder nur sehr schwer überwunden werden können. Diese beginnen mit der Dauer der Beschäftigungsverhältnisse, die auszuübende Tätigkeit und nicht zu letzt mit der Vergütung. Diese Regelungen bewirken, dass z. B. nur sehr begrenzt

bestehendes Personal gegen neue Mitarbeiter ausgetauscht werden kann.

Will man trotz dieser formalen Einschränkungen den neuen Anforderungen genügen, dann ist es unerlässlich, eine Reorganisation der institutionellen Strukturen vorzunehmen, die in zweierlei Hinsicht Anreizsysteme schafft: zum einen dafür belohnt, dass Mitarbeiter ein Interesse daran haben, ihre frühere Tätigkeiten zugunsten verstärkter Forschung aufzugeben, und zum anderen für neue, kreative Gestaltungsformen belohnt. Aber auch eine derartige Strategie ist in keinerlei Hinsicht einfach und problemlos durchzusetzen und verlangt von allen Beteiligten ein beträchtliches Maß an „good will“.

## *Mitarbeiter in wissenschaftlichen Einrichtungen der öffentlichen Hand*

Zugegeben, das Beispiel, das hier vorgestellt und diskutiert werden soll, betrifft nur eine relativ kleine, spezielle Gruppe des Arbeitsmarktes: wissenschaftliche Mitarbeiter<sup>10</sup> in Forschungsinstituten und an Universitäten, die aus öffentlichen Mitteln finanziert werden. Der Unterschied zwischen beiden Beschäftigungsverhältnissen besteht unter anderem darin, dass die Beschäftigung eines wissenschaftlichen Mitarbeiters an einer Universität vornehmlich der Weiterqualifizierung dient, also entweder eine Promotion oder eine Habilitation angestrebt wird, wobei Letztere in der Regel die Voraussetzung für eine mögliche Professur ist. Demgegenüber sind Forschungsinstitute mit Aufgaben betraut, die oft ein längerfristiges Beschäftigungsverhältnis als es an den Universitäten angeboten wird erfordern oder die Möglichkeit eröffnen, über befristete Verträge die zu erledigende Arbeit durchführen zu können. Demgegenüber spielen Lehrverpflichtungen bei Beschäftigten in Forschungsinstituten im Vergleich zu ihren universitären Kollegen eher eine untergeordnete Rolle. Aber vergleichbar zu wissenschaftlichen Mitarbeitern an

---

<sup>10</sup> Im folgenden Text wird auf eine Unterscheidung zwischen männlich und weiblich verzichtet. Alle Aussagen bleiben unverändert, wenn anstelle der hier gewählten männlichen Formulierungen entsprechende weibliche gesetzt werden.

#### Kasten 1:

##### Der Wissenschaftsrat als Kontrollorgan

In regelmäßigen Abständen werden die Forschungsinstitute vom Wissenschaftsrat evaluiert. Bei einer solchen Evaluation wird insbesondere Wert auf die Wissenschaftlichkeit der Arbeit der Mitarbeiter, ihre Weiterqualifikation und ihre Publikationstätigkeit in externen, referierten Fachzeitschriften gelegt. Zudem beurteilt der Wissenschaftsrat die Struktur der Beschäftigungsverhältnisse, wobei hierunter die Aufteilung der wissenschaftlichen Stellen in befristete und unbefristete Stellen zu verstehen ist. In der Regel spricht sich der Wissenschaftsrat für eine „gesunde Mischung“ zwischen beiden Beschäftigungstypen aus. Hier hinter steht der Gedanke, dass bei ausschließlich befristeten Arbeitsverträgen zuviel Humankapital verloren geht bzw. erst gar nicht aufgebaut werden kann und somit den Instituten die Möglichkeit genommen wird, einen bestimmten Bestand an leistungsfähigem Personal zu behalten bzw. aufzubauen. Andererseits können unbefristete Beschäftigungsverhältnisse dazu führen, dass keine oder nur noch geringe Anreize für die Mitarbeiter bestehen, in externen Zeitschriften zu veröffentlichen und/oder sich weiterzubilden. Fällt das Urteil des Wissenschaftsrats über die wissenschaftliche Qualifikation eines Instituts eher negativ aus, dann ist mit beträchtlichen Konsequenzen zu rechnen. Diese können von einer Empfehlung, das Institut aufzulösen, den Personalbestand drastisch zu verringern etc. reichen. Von politischer Seite kann z. B. ein Teil der Finanzierung in Frage gestellt werden.

Universitäten wird erwartet, dass sie sich im Rahmen ihrer Beschäftigungsdauer neben ihren laufenden Arbeiten weiterqualifizieren und hierzu entsprechende Publikationen in wissenschaftlich anerkannten Zeitschriften veröffentlichen.

#### *Die Ausgangslage*

Angenommen, ein Hochschulabsolvent bewirbt sich im Jahre 2005 auf eine wissenschaftliche Mitarbeiterstelle in einem Forschungsinstitut.<sup>11</sup> Bei ei-

<sup>11</sup> Für das Forschungsinstitut wird unterstellt, dass es eine Grundfinanzierung erhält, die sich anteilig das jeweilige

#### Kasten 2:

##### Forschungseinrichtungen der öffentlichen Hand

Da hier Forschungseinrichtungen (Universitäten, Fachhochschulen und Forschungsinstitute) Gegenstand des Beitrags sind, die überwiegend aus öffentlichen Mitteln finanziert werden, erfolgt die Beschäftigung von Mitarbeitern nach den Regeln des Bundesangestelltentarifs (BAT), wobei vielfach – trotz der Mischfinanzierung zwischen Bund und Land – die tarifvertraglichen Regelungen der Bundesländer (also nicht die des Bundes oder der Kommunen) Anwendung finden. Zur Erinnerung: Aktuell bestehen tarifvertragliche Regelungen zwischen Bund und Kommunen als Arbeitgeber mit den entsprechenden Arbeitnehmerverbänden, nicht jedoch mit den Ländern, die die bestehenden Tarifverträge zunächst gekündigt haben (Stand April 2005). Diese Tarifverträge regeln vornehmlich die Vergütung, die Arbeitszeit, den Urlaubsanspruch und den Kündigungsschutz, wenn von den vielen anderen Bestimmungen abstrahiert wird. Die Vorschriften über die Dauer von Beschäftigungsverhältnissen ergeben sich aus dem Hochschulrahmengesetz, das gleichermaßen für die Hochschulen als auch für die Forschungsinstitute gilt.

Ein weiterer Punkt im Zusammenhang mit der öffentlichen Hand, den es zu berücksichtigen gilt, betrifft die Mittelzuweisung an die Institute. Normalerweise verfügt ein Institute über einen mehr oder weniger festen Stellenplan, aus dem sich dann die Personalaufwendungen ergeben. Über diesen Stellenplan hinausgehende Stellen können nur dann geschaffen werden, wenn eine zusätzliche Finanzierungsquelle erschlossen wird, die so genannte Drittmittelfinanzierung. Es besteht aber auch die Möglichkeit, dass ein Budget zugewiesen wird, wobei dem Institut dann die Aufgabe obliegt, die zugewiesenen (Personal-)Mittel sachgerecht für seine Belange einzusetzen.

nem Bewerbungsgespräch werden dem Bewerber dann die folgenden Informationen unterbreitet:

---

Bundesland und der Bund teilen. Zusätzlich wird angenommen, dass das Institut Mitglied der so genannten „Blauen Liste“ bzw. Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft (WGL) ist. Diese Annahmen sind nicht restriktiv, klären aber eindeutig, welche Art öffentlich finanzierter Forschungsinstitute betrachtet wird.

- die Tätigkeit wird nach BAT II a (entweder West oder Ost, je nach regionaler Lage) vergütet.
- Einmalzahlungen (Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld) entfallen. Falls Überstunden anfallen, werden sie durch entsprechende Freizeitregelungen ausgeglichen.
- Jenseits einer üblichen Probezeit erfolgt dann eine Einstellung auf Zeit, wobei in der Regel zunächst eine dreijährige Befristung angeboten wird, die dann um weitere drei Jahre verlängert werden kann. Beschäftigungsdauer und Vertragsverlängerungen erfolgen nach den Regelungen des Hochschulrahmengesetzes.
- Es wird erwartet, dass sich der Bewerber während der Beschäftigungsdauer weiterqualifiziert (Promotion, sofern noch nicht vorhanden).

Die hier interessierenden Punkte beziehen sich zum einen auf die Vergütung und zum anderen auf die Verlängerungsmöglichkeiten bzw. auf die Beschäftigungsmöglichkeit überhaupt. Wenn im Folgenden von Beschäftigungshemmnissen gesprochen wird, dann sind hierunter potenzielle Hemmnisse zu verstehen, die aus den gesetzlichen Regelungen folgen können, indem sie entweder implizit eine Diskriminierung eines bestimmten Personenkreises enthalten oder Regelungen über die Dauer von Beschäftigungsverhältnissen formulieren, die zwingend einzuhalten sind. Folglich treten zwei Arten von potenziellen Beschäftigungshemmnissen auf: eine, die sich über die Entlohnung – und hier insbesondere dem Senioritätsprinzip der Entlohnung – ergibt, und eine andere, die die Dauer von Beschäftigungsverhältnissen zum Gegenstand hat. Weitere mögliche Beschäftigungshemmnisse, wie das Recht auf Teilzeitarbeit, Kündigungsschutz und betriebliche Mitbestimmung, gelten allgemein, sodass sie hier nicht betrachtet werden.

### **Die Vergütung nach BAT (Ost) II a**

Sicher ist es im Ermessen des Forschungsinstituts gestellt, einem Bewerber eine so genannte Eingangsvergütung nach BAT III anzubieten und nach einer gewissen Zeit dann eine Erhöhung auf BAT II a vorzunehmen. Praktisch wird dies jedoch nicht geschehen, da zwischen den einzelnen Forschungsinstituten eine Konkurrenz um Bewerber besteht und somit nicht ausgeschlossen werden kann, dass sich der Bewerber zugunsten des besser zahlenden Instituts entscheidet. Um diese Nachteile zu ver-

meiden, wird in der Regel eine vergleichbare Vergütungsgruppe angeboten.

Nach den zurzeit gültigen Regelungen setzt sich die Vergütung (monatliches Bruttogehalt) aus drei Komponenten zusammen: der Grundvergütung, dem Ortszuschlag und einer allgemeinen Zulage. Für die Höhe der Grundvergütung ist das Alter des wissenschaftlichen Mitarbeiters ausschlaggebend: bei gleicher Qualifikation und gleichen Tätigkeitsmerkmalen ist die Grundvergütung umso höher, je älter der Mitarbeiter ist. Dieser Effekt wird als Senioritätsvergütung bezeichnet. Bis zur Endstufe, die mit 45 Jahren erreicht wird, erhöht sich in einem Zwei-Jahres-Rhythmus die Grundvergütung entsprechend tarifvertraglicher Regelungen. Die Höhe des Ortszuschlags richtet sich – entgegen der begrifflichen Erwartung – nach dem Familienstand: ledig, verheiratet, verheiratet mit Kindern, Alleinerziehend etc. Die allgemeine Zulage wiederum ist weder abhängig vom Familienstand noch vom Alter. Die beiden Tabellen 1 und 2 zeigen die Vergütungsstruktur nach BAT (Ost) II a für drei verschiedene Altersgruppen und für Ledige bzw. Verheiratete.

Tabelle 1:  
Vergütung nach BAT (Ost) II a, Jahr 2005

Gehaltsbestandteile	27 Jahre, ledig	31 Jahre, ledig	45 Jahre, ledig
Grundvergütung	2 230,74	2 437,99	3 163,42
Ortszuschlag	522,88	522,88	522,88
Allgemeine Zulage	106,01	106,01	106,01
<b>Bruttoeinkommen I</b>	<b>2 859,63</b>	<b>3 066,88</b>	<b>3 792,31</b>
Arbeitgeberanteil <sup>a</sup>	591,94	634,84	785,01
<b>Bruttoeinkommen II</b>	<b>3 451,57</b>	<b>3 701,72</b>	<b>4 577,32</b>
Weitere Kosten <sup>b</sup>	46,26	49,83	62,30
Personalkosten	<b>3 497,83</b>	<b>3 751,55</b>	<b>4 639,62</b>

<sup>a</sup> Unterstellt sind 6,85% Gesetzliche Krankenversicherung, 0,85% Pflegeversicherung, 9,75% Rentenversicherung und 3,25% Arbeitslosenversicherung. – <sup>b</sup> Unter weitere Kosten sind zusammengefasst 1% ZV, 22% PST und 0,5% ZV.

Quelle: Bundesangestelltentarif.

Zunächst soll von der Art der Beschäftigung – befristet oder unbefristet – abstrahiert werden. Es wird angenommen, ein Forschungsinstitut schreibt eine wissenschaftliche Mitarbeiterstelle mit der Vergütung BAT (Ost) II a aus. Auf diese Stellenausschreibung bewerben sich zwei Personen: ein 27-jähriger lediger Hochschulabsolvent und ein 45-jähriger Kollege, der bereits zuvor im



öffentlichen Dienst beschäftigt war und eine den Anforderungen entsprechende Qualifikation aufweist.

Beginnt ein 27-jähriger lediger Hochschulabsolvent seine wissenschaftliche Laufbahn in einem Forschungsinstitut oder als wissenschaftlicher Mitarbeiter an einem Lehrstuhl der Universität in den neuen Bundesländern, dann beträgt sein monatliches Bruttoeinkommen 2 859,63 Euro (Stand 2005). Aus Sicht des Arbeitgebers belaufen sich die Personalkosten jedoch auf 3 497,83 Euro monatlich (vgl. Tabelle 1). Ändern sich im Laufe der Zeit weder der Familienstatus noch die Vergütungsgruppe und sieht man von tariflichen Lohnerhöhungen ab, dann beträgt sein monatliches Einkommen mit 45 Jahren brutto 3 792,31 Euro. Die Differenz  $3\,792,31 - 2\,859,63 = 932,68$  Euro (= 32,6%) ist lediglich dem physischen Altern geschuldet und wird als Senioritätsentlohnung bezeichnet. Hierbei ist unterstellt, dass der Mitarbeiter die Zeit zwischen 27 und 45 Jahren durchgängig im öffentlichen Dienst beschäftigt bleibt. Oder anders ausgedrückt: Bewerben sich ein 27-jähriger und ein 45-jähriger Wissenschaftlicher auf eine BAT (Ost) II a Stelle, dann ist der 45-jährige Wissenschaftler um etwa 1/3 teurer als der 27-Jährige, alle anderen Beschäftigungsmerkmale als gleich und die erforderlichen Bedingungen als gegeben unterstellt.

Es ist offenkundig, dass somit ein älterer Bewerber aus Sicht des Arbeitgebers einen entscheidenden Nachteil aufweist, der im günstigsten Fall durch ein Mehr an Erfahrung ausgeglichen werden kann.

### ***Starrer Stellenplan oder Budget für Personalkosten mit eigenverantwortlicher Gestaltung***

Bedenkt man aber, dass die Personaletats von Forschungsinstituten eher knapp bemessen sind, dann wird sich aus Kostengründen eine Geschäftsleitung eher zugunsten des jüngeren als des älteren Bewerbers entscheiden. So angenehm und segensreich diese Regelung für bereits Beschäftigte sein mag, faktisch diskriminiert diese Tarifregelung ältere Arbeitnehmer, indem sie ihnen eine Beschäftigungsaufnahme erschwert.

Tabelle 2 wiederholt im Prinzip die vorherigen Überlegungen, diesmal jedoch für eine verheiratete 31-jährige Person, die ein Kind besitzt bzw. für eine 45-jährige verheiratete Person mit zwei Kindern. Zwar weisen ledige und verheiratete Personen

die gleiche Grundvergütung auf, der Unterschied jedoch kommt über den Ortszuschlag, der nun 840,16 Euro für den Verheirateten mit zwei Kindern beträgt im Vergleich zu 522,88 Euro für Ledige. Bewerben sich wieder ein 27-jähriger lediger und ein 45-jähriger verheirateter Wissenschaftler auf eine Mitarbeiterstelle, dann ist die verheiratete Person (mit zwei Kindern) nun 1 199,11 Euro monatlich teurer (= 42%), wenn man auf das Bruttoeinkommen I schaut, und für den Arbeitgeber insgesamt um 1 467,95 Euro, wenn man auf die Personalkosten abstellt.

Angenommen, im Rahmen von Personalveränderungen oder Berufungszusagen werden einem Institut von der öffentlichen Hand zusätzlich 150 000 Euro jährlich als Personalmittel bewilligt, sodass monatlich 12 500 Euro verwendet werden können. Aus Sicht der Geschäftsleitung kann dann z. B. entschieden werden, entweder zwei 45-jährige verheiratete Wissenschaftler einzustellen oder drei ledige 27-jährige. Auch hier ist zu vermuten, dass eine Diskriminierung stattfindet, die einzig dem Senioritätsprinzip der Entlohnung und dem Ortszuschlag anzulasten ist.

Tabelle 2:  
Vergütung nach BAT (Ost) II a, Jahr 2005

Gehaltsbestandteile	27 Jahre, ledig	31 Jahre, verheiratet, 1 Kind	45 Jahre, verheiratet, 2 Kinder
Grundvergütung	2 230,74	2 437,99	3 163,42
Ortszuschlag	522,88	705,54	789,31
Allgemeine Zulage	106,01	106,01	106,01
<b>Bruttoeinkommen I</b>	<b>2 859,63</b>	<b>3 249,54</b>	<b>4 058,74</b>
Arbeitgeberanteil <sup>a</sup>	591,94	672,65	840,16
Bruttoeinkommen II	<b>3 451,57</b>	<b>3 922,19</b>	<b>4 898,90</b>
Weitere Kosten <sup>b</sup>	46,26	52,97	66,88
<b>Personalkosten</b>	<b>3 497,83</b>	<b>3 975,16</b>	<b>4 965,78</b>

<sup>a</sup> Unterstellt sind 6,85% Gesetzliche Krankenversicherung, 0,85% Pflegeversicherung, 9,75% Rentenversicherung und 3,25 % Arbeitslosenversicherung. – <sup>b</sup> Unter weitere Kosten sind zusammengefasst 1% ZV, 22% PST und 0,5% ZV.

Quelle: Bundesangestelltentarif.

### ***Wie könnte eine veränderte Vergütungsstruktur aussehen?***

Zunächst sollte man sich auf eine Grundvergütung einigen, in der in angemessener Weise die Komponenten Ortszuschlag und allgemeine Zulage ent-

halten sind. Dies ist bereits in den neuen Tarifverträgen zwischen Bund und Kommunen und den Arbeitnehmerorganisationen vorgenommen worden. Wesentlicher ist aber, die Senioritätsentlohnung abzuschaftern, also eine altersunabhängige Entlohnung einzuführen, und die hierdurch frei werden Mittel für eine leistungsorientierte Vergütung zu verwenden, wobei die Kriterien im einzelnen durch die Tarifvertragsparteien oder auf betrieblicher Ebene zu regeln sind.

Ein weiteres Anreizmoment kann dadurch geschaffen werden, dass für die verschiedenen BAT-Gruppen Einkommensklassen gebildet werden. Welche Bezahlung dann innerhalb einer Klasse, z. B. BAT II a, erfolgt, ist Verhandlungssache der vertragsabschließenden Parteien. So könnte beispielsweise die Grundvergütung (Grundvergütung + Ortszuschlag + Allgemeine Zulage) unabhängig vom Alter und vom Familienstand in einer Klassenbreite zwischen 2 800 und 3 700 Euro brutto monatlich (BAT (Ost) II a) liegen. Die Spannweite wäre groß genug Anreize zu setzen, um beispielsweise von 2 700 auf 3 300 Euro zu gelangen. Der Leistungsanreiz vergrößert sich noch, wenn zusätzlich aus den freien Mitteln der Senioritätsentlohnung Leistungsprämien gezahlt werden können. Hierbei ist sicherzustellen, dass es sich um jährliche Prämienzahlungen handelt, die nicht Bestandteil der vertraglich ausgehandelten Entlohnung sind. Weiterhin ist zu garantieren, dass auch bei mehrmaliger Zahlung von Prämien, die auch in aufeinanderfolgenden Jahren erfolgen kann, hieraus kein (dauerhafter) Einkommensanspruch des Begünstigten entstehen kann. Hierzu ist es zumindest notwendig, das so genannte „Besserstellungsgebot“ entweder aus den tariflichen Regelungen zu entfernen oder erheblich abzuschwächen.

### ***Lohnkosten von arbeitsfremden Belastungen trennen***

Der Ortszuschlag in seiner jetzigen Form als familienpolitisches Instrument sollte abgeschafft werden. Die Entscheidung für oder gegen eine Ehe und für oder gegen Kinder ist eine private Entscheidung, die von der Entlohnung für Arbeit abgekoppelt werden sollte, da sie zu einer Verteuerung des Faktors Arbeit führt. Die Entlohnung des Faktors Arbeit sollte sich, soweit dies möglich ist,

an der entsprechenden (Grenz-) Produktivität der Arbeit orientieren und der allgemeinen Preissteigerung Rechnung tragen. Nicht mit dem Faktor Arbeit verbundene Kostenelemente sollten deshalb auch nicht bei der Entlohnung berücksichtigt werden. Dies bedeutet nicht, dass Familien mit und ohne Kinder gegenüber ledigen Personen nicht finanziell besser gestellt werden sollen, sofern dies politisch gewünscht ist. Aber eine solche familienpolitische Orientierung sollte, auch aus Gründen einer erhöhten Transparenz, über entsprechende steuerpolitische Maßnahmen oder staatliche Transfers finanziert werden. Eine solche Finanzierung würde nicht nur die Lohnkosten senken, sondern auch klar machen, dass Familienpolitik als eine gesellschaftliche Aufgabe angesehen wird, die dementsprechend auch von der Gesamtheit der Mitglieder der Gesellschaft zu tragen und zu finanzieren ist und nicht nur von dem erwerbstätigen Teil der Bevölkerung.

Eine solche Reform könnte aus Sicht der finanzierenden Länder und des Bundes aufkommensneutral gestaltet werden. Aus Sicht der beschäftigenden Institute würde hierdurch die Möglichkeit eröffnet, flexibler auf unterschiedliches Leistungsvermögen und auf unterschiedliche Leistungsbereitschaft zu reagieren. Aber die Art der Entlohnung ist nur ein Hemmnis, weitere Probleme folgen aus den Bestimmungen des Hochschulrahmengesetzes (HRG), in dem die Dauer von befristeten Beschäftigungsverhältnissen geregelt ist.

### ***Beschäftigungsdauer nach dem HRG***

Üblicherweise werden wissenschaftliche Mitarbeiter an Forschungsinstituten und Universitäten befristet beschäftigt. Die entsprechenden gesetzlichen Regelungen finden sich im § 57 a-d HRG in der Fassung vom 8. August 2002. Allerdings bleibt es den genannten Institutionen unbenommen, auch unbefristete Arbeitsverhältnisse einzugehen. Praktisch wird dies jedoch bei Wissenschaftlern, insbesondere wenn es sich um eine Erstbeschäftigung handelt, nicht der Fall sein. Diese Praxis entspricht auch den Beurteilungskriterien des Wissenschaftsrats, der in regelmäßigen Abständen die Institute evaluiert. Eine seiner Empfehlungen lautet in der Regel, einen erheblichen Anteil des wissenschaftlichen Personal mit befristeten Verträgen auszu-

statten. Also kann davon ausgegangen werden, dass eine Befristung des Arbeitsverhältnisses die Regel und nicht die Ausnahme ist.

#### Kasten 3:

Vorschriften über die Befristung von Beschäftigungsverhältnissen in Universitäten und Forschungseinrichtungen

In § 57 b macht das HRG die Gesamtdauer eines Beschäftigungsverhältnisses im öffentlichen Dienst vom Stand der erreichten Qualifikation abhängig. Demnach beträgt die maximale Beschäftigungsdauer für nicht promovierte Mitarbeiter sechs Jahre, nach abgeschlossener Promotion ist eine befristete Beschäftigung um weitere sechs Jahre möglich.<sup>a</sup> Allerdings ist es nicht möglich, sofort mit Beschäftigungsbeginn eine sechsjährige Beschäftigung zu vereinbaren. Die Höchstdauer beträgt hier vier Jahre mit einer entsprechenden Verlängerungsmöglichkeit um dann höchstens zwei Jahre.

Ebenfalls in § 57 b (2) formuliert der Gesetzgeber, dass bei einem neu abgeschlossenen befristeten Arbeitsvertrag „alle befristeten Arbeitsverhältnisse mit mehr als einem Viertel der regelmäßigen Arbeitszeit, die mit einer deutschen Hochschule oder einer Forschungseinrichtung im Sinne des § 57 d abgeschlossen wurden, sowie entsprechende Beamtenverhältnisse auf Zeit und Privatdienstverträge nach § 57 c anzurechnen“ sind. Ebenfalls angerechnet werden auch befristete Arbeitsverhältnisse, die nach anderen Rechtsvorschriften abgeschlossen wurden. Nicht angerechnet werden z. B. Zeiten einer Beurlaubung, Zeiten einer Inanspruchnahme von Elternzeit sowie Mutterschutz, Zeiten einer Freistellung zur Wahrnehmung von Aufgaben in einer Personal- oder Schwerbehindertenvertretung sowie die Zeiten des Grundwehr- und Zivildienstes.

<sup>a</sup> Für wissenschaftliches Personal im medizinischen Bereich gelten andere Regelungen.

Nach dem Hochschulrahmengesetz sind befristete Beschäftigungsverhältnisse auf maximal zwölf Jahre beschränkt. Innerhalb dieser Gesamtdauer sind theoretisch beliebig viele befristete Beschäftigungsverhältnisse möglich. Ist beabsichtigt, eine Person über diese zwölf Jahre hinaus zu beschäftigen, unabhängig davon, wie lange sie schon

beim jetzigen Arbeitgeber beschäftigt ist, dann kann dies nur über ein unbefristetes Beschäftigungsverhältnis erfolgen (die so genannte Entfristung). Und es ist insbesondere diese Regelung, die geradezu eigenwillige Konsequenzen aufweist. Die folgenden beiden Beispiele sollen dies aufzeigen.

#### Beispiel 1:

Mit 27 Jahren schließt eine Person erfolgreich ihr Studium ab und nimmt eine Beschäftigung an einem Forschungsinstitut auf. Innerhalb der ersten sechs Jahre wird die Promotion abgeschlossen, in den weiteren sechs Jahren das Habilitationsverfahren. Wird die Person nach Ablauf der 12 Jahre (im Alter von 39 Jahren) nicht im Anschluss auf eine Professur berufen, findet sie in der Regel keine neue Beschäftigung in einer wissenschaftlichen Einrichtung (im öffentlichen Dienst) und muss unter Umständen in Kauf nehmen, arbeitslos zu werden.

#### Beispiel 2:

Angenommen, die gleichen Voraussetzungen wie im ersten Beispiel treffen zu und es gäbe eine Möglichkeit, im Rahmen eines drittmittel-finanziertes Forschungsprojekts diese Person, z. B. als Projektleiter, für die Dauer der Laufzeit zu finanzieren und zu beschäftigen.<sup>12</sup> Diese Möglichkeit wird allerdings durch das HRG nicht erlaubt, da nicht die Art der Finanzierung relevant ist, sondern die vorangegangene Beschäftigungsdauer im öffentlichen Dienst. Allerdings besteht hier die Möglichkeit, eine befristete Beschäftigung nach den Bestimmungen des Teilzeitgesetzes<sup>13</sup> zu schaffen, sofern die entsprechenden Voraussetzungen erfüllt sind, die in TzBfG § 14 aufgelistet sind. Im vorliegenden Falle würde als Befristungsgrund angeführt werden, dass der betriebliche Bedarf an der Arbeitsleistung nur vorübergehend besteht. Dies bedeutet aber, dass bei einem gegenseitigen Interesse an einer längerfristigen Beschäftigung jeweils neue betriebliche Bedarfe gefunden wer-

<sup>12</sup> Und somit unter Umständen einer drohenden Arbeitslosigkeit vorzubeugen.

<sup>13</sup> Siehe Gesetz über Teilzeitarbeit und befristete Arbeitsverträge (TzBfG) in der Fassung vom 21. Dezember 2000, zuletzt geändert am 24. 12. 2003.

den müssen, die eine solche Befristung rechtfertigen. Neben einem unter Umständen erheblichen Verwaltungsaufwand kommt auch ein beträchtliches Maß an Unsicherheit für die Betroffenen hinzu, ob eine weitere Beschäftigung möglich sein wird. Eine Reaktion hierauf könnte dann sein, dass ein Teil der Arbeitszeit darauf verwendet wird, eine Anschlussbeschäftigung zu finden.

Vermutlich hat der Gesetzgeber mit dieser Regelung die Absicht verfolgt, einerseits Wissenschaftlern nach Abschluss ihrer Qualifikation einen sicheren Arbeitsplatz zu bieten und andererseits einen Mechanismus zu etablieren, der in einer mehr oder weniger akzeptablen Zeitspanne zu der gewünschten Qualifikation führt. Aber – wie so oft – fallen die Reaktionen der Betroffenen entgegen den Intentionen des Gesetzgebers aus. Wenn schon von dieser Regelung nicht vollständig abgewichen werden soll, dann sollte zumindest eine Klausel eingeführt werden, die in einem gegenseitigen Einvernehmen eine weitere, über zwölf Jahre hinausgehende befristete Beschäftigung ermöglicht. Denn: Institute, die vor der Wahl stehen, ein befristetes in ein unbefristetes Beschäftigungsverhältnis umzuwandeln, werden dahin tendieren, eher auf eine weitere Mitarbeit zu verzichten.

Diese Regelung, so sinnvoll sie für den akademischen Nachwuchs, der eine Hochschulkarriere plant, auch sein mag, ist für Forschungsinstitute wenig geeignet. Der Grund ist einfach, dass die Tätigkeiten an Forschungsinstituten in vielerlei Hinsicht anders strukturiert sind als an Universitäten. Hier besteht somit ein neuer Handlungsbedarf, der mehr auf die Bedürfnisse der Institute abstellt als dies bisher der Fall war.

### ***Weitere Hemmnisse***

Neben den angesprochenen Problemen mit der Vergütung und der Beschäftigungsdauer kommen zwei weitere Probleme hinzu: Da auch der gesetzliche Urlaubsanspruch altersabhängig ist, jüngere Mitarbeiter erhalten weniger Urlaubstage als ältere Kollegen, verteuert sich die Arbeit der Älteren nicht nur durch die Senioritätsentlohnung, sondern auch durch die höhere Anzahl an Urlaubstagen. Praktisch bedeutet dies, dass sich die Arbeitskosten älterer Mitarbeiter nochmals erhöhen, da ihr

jährliches Arbeitsvolumen geringer ausfällt als das jüngerer Kollegen.

Eng mit dem Entlohnungsprinzip verbunden ist auch die Konkurrenzfähigkeit eines Instituts bei der Einwerbung von Drittmitteln. Da die Personalkosten in der Regel den größten Teil des Angebotspreises für ein drittmittel-finanziertes Gutachten ausmachen, steigt der Angebotspreis eines Instituts, je älter die Mitarbeiter sind. Zwar kann dieses Problem etwas abgeschwächt werden, indem anstelle der individuellen Lohn- bzw. Personalkosten durchschnittliche Lohnkosten kalkuliert werden, aber der Wettbewerbsnachteil gegenüber Instituten mit überwiegend jungen wissenschaftlichen Mitarbeitern bleibt gleichwohl bestehen. Und, da neben dem Gesamtkonzept der Angebotspreis eines Gutachtens eine wesentliche Rolle bei der Zuteilung spielt, besteht die Gefahr, dass die Zuteilung an preisgünstigere Institute erfolgt.

### ***Anreizsysteme***

Wurden bisher potenzielle Hemmnisse angesprochen, die von der Arbeitsnachfrageseite herrühren, also der Arbeitgeberseite, so sollen nun noch einige Hemmnisse kurz angesprochen werden, die überwiegend die Arbeitsangebotsseite betreffen.

Will der Präsident eines Forschungsinstituts einen qualifizierten Mitarbeiter längerfristig an das Institut binden, dann muss er der Person verschiedene Anreize bieten. Da finanzielle Anreize zurzeit nicht oder nur sehr begrenzt möglich sind und Verlängerungsmöglichkeiten ebenfalls erheblichen Restriktionen unterliegen, können vielfach nur noch nicht-monetäre Anreize angeboten werden wie z. B. die Position eines Senior Researchers (bei gleicher Vergütung mit mehr Arbeit und Verantwortung) oder der Aufenthalt als Gastwissenschaftler bei befreundeten Institutionen oder die Umwandlung des befristeten in einen unbefristeten Arbeitsvertrag. Die möglichen Anreize, die hiermit verbunden sein können, sollen nicht a priori in Frage gestellt werden. Ob aber diese Mechanismen ausreichend sind, um qualifizierte Mitarbeiter an ein Institut zu binden, darf zumindest mit einem Fragezeichen verbunden werden. Flexiblere Entlohnung und flexiblere Beschäftigungsmöglichkeiten würden erheblich zu einer Verbesserung der Anreize beitragen. Ein Mehr an Flexibilität sowohl bei der Entlohnung als auch bei der Beschäftigung könnte die

Anreizstrukturen bedeutend verbessern und bisher nicht nutzbare Beschäftigungspotenziale eröffnen.

Was vielleicht als Schutz oder Errungenschaft für den Mitarbeiter gedacht war (Beschränkung der befristeten Vertragsverhältnisse auf maximal zwölf Jahre), erweist sich eher als Bumerang und nachhaltiges Beschäftigungshemmnis für junge Wissenschaftler. Mehr Entscheidungsfreiheit für beide Vertragsparteien könnte zum Vorteil beider sein. Neben flexibleren Beschäftigungsmöglichkeiten sollte auch eine flexiblere Entlohnung in nächster Zukunft durchgesetzt werden, so wie sie teilweise schon bei der Besoldung neu berufener Professoren praktiziert wird. Beide Instrumente könnten dann zum Vorteil aller Beteiligten eingesetzt werden. Insbesondere sollte von der Senioritätsentlohnung

Abstand genommen werden. Denn sie entspricht nicht den seit Jahren erhobenen Forderungen der Gewerkschaften, dass für gleiche Arbeit auch der gleiche Lohn gezahlt werden soll – eine Forderung, die mindestens im Rahmen der Gleichbehandlung von Frauen und Männern auch heute noch vertreten wird. Dies bedeutet nicht, dass jeder Beschäftigte das gleiche Gehalt bekommt. Das Gegenteil ist der Fall: Neben einem vom Alter und Familienstand unabhängigen Grundgehalt, das sich aus der Grundvergütung, dem Ortszuschlag und der allgemeinen Zulage ergibt, sollten die freiwerdenden Mittel für eine leistungsorientierte Entlohnung verwendet werden.

*Herbert.Buscher@iwh-halle.de*

## Does Language matter? Sprachgrenzen und Konvergenz in der EU-25

Die Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen den EU-Regionen war und ist ein zentrales Anliegen des europäischen Einigungsprozesses. Dieses Ziel soll vornehmlich über den Abbau von rechtlichen und ökonomischen Barrieren des Handels und der Faktormobilität realisiert werden. Trotz zunehmender Liberalisierungsanstrengungen ist der Gesamttraum der EU-25 aber durch eine sehr moderate Konvergenzgeschwindigkeit und durch ein immer noch hohes Wohlstandsgefälle zwischen armen und reichen EU-Regionen gekennzeichnet. Eine mögliche Erklärung für den schleppenden Angleichungsprozess könnte in den nach wie vor bestehenden kulturellen Grenzen liegen, wobei den sprachlichen Unterschieden die wichtigste Rolle zukommen dürfte. Nicht zuletzt der Beitritt der zehn neuen Staaten, von denen keiner den bisher dominierenden germanischen und romanischen Sprachräumen angehört, sollte die Relevanz von Sprachgrenzen erhöht haben. Der Wirkung dieser Grenzen für die europäische Konvergenz soll im Folgenden nachgegangen werden.<sup>14</sup>

<sup>14</sup> Der Artikel ist im Rahmen eines von der Alexander von Humboldt-Stiftung geförderten TransCoop-Gemeinschaftsprojektes des Lehrstuhls für VWL, insb. Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsforschung, TU Dresden mit dem Département de sciences économiques, Université de Montréal zum Thema „Language, Federalism, and Economic Performance“ entstanden.

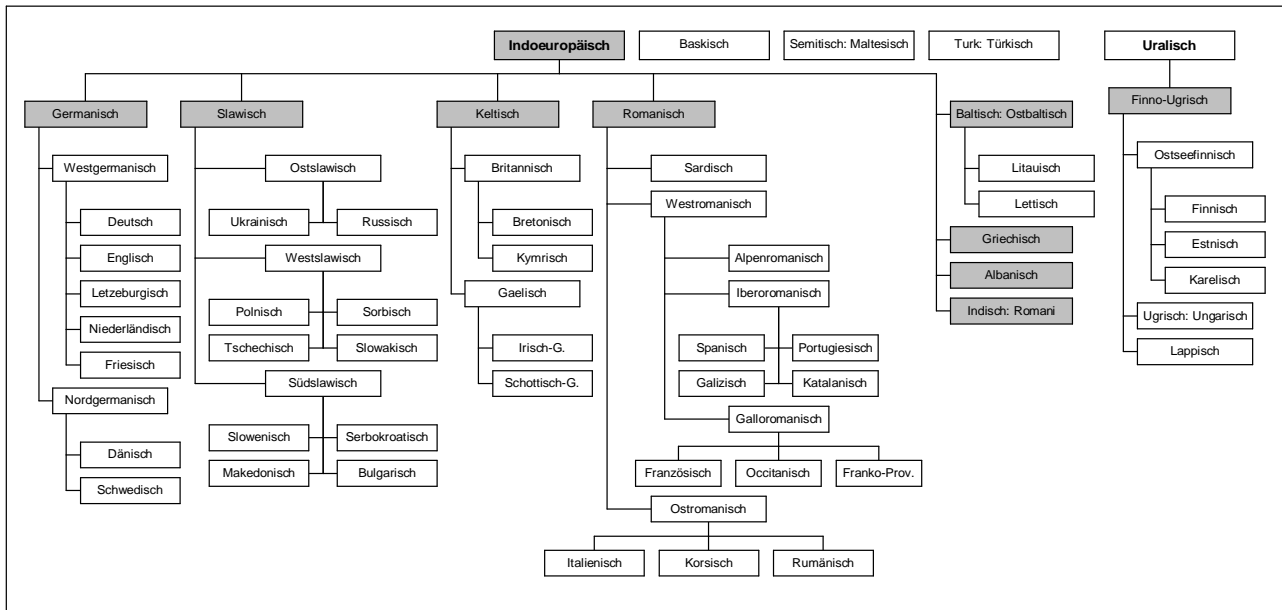
Eine Bemerkung zum Verständnis von Sprache ist vorzuschicken. Nach linguistischer Auffassung hat Sprache nicht nur eine kommunikative, sondern darüber hinaus eine kulturelle und soziale Dimension. Sprachräume sind aus naheliegenden Gründen immer auch Kulturräume und Räume einer bestimmten sozialen Identität, wobei sich die unterschiedlichen Dimensionen nicht sinnvoll isolieren lassen. Der zu analysierende Einfluss der Sprache auf Konvergenzprozesse steht somit für einen größeren Kultur- und Sozialzusammenhang.

### *Die Sprachstruktur der EU-25*

Die Sprachstruktur der EU-25 muss als sehr heterogen eingeschätzt werden. Anhand der Klassifikation der ISO 639-2<sup>15</sup> lassen sich über 40 Muttersprachen unterscheiden, wobei die Sprachen der nicht-europäischen Immigranten gar nicht eingezeichnet sind. Neben der Anzahl ist aber auch die Verschiedenheit der gesprochenen Sprachen erheblich. Außer den Sprachen der dominanten indoeuropäischen Familie finden sich uralische Sprachen, semitische, indische, Turksprachen sowie das Bas-

<sup>15</sup> Die ISO-639-2 definiert 3-buchstellige Kürzel für Sprachnamen. Darin spiegelt sich eine allgemein anerkannte Sprachklassifikation wider, insbesondere ist die schwierige Grenzziehung zwischen Sprache und Dialekt schon impliziert.

Abbildung:  
Sprachen und Sprachfamilien der EU-25



Quellen: Haarmann, H.: Die Sprachenwelt Europas. Geschichte und Zukunft der Sprachnationen zwischen Atlantik und Ural, Frankfurt a. M. 1993; Darstellung des IWH.

kische. Die Abbildung gibt einen Überblick über Sprachen und Sprachfamilien in der EU.

Auch der räumliche Verlauf der Sprachbarrieren ist von Interesse. Viele dieser Grenzen stimmen mit denen von Nationalstaaten überein, was für die Interpretation der empirischen Schätzung relevant sein wird. Denn es stellt sich unter diesen Bedingungen die Frage, welche Effekte der Sprache, welche dem Nationalstaat zugeschrieben werden müssen.

### Relevanz von Sprachgrenzen

Europa mag zwar in zahlreiche Sprachräume zergliedert sein, doch sind die damit verbundenen Sprachbarrieren überhaupt von ökonomischer Relevanz? Über welche Kanäle könnte Sprache wirken? Zur Analyse dieser Fragestellung helfen vor allem institutionen- und informationsökonomische Ansätze weiter, wobei die zentralen Aspekte im Folgenden nur angerissen werden.

Der erste offensichtliche Einfluss von Sprachgrenzen auf Transferprozesse ist über die Kategorie der *Transaktionskosten* vermittelt. So erhöhen Sprachbarrieren die Markttransaktionskosten, also die Kosten, welche vor, während und nach Vertragsschluss zwischen Marktpartnern anfallen. In der Phase der Vertragsanbahnung steigern sich die

Such- und Informationskosten. Potenzielle Kommunikation zwischen den Marktpartnern verteuert sich durch die Einschaltung von Dolmetschern, zusätzlichen Mitarbeitern bzw. durch sprachliche Weiterbildung. In der Phase der Vertragsabwicklung tritt der Kommunikationsaspekt besonders deutlich hervor. Die Aushandlung von Verträgen wird teurer und missverständlicher, wenn die Partner aus unterschiedlichen Sprachräumen stammen. Die Gefahr der Fehlinterpretation und unpräzisen Formulierung erschwert darüber hinaus auch in der Erfüllungsphase die Durchsetzung der vereinbarten Leistungspflichten.

Diese Problemlagen finden sich aber nicht nur zwischen Marktpartnern, sondern ebenso bei Transaktionen innerhalb von Unternehmen. Die Kosten von Organisation und Management erhöhen sich durch Sprachgrenzen, was sich insbesondere bei multinational agierenden Firmen bemerkbar machen sollte. So gestaltet sich die Anleitung von Fremdsprachlern schwieriger als das Anlernen von Arbeitskräften der eigenen Sprachgruppe. Im Gang des Arbeitsprozesses kann es des Weiteren zu Abstimmungsschwierigkeiten kommen, wenn die Arbeitskräfte unterschiedliche Sprachen sprechen. Nimmt man den erwähnten kulturellen Aspekt der Sprache hinzu, dann verstärken sich die Probleme noch.

Die soziale und kulturelle Dimension der Sprache ist es auch, welche zum zweiten zentralen Aspekt überleitet, der *Reputation*.<sup>16</sup> Das gegenseitige Vertrauen der Wirtschaftssubjekte innerhalb eines Sprach- und Kulturraumes, so die Hypothese, ist größer als zwischen Akteuren, die unterschiedlichen Sprachgemeinschaften entstammen.<sup>17</sup> Die höhere Reputation ist dem Abbau von asymmetrischen Informationsbeziehungen zwischen Auftraggeber (Prinzipal) und -nehmer (Agent) geschuldet. Die Informationsflüsse innerhalb eines Sprachraumes sollten weitaus mächtiger sein als zwischen denselben. Eine Verringerung der asymmetrischen Informationslage durch Gemeinschaftszugehörigkeit macht es aber unwahrscheinlicher, dass der Prinzipal einen ungeeigneten Agenten beauftragt (*adverse selection*) oder dass der Agent die vereinbarte Leistung aufgrund von fehlenden Kontrollmöglichkeiten nicht oder nur teilweise erbringt (*moral hazard*). Umgekehrt erweisen sich Transaktionen zwischen Partnern unterschiedlicher Sprachräume als risikoreich und kostspielig, weil die Gefahr von *adverse selection* und *moral hazard* mangels geeigneter Informationen über die Eigenschaften und Handlungen des Agenten zunimmt.

Folglich tangieren die höheren Transaktionskosten wie die verminderte Reputation sowohl Faktormärkte als auch Handel und erschweren den grenzüberschreitenden Transfer. Insbesondere der Arbeitsmarkt sollte von diesen Problemen betroffen sein, da Kommunikation hier einen erheblichen Stellenwert besitzen dürfte.

Neben Transaktionskosten und Reputation lässt sich ein dritter Kanal des Einflusses von Sprachgrenzen auf Transferprozesse ausmachen. Dies betrifft vornehmlich die *Diffusion von Wissen*. Ob Wissen in verkörperter Form als Humankapital oder in der abstrakten Form eines Speichermedi-

ums vorliegt, in der Vielzahl der Fälle ist es an den Code einer natürlichen Sprache gebunden. Existieren nun Sprachgrenzen zwischen Ökonomien, so wirken diese Grenzen als Barrieren der Wissensübertragung. Dies gilt sowohl für die Ebene der Unternehmen als auch der öffentlichen Forschung. Der Wissenstransfer wird durch die höheren Übertragungskosten erschwert, Diffusionsprozesse laufen in verringertem Umfang ab.

Ein vierter Effekt von Sprachgrenzen betrifft die *Verwertbarkeit von Sprachkenntnissen* in anderssprachigen Regionen. Die muttersprachigen Fertigkeiten sind in anderen Sprachräumen weit weniger produktiv als im eigenen Land. Diese Fähigkeiten werden durch die Überschreitung von Sprachgrenzen größtenteils entwertet. Industrieökonomisch gesprochen handelt es sich hierbei um versunkene Kosten, welche nur im muttersprachigen Markt zurückgewonnen werden können. Dies dürfte in erster Linie Wanderungsprozesse und damit die Arbeitsmobilität vermindern.

### **Grenzen und Konvergenz – Erwartungen**

Zur modellgestützten Ableitung von Hypothesen über die Auswirkung von Sprachgrenzen auf die regionale Konvergenz wird die neoklassische Wachstumstheorie herangezogen.<sup>18</sup> Dieser für das Konvergenzkonzept konstitutive Modellrahmen ist aufgrund von dauerhaften *globalen* Wohlstandsunterschieden zwar nicht unumstritten. Regionen innerhalb vergleichbarer Wirtschaftsräume weisen dagegen eine recht stabile Konvergenzneigung auf, was insbesondere die empirischen Analysen von Barro und Sala-i-Martin zeigen.<sup>19</sup> Auf die EU-25-Regionen sollte das Modell anwendbar sein, auch wenn der Beitritt der zehn neuen Staaten die Union heterogener gemacht hat. Im Übrigen ist die konsistente empirische Überprüfbarkeit des neoklassischen Modells in Form der noch darzustellenden  $\beta$ -Konvergenz als ökonomischer Vorteil zu werten.<sup>20</sup>

<sup>16</sup> Reputation zählt zu den wichtigsten Konzepten der institutionenökonomischen Vertragstheorie, da hierdurch opportunistisches Verhalten der beteiligten Akteure ausgeschlossen werden kann. Der Grundgedanke ist schon in Max Webers Protestantismus-These zu finden. Vgl. WEBER, M.: Die protestantische Ethik und der 'Geist' des Kapitalismus, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 2 (1905), S. 1-54.

<sup>17</sup> Vgl. hierzu ARCAND, J. L.: Development Economics and Language: The Earnest Search for a Mirage?, in: International Journal of Sociology of Language 121 (1996), pp. 119-157.

<sup>18</sup> Zum Folgenden vgl. BARRO, R. J.; SALA-I-MARTIN, X.: Wirtschaftswachstum. München 1998.

<sup>19</sup> Vgl. BARRO, R. J.; SALA-I-MARTIN, X.: Convergence Across States and Regions, in: Brookings Papers on Economic Activity 1 (1991), pp. 107-182.

<sup>20</sup> Es sei darauf hingewiesen, dass der Fokus des vorliegenden Beitrags nicht auf der Überprüfung des neoklassischen Modells liegt, sondern auf der Analyse der Konvergenzwirkungen von Sprachgrenzen.

Für geschlossene Volkswirtschaften besagt die neoklassische Konvergenztheorie, dass kapitalarme – und damit rückständige – Ökonomien über deren höheren Kapitalertrag eine im Gegensatz zu den reichen Ländern verstärkte Kapitalakkumulation erreichen. Die Kapitalbestände je Kopf, d. h. die Kapitalintensitäten nähern sich an, was sich in der Folge auch in höheren Wachstumsraten des Pro-Kopf-Outputs bzw. des Wohlstands niederschlägt.<sup>21</sup> Ceteris paribus wachsen arme Länder also schneller als reiche, was in der langen Frist zu einem Verschwinden der anfänglichen Kapitalstock- und Wohlstandslücke führt.

Um den Grenzaspekt in das Modell einführen zu können, muss allerdings von offenen Volkswirtschaften ausgegangen werden. Die Offenheit der Ökonomien ermöglicht den Transfer von i) Kapital, ii) Arbeit und iii) technologischem Wissen zwischen reichen und armen Volkswirtschaften. Diese Übertragungsprozesse steigern die Geschwindigkeit, mit der sich das Wohlstandsniveau der Ökonomien angleicht. Die dafür verantwortlichen Mechanismen werden nachfolgend kurz skizziert.

- i) Eine neoklassische Produktionsfunktion und reale Faktorentlohnung unterstellt, wird die Rendite jeder zusätzlichen Kapitaleinheit im Land mit der geringen Kapitalintensität wegen der abnehmenden Grenzerträge relativ hoch sein. Als Folge werden die Bewohner des vergleichsweise kapitalreichen Landes heimisches Kapital exportieren bzw. neue Investitionen nicht im eigenen Land, sondern in der kapitalarmen Ökonomie vornehmen. Der verstärkte Kapitalaufbau in der rückständigen Ökonomie erhöht deren Wachstumsrate, während die der reichen Volkswirtschaft sinkt, eine Annäherung des Pro-Kopf-Kapitalstocks und des Wohlstands ist die Folge. Der Prozess kommt an sein Ende, wenn die Volkswirtschaften ein identisches Wohlstandsniveau erreicht haben.
- ii) Mobile Arbeitskräfte sollten die Konvergenz im Rahmen des neoklassischen Modells ebenfalls befördern, zumindest wenn von einem einheitlichen Qualifikationsniveau der Erwerbsbevölkerung ausgegangen wird. Das Einkommensdifferential zwischen der Ökonomie mit hoher

Kapitalintensität und damit hohem Lohnsatz und der Volkswirtschaft mit reichlich Arbeitskräften und geringem Lohnsatz wird tendenziell eine Wanderung vom kapitalarmen Niedriglohnland zum wohlhabenden Hochlohnland nach sich ziehen. In der Konsequenz erhöht der Migrant die Arbeitskräfte- und Bevölkerungszahl in der Zielregion, steigert auch den Gesamtoutput, senkt aber gleichzeitig – da er kein Kapital mit sich führt – die Kapitalintensität und damit den Pro-Kopf-Output. In der Abwanderungsregion finden die spiegelbildlichen Prozesse statt. Eine erhöhte Wanderungsrate forciert somit die Konvergenzgeschwindigkeit, da die Wachstumsrate des Kapitalbestandes und des Outputs in Pro-Kopf-Größen im Land mit Wanderungsverlusten steigt, im Zielland dagegen sinkt.

- iii) Neben der Faktormobilität kann Konvergenz auch über den Kanal des *Technologietransfers* beeinflusst werden. Diese Variante des Aufholprozesses geht allerdings über den neoklassischen Modellrahmen hinaus, sie wird im so genannten „Technological-gap“-Ansatz thematisiert.<sup>22</sup> Wenn reiche Ökonomien durch besonders innovationsfreundliche Unternehmen geprägt sind und die Innovationen von Unternehmen im Ausland imitiert werden können, dann sind Einflüsse des technischen Fortschritts auf die Konvergenzgeschwindigkeit zu erwarten. Die Kosten der Imitation stellen dabei den wesentlichen Faktor der Konvergenzwirkung von Innovationen dar. Sind diese niedrig bzw. niedriger als die Kosten der Innovation, so brauchen vergleichsweise arme Länder keine bzw. weniger Ressourcen in die eigene Entwicklung von Innovationen fließen zu lassen, sie profitieren vielmehr von der faktorsparenden Übernahme von anderswo entwickelten Prozessen und Produkten. Die innovierenden Ökonomien müssen Ressourcen in die Forschung und Entwicklung stecken, welche den imitierenden Ökonomien in der Produktion weiterhin erhalten bleiben. Damit ist die Wachstumsrate der Imitatoren höher als die der Innovatoren, mit anderen Worten tritt eine Konvergenzneigung ein – immer vor-

<sup>21</sup> Pro-Kopf-Output und Wohlstand werden nachfolgend synonym verwendet.

<sup>22</sup> Ein Überblick dazu findet sich in FAGERBERG, J.: Technology and International Differences in Growth Rates, in: Journal of Economic Literature 32 (1994), pp. 1147-1175.



ausgesetzt, die hoch entwickelten Ökonomien innovieren.

In Einklang mit neoklassischen Vorstellungen ist somit die folgende Vermutung aufzustellen: Faktormobilität und Technologietransfer fördern die Konvergenz des Wohlstands unterschiedlicher Ökonomien. Daraus lässt sich der untersuchungsrelevante Schluss ziehen, dass Grenzen – insofern diese Transferprozesse behindern – konvergenzhemmend wirken. Wie der vorige Abschnitt gezeigt hat, sollte diese bremsende Wirkung auch von Sprachgrenzen ausgehen. Die Mobilität von Kapital, Arbeit und technologischem Know-how wird entlang von Sprachgrenzen abgebremst. Die Binnenkonvergenz von Regionen derselben Sprache sollte demnach ein vergleichsweise hohes Tempo aufweisen, während sich die Konvergenz des heterogenen EU-Gesamtraums deutlich langsamer vollziehen müsste.

### Ökonometrisches Modell und Implementierung

Zur Prüfung des geschilderten Kausalzusammenhangs wird auf das Konzept der  $\beta$ -Konvergenz von Barro und Sala-I-Martin zurückgegriffen.<sup>23</sup> Es lässt sich aus dem beschriebenen neoklassischen Theorierahmen ableiten (vgl. Kasten).

Im Modell stellt die durchschnittliche Wachstumsrate des Wohlstands im betrachteten Zeitraum die zu erklärende Variable dar, als unabhängige Größe wird das anfängliche Wohlstandsniveau verwendet. Konvergenz liegt vor, wenn ein geringerer Anfangswohlstand mit einer höheren Wachstumsrate korreliert ist und umgekehrt. In der Schätzung schlägt sich dies im Konvergenzkoeffizienten  $\beta$  nieder. Dieser Koeffizient sollte bei Vorliegen von Konvergenz ein positives Vorzeichen aufweisen, je größer  $\beta$  ausfällt, umso schneller gleichen sich die Ökonomien an.

Zur quantitativen Abschätzung der Konvergenzwirkung von Sprachgrenzen werden nun zwei Wege eingeschlagen. Gemäß Modellvariante 1 wird die Konvergenz des Gesamttraumes der EU-25 mit der durchschnittlichen Konvergenz innerhalb homogener Sprachräume verglichen. Gemäß der abgeleiteten Hypothese sollte die Konvergenz für den Gesamttraum geringer ausfallen als die Binnenkon-

Kasten:

Ökonometrische Implementierung

Die Schätzgleichung des Modells der  $\beta$ -Konvergenz lautet:

$$\frac{1}{T} \ln \left[ \frac{y_i(T)}{y_i(0)} \right] = a + b \ln[y_i(0)] + u_i,$$

$$\text{mit } a = x + \frac{1}{T}(1 - e^{-\beta T}) \ln(\hat{y}^*) \text{ und } b = -\frac{1}{T}(1 - e^{-\beta T}),$$

wobei  $u_i$  den Fehlerterm,  $y_i$  den Output/Kopf der Region  $i$ ,  $\hat{y}^*$  den gleichgewichtigen Output/Kopf in Effizienzeinheiten und  $x$  die exogene Rate des technischen Fortschritts repräsentiert. Die linke Seite der Gleichung approximiert die durchschnittliche Wachstumsrate des Pro-Kopf-Outputs im Zeitraum von 0 bis  $T$ . Der logarithmierte anfängliche Pro-Kopf-Output stellt den Regressor dar. Aus dem Schätzer für  $b$  lässt sich der Konvergenzkoeffizient  $\beta$  berechnen. Die beiden Größen  $x$  und  $\hat{y}^*$  sind nicht indiziert, es wird also eine identische Rate der technologischen Entwicklung und ein identisches langfristiges Outputniveau angenommen. Das Modell unterstellt also absolute Konvergenz, was eine weitgehende Ähnlichkeit der Ökonomien im Sparverhalten, dem Bevölkerungswachstum und den Verschleißraten bedeutet. Eine Berücksichtigung von regionalen Unterschieden in diesen Größen (bedingte Konvergenz) ist mangels geeigneter Daten nicht möglich.

Um die verschiedenen Größenverhältnisse der Minderheitssprachen abzubilden, werden zur Definition der Sprachdummies zwei verschiedene Grenzwerte verwendet. Danach erhält eine Region den Wert 1, wenn mindestens 50% (Spr50) oder alternativ mindestens 5% (Spr5) der Einwohner der Region diese Sprache sprechen. Bei den Sprachfamilien (Fam) bzw. -unterfamilien (Subfam) wird ein Grenzwert vom 50% angesetzt. Die Dummies für die Sprachen/Sprachfamilien werden in Modellvariante 1 additiv in die Schätzgleichung eingefügt. Die zweite Modellvariante berücksichtigt je Schätzung nur eine einzelne Sprache/Sprachfamilie. Neben dem Dummy für die jeweilige Sprache wird noch ein Interaktionsdummy auf den Anfangsoutput hinzugefügt. Damit lassen sich Sprachräume identifizieren, deren Konvergenzkoeffizient sich von dem der übrigen Regionen unterscheidet.

<sup>23</sup> Vgl. BARRO, R. J.; SALA-I-MARTIN, X., 1998, a. a. O., S. 43 ff.

vergenz gleichsprachiger Regionen. Modellvariante 2 greift je Schätzung einen einzelnen Sprachraum heraus und vergleicht dessen Binnenkonvergenz mit der Gesamtkonvergenz der verbleibenden heterogenen Regionen. Die ökonometrische Implementierung der beiden Varianten erfolgt über die Einführung von Sprachdummies in der Schätzgleichung (vgl. Kasten).

Wie bereits angedeutet, wird die Schätzung nicht nur auf der Ebene der Einzelsprachen, sondern auch auf dem aggregierten Niveau von Sprachfamilien bzw. -unterfamilien durchgeführt. Damit kann das unterschiedliche Gewicht von Grenzen zwischen verschiedenen Einzelsprachen in den Schätzungen berücksichtigt werden.

Der Wohlstand wird durch die Größe BIP/Einwohner gemessen. Die BIP-Daten entstammen der Regio-Datenbank von Eurostat. Sie liegen in der künstlichen Währung von Kaufkraftstandards (KKS) vor und sind mithin um Unterschiede im anfänglichen Preisniveau sowie in den interregionalen Inflationsraten bereinigt. Den Eurostat-Daten liegt eine regionale Gliederung entsprechend der NUTS-II Klassifikation zugrunde, die Schätzung umfasst somit 249 Regionen.<sup>24</sup> Zeitlich wird die Periode von 1995-2002 abgedeckt, ein aus konvergenztheoretischer Sicht sehr kurzer Zeitraum. Für den hier primär interessierenden, weil sprachlich sehr heterogenen Raum der EU-25 sind allerdings keine längeren konsistenten Zeitreihen verfügbar. Im Übrigen erbrachte eine Schätzung für die EU-15 auch für eine größere Periode von 12 Jahren ganz ähnliche Ergebnisse, sodass die Länge des analysierten Zeitraumes als noch vertretbar erscheint.

Die Daten zur Sprachstruktur entstammen der MERCATOR-Datenbank, welche von der spanischen Organisation CIEMEN verwaltet wird.<sup>25</sup> Die regionale Zuordnung entsprechend der NUTS-II-Klassifikation konnte anhand topographischer Angaben oder Sprachkarten aus den genannten Quellen erfolgen, sodass eine Sprachdatenbank ent-

sprechend der NUTS-Regionalgliederung erstellt werden konnte.

### Ergebnisse

Die Resultate der OLS-Schätzungen für die einzelnen Modellvarianten finden sich in den Tabellen 1 und 2. Die Zeile Basis stellt die Referenzgröße dar, insofern hier die absolute Konvergenz ohne Einbeziehung von Dummies geschätzt wurde. Das Bestimmtheitsmaß von 16% zeigt die sehr mäßige Erklärungskraft dieser Variante. Der Konvergenzkoeffizient ist signifikant von null verschieden und liegt mit 1,3% im Bereich des Erwartbaren.

Das Bild wird vielschichtiger, wenn Dummies in die Schätzung einbezogen werden. Als zweite Vergleichsgrundlage werden zunächst Dummies für die nationalstaatliche Zugehörigkeit eingeführt (Country). Das gestiegene Bestimmtheitsmaß zeigt an, dass ein Großteil der Streuung der Wachstumsrate durch länderspezifische Effekte erklärt wird. Das anfängliche logarithmierte BIP/Kopf erweist sich als insignifikant, was ein Zeichen dafür ist, dass sich die Regionen *innerhalb* eines Landes nicht angleichen. Das Fazit der ersten beiden Schätzungen lautet daher: Moderate Gesamtkonvergenz der EU-25 Regionen bei ausbleibender Binnenkonvergenz.<sup>26</sup>

Ändert sich das Bild, wenn statt der Länder-Sprachdummies gemäß der ersten Modellvariante verwendet werden? Auf der Ebene der Einzelsprachen (Spr50, Spr5) sind dieselben Befunde zu konstatieren. Der Konvergenzkoeffizient erweist sich als insignifikant, wenn die Einflüsse von Sprachbarrieren über die Dummy-Struktur neutralisiert werden. Die verbleibende Streuung der Wachstumsraten innerhalb gleicher Sprachräume kann durch die Unterschiede im anfänglichen BIP/Kopf-Niveau nicht erklärt werden. Die Angleichung des Pro-Kopf-Outputs findet demnach vornehmlich zwischen unterschiedlichen Sprachregionen statt und nicht innerhalb derselben – ein der abgeleiteten Hypothese entgegengesetztes Ergebnis. Im Übrigen bestätigt sich damit die Anfangsvermutung ei-

<sup>24</sup> Die französischen abhängigen Gebiete in Südamerika (FR91-94) und die spanische Region in Nordafrika (ES64) wurden mangels Sprachdaten aus der Schätzung entfernt.

<sup>25</sup> MERCATOR ist eine von der EU ins Leben gerufene Organisation zur Förderung europäischer Regional- und Minderheitssprachen. Die Sprachdatenbank ist einsehbar unter <http://www.ciemer.org/mercator>

<sup>26</sup> Zu einem ähnlichen Ergebnis gelangten jüngst: NIEBUHR, A.; SCHLITTE, F.: Convergence, Trade and Factor Mobility in the European Union – Implication for Enlargement and Regional Policy, in: *Intereconomics* 39 (2004) No. 3, pp. 167-176.

Tabelle 1:  
Regressionsergebnisse (Modellvariante 1)

Modell	Konstante	ln (y95)	Adj. R <sup>2</sup>	Anzahl Parameter	berechnetes $\beta$
Basis	0,181*	-0,014*	0,158	2	0,013
Country	0,016	0,004	0,564	26	-0,004
Spr50	0,012	0,004	0,497	28	-0,004
Spr5	0,025	0,002	0,508	38	-0,002
Fam	0,135*	-0,009*	0,201	9	0,008
Subfam	0,122*	-0,007*	0,225	12	0,007

Eine 5%ige Signifikanz der Schätzer wird durch einen Stern symbolisiert. Weitere Erläuterungen finden sich im Text. Die Schätzer für die Dummies wurden nicht aufgeführt, da sie für die Interpretation der Ergebnisse nicht relevant sind.

Tabelle 2:  
Regressionsergebnisse bei Berücksichtigung nur einer Sprache bzw. Sprachfamilie (Modellvariante 2)

Modell	Konstante	ln (y95)	Dummy	Dummy × ln (y95)	Adj. R <sup>2</sup>	Anzahl Dummy Reg.	F prob
Einzelne Sprachen							
Niederländisch	0,185*	-0,014*	-0,286	0,023	0,158	17	0,24
Englisch	0,203*	-0,017*	-0,267*	0,027*	0,233	39	0,98
Französisch	0,183*	-0,014*	-0,143	0,015	0,160	28	0,31
Deutsch	0,153*	-0,011*	-0,061	0,005	0,289	50	1,00
Griechisch	0,172*	-0,013*	0,113	-0,011	0,172	14	0,58
Italienisch	0,175*	-0,013*	-0,015	0,001	0,168	21	0,5
Polnisch	0,192*	-0,015*	-0,302	0,035	0,162	16	0,35
Spanisch	0,179*	-0,014*	0,007	0,000	0,173	18	0,61
Tschechisch	0,195*	-0,015*	-0,537*	0,057*	0,214	8	0,95
Schwedisch	0,181*	-0,014*	-0,722*	0,073*	0,167	9	0,48
Unterfamilien							
Finno-Ugrisch	0,177*	-0,014*	-0,05	0,006	0,167	14	0,49
Westgermanisch	0,189*	-0,015*	-1,34*	0,014*	0,179	107	0,70
Nordgermanisch	0,181*	-0,014*	-0,72*	0,073*	0,167	10	0,48
Westromanisch	0,176*	-0,014*	0,067	-0,007	0,161	54	0,33
Ostromanisch	0,175*	-0,014*	-0,015	0,001	0,168	21	0,50
Westslawisch	0,215*	-0,018*	-0,103	0,011	0,167	28	0,48
Familien							
Germanisch	0,187*	-0,015*	-0,142*	0,014*	0,185	117	0,78
Romanisch	0,172*	-0,013*	0,065	-0,007	0,156	74	0,17
Slawisch	0,214*	-0,017*	-0,111	0,012	0,166	29	0,47

Erläuterungen siehe Tabelle 1. *Anzahl Dummy Reg.* steht für die Zahl der Regionen, bei denen der Dummy den Wert 1 annimmt. Zusätzlich werden die Werte für den Dummy und den Interaktionsdummy für die jeweilige Sprache aufgeführt. Der Wert *F prob* bezeichnet die zusätzliche Erklärungskraft durch Einführung der Dummyvariablen im Vergleich zum Basismodell. Ein Wert von über 0,95 bedeutet konkret, dass mindestens eine der beiden zusätzlich berücksichtigten Dummy-Größen (bei 5% Irrtumswahrscheinlichkeit) signifikant von null verschieden ist.

ner ähnlichen Wirkung von Sprach- und Ländergrenzen. Freilich gestaltet sich eine Disaggregation der beiden Effekte aufgrund der starken Koinkidenz der Grenzverläufe schwierig.

Der Eindruck der ausbleibenden Binnenkonvergenz verstärkt sich, wenn statt der Einflüsse

von Einzelsprachen die von Sprachfamilien untersucht werden (Subfam, Fam). Zwar findet zwischen den Regionen verwandter Sprachräume eine leichte Konvergenz statt (0,7-0,8% pro Jahr). Doch liegt dieser Wert immer noch deutlich unter dem der Gesamtkonvergenz. Vorausgesagt wurde dage-

gen eine Erhöhung der Konvergenzgeschwindigkeit innerhalb von gleichen bzw. verwandten Sprachräumen. Dieses ernüchternde Resultat wird durch die Betrachtung einzelner Sprachen bzw. Sprachfamilien auf ganzer Linie bestätigt (Modellvariante 2, vgl. Tabelle 2). Es findet sich keine Sprachregion, deren Interaktionsdummy einen signifikant negativen Einfluss ausübt, die mithin ein höheres internes Konvergenztempo erreicht als die übrigen Regionen. Im Gegensatz dazu weisen einige Sprachräume sogar eine signifikant geringere Binnenkonvergenz auf als die Vergleichsgruppe der übrigen Regionen. Für die tschechischsprachigen Regionen errechnet sich bspw. ein Schätzer für  $b$  in Höhe von 0,042,<sup>27</sup> was einer Divergenzrate  $\beta$  von -3,7% entspricht. Die übrigen nicht-tschechischen Regionen konvergieren hingegen mit einer Geschwindigkeit von 1,5% pro Jahr. Daneben zeigt der F-Test auf Relevanz der hinzugefügten Variablen, dass eine Berücksichtigung bestimmter Sprachregionen die Erklärungskraft des Modells nur in drei Fällen verbessert (Englisch, Deutsch, Tschechisch). Sprachgrenzen scheinen mithin keine oder aber den Erwartungen entgegengesetzte Wirkungen zu haben.

### Fazit

Welche Schlüsse sind angesichts dieser unerwarteten Ergebnisse zu ziehen? Zu kurzfristig erscheint die Antwort, Sprachbarrieren als prinzipiell unerheblich anzusehen und die prima facie plausiblen institutionen- und informationsökonomischen Argumente gänzlich abzulehnen. Vielmehr könnte die Wirkung von Sprachgrenzen dadurch ausbleiben, dass derartige Grenzen in Europa durch sehr gute Fremdsprachenkenntnisse und der als Lingua franca fungierenden englischen Sprache eine nur geringe Relevanz aufweisen.<sup>28</sup> Demnach widerlegt die Schätzung nicht die aus Institutionen- und Informationsökonomik abgeleitete

Wirkung von Sprachgrenzen, sie zeigt eher, dass diese Grenzen in Europa gar nicht bestehen bzw. über Zweisprachigkeit leicht überwunden werden können. Eine empirische Identifizierung dieses Effekts ist aufgrund der schlechten Datenlage allerdings nicht ohne weiteres realisierbar. Es liegt jedoch die Vermutung nahe, dass die moderate Konvergenz über Sprachräume hinweg hauptsächlich vom Kapital- und Technologietransfer getrieben ist und dass Sprachbarrieren über zweisprachige Intermediäre gerade in diesem Bereich unschwer ausgeräumt werden können. Der Einfluss von Sprachgrenzen wäre daher vornehmlich für die Mobilität des Faktors Arbeit von Belang.<sup>29</sup>

Abschließend ist festzuhalten, dass die durchgeführte Untersuchung den erwarteten negativen Effekt der Sprachgrenzen auf die Konvergenzgeschwindigkeit innerhalb der EU-25 nicht bestätigen konnte. Es sind allerdings weitere empirische Anstrengungen nötig, um die gezogenen Schlussfolgerungen erhärten zu können. Insbesondere eine Aufschlüsselung der Spracheffekte auf die Mobilität von Kapital, Arbeit und Wissen könnte die Einflüsse von sprachlichen und kulturellen Barrieren sehr viel direkter fassen. Darüber hinaus wäre es sinnvoll, den Faktor Arbeit in unterschiedliche Qualifikationsniveaus zu zergliedern und die Wirkung von Sprachgrenzen auf deren jeweilige Mobilität abzuschätzen. Aufgrund der mangelhaften Datensituation sind diese eher meso- als makroökonomisch angelegten Fragestellungen gegenwärtig noch nicht realisierbar.

*Lutz.Schneider@iwh-halle.de*

<sup>27</sup> Diesen Wert erhält man durch Addition des Konvergenzschätzers für die nicht-tschechischen Regionen  $\ln(y_{95})$  und des Schätzers für den Interaktionsdummy  $Dummy \times \ln(y_{95})$ .

<sup>28</sup> Nach der INRA-Eurobarometer-Umfrage von 2001 sprechen 41% der Bevölkerung der EU-15 neben ihrer Muttersprache auch noch Englisch, davon knapp die Hälfte nach eigener Einschätzung mindestens gut. Vgl. INRA (EUROPE): Die Europäer und ihre Sprachen. Eurobarometer 54 Sonderbericht, 2001, S. 2 ff.

<sup>29</sup> In diese Richtung weisen NIEBUHR, A.; STILLER, S.: Integration and Labour Markets in European Border Regions, in: HWWA Discussion Paper 284 (2004). Die Autorinnen zeigen, dass (nationale) Grenzen die Arbeitsmärkte in der EU immer noch stark segregieren.

## IWH-Industrienumfrage Ostdeutschland im Mai 2005: Geschäftslage gefestigt, doch Erwartungen verhalten

Im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe stehen die Signale weiterhin auf Erholung. Die konjunkturelle Belebung wird sich allerdings verlangsamt fortsetzen, wie die Mai-Befragung des IWH unter rund 300 ostdeutschen Industrieunternehmen zeigt. Die befragten Firmen konnten das Geschäftsergebnis vom März offenbar halten; der Saldo der positiven und negativen Meldungen zur Geschäftslage erhöhte sich geringfügig um einen Punkt (vgl. Tabelle). Auch bleibt der Anteil der Positivurteile zur Lage („gut“ bzw. „eher gut“) mit rund 68% der Teilnehmer unverändert hoch. Die Erwartungen für die kommenden Monate fallen aber etwas verhaltener als in der Vorperiode aus, wie der Rückgang im Saldo der Geschäftsaussichten zeigt (vgl. Tabelle).

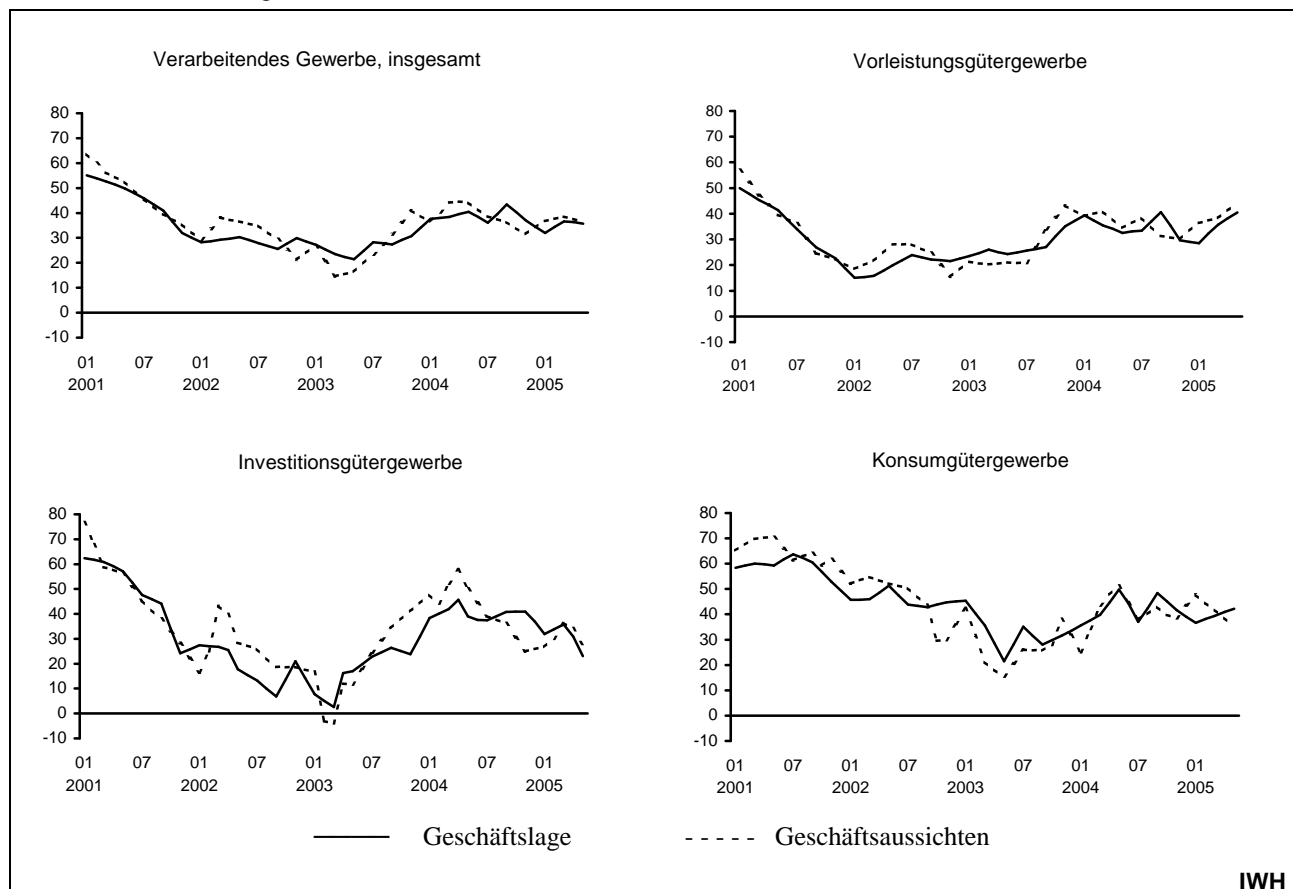
Insgesamt sind die Einschätzungen der Industrieunternehmen im Vergleich zur vorangegangenen

Befragung recht stabil: zwei von drei Firmen beurteilen ihre zukünftige Geschäftsentwicklung wie im März, nur jeweils rund 16% der Teilnehmer äußern optimistischere bzw. pessimistischere Erwartungen (ähnliches gilt für die Lagebewertung).

Die *Geschäftslage* hat sich aktuell leicht gebessert, aber weniger als üblich, weshalb in saisonbereinigter Betrachtung eine geringfügige Verschlechterung zu konstatieren ist (vgl. Abbildung). Die *Geschäftsaussichten* haben sich gegenüber März im Mittel etwas eingetrübt – allerdings nicht bei größeren Unternehmen mit 250 und mehr Beschäftigten. Die jüngsten Einschätzungen fallen zudem deutlich negativer als vor einem Jahr aus, wobei sich die Unternehmer damals besonders zuversichtlich geäußert hatten. Der gegenwärtige Saldenstand zur Geschäftslage unterschreitet das Vorjahresni-

### Geschäftslage und -aussichten laut IWH-Umfragen im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe

- Salden<sup>a</sup>, saisonbereinigte Monatswerte -



<sup>a</sup> Die Salden von Geschäftslage und -aussichten werden als Differenz aus den Prozentanteilen der jeweils positiven und negativen Urteile der befragten Unternehmen berechnet und nach dem Berliner Verfahren (BV4) saisonbereinigt. Für längere Zeitreihen siehe „Konjunkturdaten“ unter [www.iwh-halle.de](http://www.iwh-halle.de).  
Quelle: IWH-Industrienumfragen.

veau ebenfalls sichtbar, auch im Mittel liefen die Geschäfte 2004 besser.

Auf Ebene der fachlichen Hauptgruppen entwickelte sich das Geschäftsklima recht unterschiedlich (vgl. Abbildung). Im Vorleistungsgüterbereich fällt das wirtschaftliche Ergebnis merklich besser als im März – und im gesamten Vorjahr – aus. Das gilt insbesondere für das Holz-, Papier- und Druckgewerbe. Auch die chemische Industrie ist weiterhin erfolgreich. Andere Branchen hingegen, wie bspw. die Gummi- und Kunststoffproduzenten, melden gravierende Einbußen. Die Aussichten der Vorleistungsgüterhersteller haben sich gegenüber März aufgehellt.

Der Investitionsgüterbereich, speziell der Maschinenbau, musste einen herben Einbruch der aktuellen Geschäfte hinnehmen und steht nun schlechter da als im Mai vergangenen Jahres. Auch rechnen die Firmen nicht damit, künftig wieder an die guten Ergebnisse der jüngsten Vergangenheit anknüpfen zu können.

Die Geschäftsaktivitäten in der Konsumgüterwirtschaft haben sich etwas belebt, wobei die positiven Meldungen von den Nahrungsgüterherstellern stammen. Für die Zukunft sind die Konsumgüterproduzenten allerdings erheblich skeptischer als im März.

*Sophie.Woersdorfer@iw-halle.de*

Geschäftslage und Geschäftsaussichten laut IWH-Umfragen im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe  
- Vergleich der Ursprungswerte mit Vorjahreszeitraum und Vorperiode, Stand Mai 2005 -

Gruppen/Wertungen	gut (+)			eher gut (+)			eher schlecht (-)			schlecht (-)			Saldo		
	Mai 04	Mrz. 05	Mai 05	Mai 04	Mrz. 05	Mai 05	Mai 04	Mrz. 05	Mai 05	Mai 04	Mrz. 05	Mai 05	Mai 04	Mrz. 05	Mai 05
	in % der Unternehmen der jeweiligen Gruppe <sup>a</sup>														
Geschäftslage															
<b>Industrie insgesamt</b>	21	22	24	48	46	44	26	26	28	5	6	4	39	35	36
<b>Hauptgruppen<sup>b</sup></b>															
Vorleistungsgüter	22	17	23	42	52	45	29	22	26	7	9	6	28	39	37
Investitionsgüter	18	19	26	54	46	36	27	31	33	1	4	4	44	30	25
Ge- und Verbrauchsgüter	22	29	22	51	39	51	20	28	25	6	4	2	47	36	45
dar.: Nahrungsgüter	22	33	27	55	35	47	22	27	25	0	5	1	55	35	47
<b>Größengruppen</b>															
1 bis 49 Beschäftigte	15	15	16	38	42	39	36	34	35	12	9	9	5	14	11
50 bis 249 Beschäftigte	24	20	22	50	50	47	22	23	28	4	7	3	48	39	37
250 und mehr Beschäftigte	21	35	38	52	42	45	27	23	17	0	0	0	45	54	66
Geschäftsaussichten															
<b>Industrie insgesamt</b>	15	18	21	58	54	49	25	25	26	3	3	4	46	44	40
<b>Hauptgruppen<sup>b</sup></b>															
Vorleistungsgüter	17	13	21	50	63	51	29	20	24	4	4	4	34	52	44
Investitionsgüter	10	16	21	67	50	46	21	31	26	1	3	7	55	32	34
Ge- und Verbrauchsgüter	17	25	22	60	48	48	22	25	29	2	2	1	54	46	41
dar.: Nahrungsgüter	17	27	33	63	44	48	20	26	19	0	3	0	61	43	62
<b>Größengruppen</b>															
1 bis 49 Beschäftigte	11	11	12	48	52	45	33	31	35	8	5	8	17	27	13
50 bis 249 Beschäftigte	16	17	24	63	57	50	20	23	24	1	3	2	58	48	48
250 und mehr Beschäftigte	21	27	28	49	50	52	30	23	17	0	0	3	39	54	59

<sup>a</sup> Summe der Wertungen je Umfrage gleich 100 - Ergebnisse gerundet, Angaben für Mai 2005 vorläufig. – <sup>b</sup> Die Klassifikation der Hauptgruppen wurde der Wirtschaftszweigsystematik 2003 angepasst.

Quelle: IWH-Industrienumfragen.

## Veranstaltungen:

### *Vorankündigung:*

#### ***Workshop des IAB und des IWH „Beschäftigungsanalysen mit den Daten des IAB-Betriebspanels“, 27. und 28. Juni 2005***

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit und das Institut für Wirtschaftsforschung Halle führen am 27. und 28. Juni 2005 ein Forschungstreffen zum IAB-Betriebspanel durch. Unter dem Motto „Beschäftigungsanalysen mit den Daten des IAB-Betriebspanels“ werden neuere methodische Ansätze der Panelanalyse generell und empirische Studien zu verschiedenen Seiten der Beschäftigungsentwicklung vorgestellt und diskutiert.

#### ***Workshop „Nationale Innovationssysteme und Ausländische Direktinvestitionen in Mittel- und Osteuropa: Technologietransfer, regionale Entwicklung und Konvergenz“, 30. Juni bis 2. Juli 2005***

Gemeinsamer Workshop mit der European Association for Comparative Economic Studies (EACES) in Halle und Freiberg (Sachsen). Der Workshop wird sich vorwiegend mit den besonderen Bedingungen für den Technologietransfer nach Mittel- und Osteuropa und der Entwicklung der Nationalen Innovationssysteme in diesen Ländern beschäftigen. Als besondere Perspektive für Studien sollen Geschwindigkeit und Pfade realer wirtschaftlicher Konvergenz dienen.

#### ***4. Lange Nacht der Wissenschaften, 1. Juli 2005***

Das IWH beteiligt sich auch in diesem Jahr an der „Langen Nacht der Wissenschaften“, die von der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg alljährlich durchgeführt wird. Diese Veranstaltung wird wiederum genutzt, einer breiten Öffentlichkeit wesentliche Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschungstätigkeit des Instituts vorzustellen sowie Antwort auf die zahlreichen Fragen von Bürgern zu aktuellen wirtschaftspolitischen Problemen zu geben. Das Institut lädt zu folgenden Vorträgen und anschließender Diskussion ein:

- Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland: Können Prognosen überhaupt noch ernst genommen werden?
- Standortreport Sachsen-Anhalt: Wo liegen die Chancen für die weitere Wirtschaftsentwicklung?
- Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland: Gibt es Wege aus der hohen Arbeitslosigkeit?

(Weitere Informationen zur 4. Langen Nacht der Wissenschaften unter [www.wissenschaftsnacht-halle.de](http://www.wissenschaftsnacht-halle.de))

#### ***Hallesches Kolloquium zur Kommunalen Wirtschaft: „Die Rolle der Kommunen in der Wasserwirtschaft – Aktuelle Praxis, neue Konzepte und internationale Erfahrungen“, 7. Juli 2005***

Zentrales Anliegen der Veranstaltung ist, vor dem Hintergrund der politischen Diskussionen um die Liberalisierung (nicht nur) der deutschen Wasserwirtschaft mögliche institutionelle Arrangements und Regulierungsformen zu diskutieren, die eine effiziente Wasserver- und Abwasserentsorgung gewährleisten. Einen Schwerpunkt der Veranstaltung bildet die Frage nach der künftigen Rolle der Kommunen im Wasser- und Abwassersektor.

Für weitere Informationen zu den Veranstaltungen siehe [www.iwh-halle.de](http://www.iwh-halle.de) (Termine).

### *Sonstiges:*

Vom 29. Mai bis zum 5. Juni 2005 war **Professor Leonhard Dudley** von der Universität Montreal als Gastwissenschaftler am IWH tätig. Am 1. Juni 2005 hat er einen Vortrag zum Thema: „Cooperating to Innovate“ im Rahmen unserer externen Seminarveranstaltungen gehalten.

**Professor Paul Marselian** von der California Lutheran University, USA, ist vom 13. Juni bis Mitte Juli 2005 am IWH zu Gast. Er wird an einem Projektantrag zu den ökonomischen Auswirkungen des Lizenzsystems für CO<sub>2</sub>-Emissionen mitwirken.

**Professor Dr. Ulrich Blum** hat zusammen mit **Professor Dr. h. c. Joachim Starbatty**, Universität Tübingen, als wissenschaftlicher Vorsitzender den X. Kongress JUNGE WISSENSCHAFT UND WIRTSCHAFT: „Globale Wirtschaft – nationale Verantwortung: Wege aus dem Druckkessel“ der Hanns Martin Schleyer-Stiftung geleitet, die vom 18. bis 20. Mai 2005 in der Berlin Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften stattfand.